

## **Bericht**

der Landesregierung

**Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung - 9. Bericht der Landesregierung gemäß Beschluss des Landtages vom 12. Juni 2015 „Toleranz und Weltoffenheit erhalten - Rechtsextremismus bekämpfen“ (Drucksache 6/1601-B)**

# **Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung**

**9. Bericht der Landesregierung  
gemäß Beschluss des Landtages vom 12. Juni 2015  
„Toleranz und Weltoffenheit erhalten – Rechtsextremismus bekämpfen“  
(Drucksache 6/1601-B)**

## Inhalt

I. Einleitung .....	2
II. Ausgangslage.....	4
III. Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung .....	6
IV. Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ .....	13
IV.1 Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.....	13
IV.2 Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos.....	14
IV.3 Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie .....	16
IV.4 Opferperspektive e.V. ....	18
IV.5 Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V. ....	21
V. Ministerien.....	23
V.1 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (MASGF).....	23
V.2 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBSJ) .....	25
V.3 Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung .....	27
V.4 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL).....	28
V.5 Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK).....	28
V.6 Ministerium der Justiz und für Europa und für Verbraucherschutz (MdJEV).....	32
V.7 Ministerium der Finanzen (MdF) .....	33
V.8 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK).....	34
VI. Ausblick.....	37
VII. Übersicht der geförderten Projekte im Jahr 2018.....	40
VII.1 Tolerantes Brandenburg .....	40
VII.2 Bündnis für Brandenburg.....	41
 Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ (2019).....	 46

## I. Einleitung

Das Handlungskonzept der Landesregierung zum „Toleranten Brandenburg“ und die an seiner Umsetzung beteiligten Partnerinnen und Partner wirken seit über 20 Jahren bei der Stärkung demokratischer Prozesse und dem Entgegenreten von Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt mit. Es ist über die Jahre zu einem Markenzeichen Brandenburgs geworden und viele Bundesländer haben sich bei der Schaffung eigener zivilgesellschaftlicher Programme am Brandenburger Handlungskonzept orientiert. Mit der Initiierung ihres ersten Handlungskonzeptes<sup>1</sup> ist die Landesregierung 1998 die Verpflichtung eingegangen, sich für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einzusetzen. Das Handlungskonzept wurde im Jahr 2005 aktualisiert und führte unter dem Titel „Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ die Vorhaben der Landesregierung konzeptionell und praktisch stärker zusammen.

Von entscheidender Bedeutung für die Wirksamkeit und hohe Akzeptanz des „Toleranten Brandenburg“ war das von Anbeginn angestrebte gemeinsame Agieren von Staat und Zivilgesellschaft. In den letzten 20 Jahren ist es gelungen, mehr und mehr Partnerinnen und Partner in die Arbeit für ein weltoffenes und tolerantes Land einzubinden sowie vielfältige Netzwerkstrukturen auszubauen. Dabei war es der Landesregierung immer wichtig, das Handlungskonzept selbstkritisch zu analysieren und an neue Herausforderungen anzupassen. Ausdruck dieses Bestrebens ist nicht nur die im Jahr 2005 erfolgte Aktualisierung des Handlungskonzeptes, sondern auch die Partner des Toleranten Brandenburgs und die Koordinierungsstelle selbst passten ihre Arbeit immer wieder an aktuelle Entwicklungen an. So wurden im Jahr 2016 das „Tolerante Brandenburg“ und das auf Grund einer überparteilichen Initiative gegründete „Bündnis für Brandenburg“ in einer gemeinsamen Koordinierungsstelle zusammengefasst und als Stabsstelle in die Staatskanzlei integriert. Hiermit war das bewusste politische Signal verbunden, dass in Brandenburg der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und gegen Rassismus mit dem Willen einhergeht, die zivilgesellschaftlichen Initiativen im Bereich der Flüchtlingspolitik aktiv zu unterstützen. Viele Initiativen und Organisationen, die sich vorher fast ausschließlich dem Themenbereich Rechtsextremismus gewidmet hatten, engagieren sich seitdem auch im Bereich der Flüchtlingsintegration. Das gilt auch für die Mitglieder des Beratungsnetzwerkes der Koordinierungsstelle.

Ein weiterer Ausdruck dieses Wandels der Schwerpunktsetzung ist die im Jahr 2017 gegründete und im Jahr 2018 ausgebaute Fachstelle „Islam im Land Brandenburg“ in Trägerschaft der RAA. Sie ist Ausdruck des politischen Willens, Integrationshemmnisse aktiv zu bearbeiten, Befürchtungen auch von Brandenburgerinnen und Brandenburgern infolge einer gestiegenen Zuwanderung auch aus muslimisch geprägten Ländern ernst zu nehmen und lokale Konfliktlagen mit der gebotenen fachlichen Expertise zu entschärfen. Mittlerweile ist die „Fachstelle Islam im Land Brandenburg“ ein ebenso anerkannter und nachgefragter Partner, wie es die übrigen Mitglieder des Beratungsnetzwerkes schon seit Jahren sind.

Im Berichtszeitraum sind zudem in Hinblick auf den Phänomenbereich Antisemitismus innerhalb der Landesregierung Überlegungen angestellt worden, wie dieses Themenfeld angemessen bearbeitet werden kann. Auch hier ist in Kooperation mit einem Freien Träger, dem Moses Mendelssohn Zentrum, eine Fachstelle zum 1. Januar 2019 errichtet worden.

Alle drei Strukturentscheidungen – die Integration des Bündnisses in die Koordinierungsstelle sowie die thematischen Zuordnungen der Bereiche Islam/Islamismus und Antisemitismus - unterstreichen die tatsächliche

---

<sup>1</sup> Das erste Handlungskonzept trug den Titel "Tolerantes Brandenburg - gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit" und war bis 2005 wirksam.

Stärke des Handlungskonzeptes: Es ist dynamisch, erkennt Entwicklungen, greift entstehende Problemlagen proaktiv auf und befördert in Kooperation mit anderen Ressorts und einer aktiven Zivilgesellschaft die Durchsetzung unserer gesellschaftlichen und demokratischen Werte. Dabei werden drohenden Stigmatisierungen, Vorverurteilungen oder ideologischen Zuschreibungen die Stärkung lokaler und zivilgesellschaftlicher Akteure und die Beratung „auf Augenhöhe“ entgegengesetzt.

Die skizzierte Aufgabenkritik des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ erfolgt nicht nur durch die Landesregierung selbst, sondern die Arbeit des „Toleranten Brandenburgs“ wird auch extern begutachtet. Bereits im Jahr 2014 ist zum Ende der damaligen Legislaturperiode eine erste Expertise zur Wirksamkeit des Handlungskonzeptes erstellt und dem Landtag vorgelegt worden.<sup>2</sup> Die Expertise wurde gemeinsam von dem Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Wilfried Schubarth, dem Humangeographen Prof. Dr. Manfred Rolfes und dem Politikwissenschaftler Dr. Michael Kohlstruck erstellt. In ihr wurde das Wirken des Handlungskonzeptes mit einem wissenschaftlichen Blick von außen genauer betrachtet, um sowohl Erfolge als auch Defizite zu benennen sowie etwaigen Nachbesserungsbedarf zu prüfen. Gleiches erfolgte mit den insgesamt achtzehn Zukunftsdialogen in den Jahren 2015 bis 2017. Auch sie wurden wissenschaftlich begleitet.<sup>3</sup>

Ziel dieser externen Begleitung war es, Hinweise zur weiteren Arbeit in der nachfolgenden Wahlperiode an die Hand zu bekommen. Diesem Ansinnen möchte die Koordinierungsstelle auch mit dem diesjährigen Bericht nachkommen, so dass der Schwerpunkt des vorliegenden Berichts erneut auf einer wissenschaftlichen Expertise liegt. Um eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu ermöglichen, ist die diesjährige Expertise wieder von den Wissenschaftlern Schubarth, Rolfes und Kohlstruck erstellt worden.

Wie bereits oben ausgeführt, umfasst die Koordinierungsstelle die beiden Bereiche Tolerantes Brandenburg und Bündnis für Brandenburg. Insofern ist die Arbeit des „Bündnisses“ ebenfalls Bestandteil dieses Berichtes. Die jeweiligen Beiträge der Ressorts sowie der Mitglieder des landesweiten Beratungsnetzwerks wurden zu Gunsten der Expertise auf ein Mindestmaß reduziert und spiegeln deshalb nur ausgewählte Aktivitäten aus dem Jahr 2018 wider. Sie bieten also keinesfalls einen vollständigen Einblick in die Ressortvorhaben, was bei der Lektüre der einzelnen Berichte beachtet werden sollte.

---

<sup>2</sup> Zu den Ergebnissen siehe: [http://www.tolerantes.brandenburg.de/media\\_fast/5791/Endbericht%20TBB\\_2014-03-14-final.pdf](http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/Endbericht%20TBB_2014-03-14-final.pdf)

<sup>3</sup> Zu den Ergebnissen siehe: [http://www.zukunftsdialog-brandenburg.de/wp-content/uploads/2017/03/ZD-Expertise\\_2017\\_END.pdf](http://www.zukunftsdialog-brandenburg.de/wp-content/uploads/2017/03/ZD-Expertise_2017_END.pdf)

## II. Ausgangslage

Zur Einordnung dieses Berichtes soll zu Beginn die aktuelle Entwicklung des Rechtsextremismus im Land Brandenburg betrachtet werden. Die im jüngsten Verfassungsschutzbericht vorliegenden Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2017. Er beziffert das rechtsextremistische Personenpotenzial auf 1.540 Personen (2016: 1.390 Personen).<sup>4</sup> Damit weist er den zweithöchst gemessenen Wert seit 1993 aus. Nur im Jahr 1999 lag der Wert mit 1.665 Personen noch höher.

Demgegenüber stagniert die Zahl der Mitglieder in rechtsextremistischen Parteien. Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) verliert erneut und ist auf 280 (- 20) Mitglieder gesunken. Die Kleinst-Parteien „DIE RECHTE“ und „DER DRITTE WEG“ haben jeweils Mitglieder im unteren zweitstelligen Bereich, wobei die „DIE RECHTE“ einen leichten Mitgliedererwerb zu verzeichnen hatte.

Jenseits der Parteien gibt es seit 2017 ein neu eingeführtes Kategoriensystem zur Erfassung von Personengruppen. Seitdem wird zwischen „parteiunabhängige Strukturen“ und „weitgehend unstrukturiertes Personenpotenzial“ unterschieden. Zudem werden auch die gewaltorientierten Rechtsextremisten neu erfasst. In parteiunabhängigen Strukturen (Freie Kräfte, Kameradschaften, Bruderschaften) zählten die Sicherheitsbehörden 250 Personen, im weitgehend unstrukturierten Bereich 1.030 Personen.

Von dem oben dargestellten Gesamtpotenzial Brandenburger Rechtsextremisten in Höhe von 1.540 Personen werden 1.120 Personen als gewaltorientiert eingeschätzt.

Diese Zahlen verdeutlichen einen Trend, den die Akteure des „Toleranten Brandenburgs“ seit längerem beobachten. Die Bedeutung klar rechtsextremistischer Parteien ist zugunsten rechtspopulistischer, asylkritischer und aktionsorientierter Gruppierungen zurückgegangen. Personen mit rechtsextremistischen Einstellungspotenzialen sind nicht mehr alleine auf die NPD oder andere eindeutig rechtsextremistische Organisationen angewiesen, sondern finden für ihre Ideologie neue und gleichzeitig gesellschaftlich weniger stigmatisierte Anknüpfungspunkte. Dieses erklärt auch, warum das rechtsextremistische Personenpotenzial zugenommen hat, obwohl die Anzahl der Parteimitgliedschaften stagniert bzw. bei der NPD sogar rückläufig ist.

Eingesetzt hat diese Entwicklung in Brandenburg - ähnlich wie im übrigen Bundesgebiet - mit den asylkritischen Demonstrationen der Jahre 2015/2016.

Während jedoch in vielen Regionen die Aufmärsche zwischenzeitlich mangels Teilnehmerinnen und Teilnehmern wieder eingestellt wurden, sind in Städten wie Rathenow, Eberswalde, Jüterbog oder auch der Region Lausitz Strukturen entstanden, die auf lokale Stimmungslagen setzen und immer wieder mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen in Erscheinung treten.

Betrachtet man die jüngsten Entwicklungen der Fälle von Politisch motivierter Kriminalität zum Phänomenbereich Rechts (PMK rechts) für das Jahr 2018<sup>5</sup>, so wird dort ein Anstieg von 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr 2017 ausgewiesen. Mit insgesamt 1.562 Straftaten ist dies der dritthöchste Wert der vergangenen 10 Jahre. Nur in den Jahren 2015 und 2016 lagen die Zahlen der rechtsextremistischen Straftaten höher (zum Vergleich 2014: 1.281 Straftaten). Bei den politisch rechts motivierten Gewaltstraftaten bewegen sich die Zahlen auf dem Niveau des Vorjahres (2017: 124 und 2018: 123)

Anders, als die skizzierte Konzentration von asylkritischen Aufmärschen auf wenige Orte, ist das Verüben

---

<sup>4</sup> Definition und Zusammensetzung des rechtsextremistischen Personenpotenzials siehe: Verfassungsschutzbericht 2017, S 25f)

<sup>5</sup> vgl. Pressekonferenz „Vorstellung der Politisch motivierten Kriminalität im Land Brandenburg 2018“ des Ministers des Inneren und für Kommunales vom 18.03.2019.

rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Straftaten ein landesweites Phänomen, das nicht auf einzelne Landkreise oder kreisfreie Städte beschränkt bleibt. Betrachtet man die Großräume in Brandenburg, so muss festgestellt werden, dass die Lausitz und der Nordosten Brandenburgs insgesamt jedoch Zentren rechtsextremistischer Aktivitäten darstellen.

### III. Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung hat die Aufgabe, die Umsetzung des Handlungskonzeptes in den einzelnen Ministerien zu begleiten, Aktive vor Ort bei der Entwicklung von Strategien gegen Rechtsextremismus zu unterstützen, Netzwerkstrukturen auszubauen, das landesweite Beratungsnetzwerk sowie zivilgesellschaftliche Interventionen gegen rechtsextremistische Übergriffe zu steuern, bei Bedarf neue Handlungsfelder zu erschließen und allgemein Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Seit der Zusammenlegung des „Bündnisses für Brandenburg“ mit dem „Toleranten Brandenburg“ in einer Koordinierungsstelle gehört die Initiierung und Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen im Bereich der Flüchtlingspolitik ebenfalls zu ihrem Aufgabenfeld.

Für die Umsetzung ihrer Aufgaben stehen der Koordinierungsstelle entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung. Im Bereich des „Toleranten Brandenburgs“ standen im Berichtszeitraum rund 1,79 Mio. EUR Haushaltsmittel und rund 154.000 EUR Lottomittel zur Verfügung. Hinzu kamen zusätzlich über 955.000,- EUR aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Die damit insgesamt 2,9 Mio. EUR wurden vor allem für die Förderung des landesweiten Beratungsnetzwerks, die Förderung lokaler Projekte und Veranstaltungen sowie zur Finanzierung von Modellprojekten (insbesondere der Fachstelle „Islam im Land Brandenburg“) eingesetzt.

Eine genaue Aufschlüsselung der geförderten Projekte ist der Anlage im Kapitel VII.1 zu entnehmen.

Zudem nimmt die Koordinierungsstelle mit ihren langjährigen Strukturen auch die Funktion eines „Landesdemokratiezentrum“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ wahr. Landesdemokratiezentren sollen im Auftrag des Bundes vor allem auf eine Stärkung der demokratischen Kultur in dem jeweiligen Bundesland und damit in der Gesellschaft hinwirken. Hierbei steht die Vernetzung von demokratischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteurinnen und Akteuren im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (Beratungsteams, lokale/regionale „Partnerschaften für Demokratie“, Modellvorhaben und bundesweite Träger, soweit sie im jeweiligen Bundesland aktiv sind) im Vordergrund.

In diesem Kontext vertritt die Koordinierungsstelle das Land Brandenburg auch gegenüber den zuständigen Ministerien im Bund und gegenüber anderen Bundesländern. Zudem ist sie Ansprechpartnerin des Bundes für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“.

Ein besonderes Ereignis stellte für die Partnerinnen und Partner des „Toleranten Brandenburgs“ der Festakt zum 20jährigen Bestehen des Handlungskonzeptes am 15. Juni 2018 in Cottbus dar. Er hatte vor allem zum Ziel, die zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure und langjährige Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter des „Toleranten Brandenburgs“ zu würdigen und ihnen für ihr langjähriges Engagement zu danken. Über 250 Gäste aus Politik, Zivilgesellschaft und Kommunen sind der Einladung des Ministerpräsidenten gefolgt und konnten zusammen mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bischof Markus Dröge auf 20 Jahre erfolgreiche Arbeit des Handlungskonzeptes zurückschauen. In ihrer Gegenwart wurden zudem herausragende Partnerinnen und Partner des „Toleranten Brandenburgs“ geehrt.

#### Bündnis für Brandenburg

Das „Bündnis für Brandenburg“ als zweite Säule der Koordinierungsstelle konnte erfolgreich an die Arbeit der vergangenen Jahre anknüpfen. Zur Förderung von Aktivitäten und Vorhaben im Rahmen einer aktiven Flüchtlingspolitik standen dem „Bündnis für Brandenburg“ 1,57 Mio. EUR Landesmittel zur Verfügung. Neben der Projektförderung wurden diese Mittel auch für Publikationen, Veranstaltungen und sonstige Formen der Öffent-



lichkeitsarbeit aufgewendet. Ein stark nachgefragtes Instrument der Öffentlichkeitsarbeit ist das Notiz- und Informationsbuch „Gemeinsam Integration gestalten“ Eine genaue Aufschlüsselung der geförderten Projekte ist der Anlage im Kapitel VII.2 zu entnehmen.

Über das sogenannte „Regionalbudget“ (einer pauschalierten Mittelübertragung) ermöglichte das „Bündnis“ allen Landkreisen und kreisfreien Städten, in eigener politischer Verantwortung lokale Projekte und Vorhaben im Bereich der Flüchtlingsarbeit zu fördern oder durchzuführen. Hierfür standen den Kommunen nach entsprechender Antragstellung Landesmittel jeweils zwischen 20.000,- und 50.000,- EUR zur Verfügung.

Je 100.000 EUR wurden dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie sowie dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur übertragen, um in eigener Verantwortung Projekte und Träger bei ihrer Arbeit mit Geflüchteten zu fördern.

Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt bildeten drei Dialogforen und der Landesintegrationsgipfel, welche jeweils in Kooperation mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie bzw. der Landesintegrationsbeauftragten und der Landesgleichstellungsbeauftragten durchgeführt wurden (siehe auch Kapitel V.1 in diesem Bericht). In beiden Veranstaltungsformaten haben sich im Rahmen von Tagesveranstaltungen Verantwortungsträgerinnen und -träger aus dem Land und den Kommunen bzw. Geflüchtete selbst zu verschiedensten Themen der Flüchtlingspolitik ausgetauscht.

Dem Phänomenbereich Islamismus widmete sich das Bündnis im Rahmen einer sehr gut besuchten Lesung mit dem deutsch-israelischen Psychologen und Islamismus-Experten Ahmad Mansour und dem Chef der Staatskanzlei Martin Gorholt. Vor über 100 Gästen diskutierten beide am 30. November 2018 anhand von Thesen aus dem neuesten Buch von Ahmad Mansour „Klartext zur Integration: Gegen falsche Toleranz und Panikmache“ Chancen, aber auch notwendige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration von zu uns geflüchteten Muslimen.

Gastgeber der Veranstaltung war die Investitionsbank des Landes Brandenburg, die einer der mittlerweile über 300 Unterstützerinnen und Unterstützer des „Bündnisses für Brandenburg“ ist.

Die von der Koordinierungsstelle betriebene Homepage [www.buendnis-fuer-brandenburg.de](http://www.buendnis-fuer-brandenburg.de) hat sich zwischenzeitlich zu einer wichtigen Informationsplattform für Flüchtlingsinitiativen und Aktive aus der Zivilgesellschaft entwickelt. Auf ihr wird kontinuierlich über Aktivitäten der Landesregierung, aber auch über interessante Veranstaltungen und Angebote externer Partnerinnen und Partner berichtet. Darüber hinaus finden dort Geflüchtete sowie in der Migrationsarbeit Tätige hilfreiche Informationen und Handreichungen für ihre Arbeit. Antragstellerinnen und Antragsteller können auf der Seite auf alle notwendigen Hinweise und Formulare für ihre Zuwendungsanträge zugreifen. Abgerundet wird das Angebot durch eine Datenbank, in der nach Landkreisen und kreisfreien Städten geordnete regionale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie Initiativen abgefragt werden können.

### Neue Herausforderungen im Jahr 2018

Die inhaltliche Arbeit sowohl der Koordinierungsstelle selbst als auch des bei ihr angesiedelte Beratungsnetzwerkes waren im Berichtszeitraum jenseits der Aufgaben im Phänomenbereich Rechtsextremismus durch drei weitere zentrale Themenbereiche geprägt: Zum einen fanden umfangreiche Beratungs- und Abstimmungsprozesse rund um die Entwicklungen in der Lausitz statt, zum anderen ist intensiv an Konzepten und Instrumenten zur Islamismusprävention gearbeitet worden und schließlich wurde in Brandenburg mit Wirkung zum 1. Januar 2019 eine Fachstelle Antisemitismus in Trägerschaft des Moses Mendelssohn Zentrums eingerichtet.

tet. Deren Konzeptentwicklung, die Implementierung und die Aufgabenbeschreibung durch den Träger wurden seitens des Landes durch die Koordinierungsstelle begleitet (zu den Fachstellen siehe auch weiter unten).

In der Lausitz sind seit Jahren trotz einer starken und engagierten Zivilgesellschaft rechtsextremistische Netzwerke aktiv, die im Berichtszeitraum ganz bewusst ihre Aktivitäten auf die kreisfreie Stadt Cottbus konzentrierten. Diesen Bestrebungen sind Stadtpolitik und viele lokale Akteurinnen und Akteure von Anbeginn an entschlossen entgegengetreten.

Landesregierung und Stadtpolitik haben zudem durch ein Bündel von Maßnahmen zur Entschärfung lokaler Debatten in der Stadt über die aktuelle Flüchtlingspolitik beigetragen. In diesem Zusammenhang hat sich die Koordinierungsstelle auch vor Ort aktiv in die Debatten über die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen eingebracht. Aus Haushaltsmitteln der Koordinierungsstelle wurde das Mobile Beratungsteam in Cottbus personell verstärkt und das aus „Bündnis“-Mitteln finanzierte Regionalbudget der Stadt wurde von 20.000 EUR auf 50.000 EUR aufgestockt.

Darüber hinaus hat die Koordinierungsstelle intensiv mit örtlichen Vereinen und Trägern zusammengearbeitet, um das demokratische Klima in der Stadt insgesamt zu stärken. Eine gemeinsame Initiative „Cottbus ist bunt“ verschiedenster Institutionen unter Federführung von Cottbuser Aufbruch, FC Energie Cottbus, der BTU Cottbus-Senftenberg und vieler anderer Partner ist aus Mitteln des „Toleranten Brandenburgs“ mitfinanziert worden. Neben einer „Cottbuser Erklärung“, die zwischenzeitlich von über 870 Personen und Institutionen auf einer eigens eingerichteten Internetseite unterzeichnet wurde, gehört hierzu auch ein Transparent, das seit Oktober 2018 über einem Teil der Stadion-Ränge im „Stadion der Freundschaft“ hängt.

Ende des Jahres 2018 ist dem Verein FC Energie Cottbus ein Zuwendungsbescheid für das „Projekt für Vielfalt und Toleranz“ ausgehändigt worden. Mit ihm will der Verein insbesondere in seinen Vereins- und Fanstrukturen Maßnahmen für ein weltoffenes und gewaltfreies Zusammenleben durchführen.

### Phänomenbereich Islamismus

Im Laufe der Jahre 2017/2018 stellte es sich als wünschenswert heraus, ähnlich wie beim Rechtsextremismus, auch im Phänomenbereich Islamismus zu einer stärkeren Vernetzung und Abstimmungen der Aktivitäten der einzelnen Ressorts zu gelangen. Dies führte 2018 zur Gründung einer interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) für den Themenbereich Islamismusprävention unter Leitung der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg“. Über die IMAG sind alle Ministerien sowie die Landeszentrale für politische Bildung, der Landespräventionsrat und das Polizeipräsidium Potsdam eingebunden. Neben dem fachlichen Austausch steht die Erarbeitung eines Handlungskonzeptes zur Islamismusprävention im Zentrum der Arbeit. In bisher zwei Treffen konnten wichtige Anregungen und Hinweise zur Ausgestaltung des Handlungskonzeptes gegeben werden. Zudem erfolgten ressortspezifische Zuarbeiten und einzelne Themenfelder konnten auf Arbeitsebene vertieft werden.

Bereits im Herbst 2017 konnte über Bundesmittel aus dem Programm „Demokratie leben!“ eine erste Anschubfinanzierung für die Fachstelle „Islam im Land Brandenburg“ erfolgen. Im Jahr 2018 wurde die Fachstelle aus Bundesmitteln personell verstärkt, sodass sie ihrem Beratungs- und Qualifizierungsauftrag in verstärktem Maße nachkommen konnte und zwischenzeitlich zu einer wichtigen Ansprechpartnerin für zivilgesellschaftliche und staatliche Akteurinnen und Akteure zum Themenfeld Islam geworden ist.

Ergänzend ist in der Koordinierungsstelle ebenfalls aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ eine Referentenstelle zur Bearbeitung des Phänomenbereiches Islamismus geschaffen worden. Sie steuert die Abstimmungsprozesse zwischen den beteiligten Ressorts und erarbeitet mit zivilgesellschaftlichen Partne-

rinnen und Partnern Präventionsprojekte im Bereich Islamismus/Salafismus. Perspektivisch soll sie zudem Fortbildungsformate für Bedienstete in öffentlichen Einrichtungen unterbreiten.

### Phänomenbereich Antisemitismus

Ebenfalls im Jahr 2018 ist der Phänomenbereich Antisemitismus bei der Koordinierungsstelle angesiedelt worden.

Dem vorausgegangen war die Berufung eines „Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus“. Brandenburg stand wie alle anderen Bundesländer vor der Herausforderung, sowohl der gestiegenen politischen Bedeutung als auch sich abzeichnenden Abstimmungsprozessen zwischen dem Bund und den Ländern Rechnung zu tragen und entsprechende Strukturen aufzubauen. Während der Beauftragte des Bundes beim Bundesminister des Inneren und für Bau und Heimat angesiedelt ist, stellte sich die Zuständigkeit in Brandenburg anders dar. Der Bereich „Jüdisches Leben“ ist innerhalb der Landesregierung im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) angesiedelt. Gleichzeitig wollte die Landesregierung aber aufgrund der unterschiedlichen inhaltlichen Dimensionen den Bereich „Jüdisches Leben“ nicht mit dem Phänomenbereich Antisemitismus einer gemeinsamen Zuständigkeit unterwerfen.

Aus diesem Grund war relativ schnell klar, dass in Brandenburg kein gemeinsamer Beauftragter für beide Bereiche geschaffen werden sollte. Nach einem intensiven Meinungsaustausch mit Vertreterinnen und Vertretern jüdischer Communities, aus der Wissenschaft und auch Trägerinnen und Trägern von Projekten gegen Antisemitismus hat sich die Landesregierung entschieden, für die zivilgesellschaftliche Bearbeitung des Phänomenbereiches eine Fachstelle Antisemitismus bei einem renommierten Träger mit ausgewiesener Fachexpertise anzusiedeln. Hierfür konnte zum 01.01.2019 das Moses Mendelssohn Zentrum als An-Institut an der Universität Potsdam gewonnen werden. Der Fachstelle obliegt seitdem neben dem Monitoring antisemitischer Vorfälle vor allem auch die Beratung Betroffener, die Vernetzung mit anderen Trägern im Bereich Antisemitismus, die Qualifizierung von Institutionen und kommunalen Verantwortungsträgern sowie die Erarbeitung und Publikation von Handreichungen zum Phänomenbereich. Für ihre Arbeit hat der Landtag im Zuge der Haushaltsaufstellung 2019/2020 jährlich 200.000 EUR zur Verfügung gestellt, die vollständig an den Träger ausgezahlt werden.

Dem Bundesbeauftragten als auch den anderen Landesregierungen wiederum steht für notwendige Abstimmungsprozesse die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg“ als eine beim Chef der Staatskanzlei angesiedelte Stabsstelle zur Verfügung.

Zwischen der Fachstelle Antisemitismus und der Koordinierungsstelle gibt es einen ständigen Informationsaustausch (siehe auch unten). An den Zusammenkünften mit dem Bundesbeauftragten nehmen sowohl die Koordinierungsstelle als auch die Fachstelle gemeinsam teil, sodass auch hier eine enge inhaltliche Einbindung garantiert ist.

### Erweiterung des Beratungsnetzwerkes

Im Zuge der neu hinzugekommenen Phänomenbereiche Islamismus und Antisemitismus ist auch die Struktur des Beratungsnetzwerkes ausgeweitet worden. Ihm gehören heute das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, die Mobilen Beratungsteams, die RAAs, die Opferperspektive e.V., die Brandenburgische Sportjugend sowie die Fachstelle „Islam im Land Brandenburg“ und die Fachstelle „Antisemitismus“ an.

Zusätzlich haben die aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ finanzierten „Lokalen Partnerschaften für Demokratie“ (PfD) seit dem IV. Quartal 2018 einen ständigen Sitz im Beratungsnetzwerk, insbesondere um den Vernetzungsprozess und Informationsaustausch mit den Strukturen in den beteiligten Landkreisen und Städten zu verbessern. Die „Partnerschaften für Demokratie“ befinden sich jeweils in Trägerschaft eines freien Trägers und sollen auf kommunaler Ebene Verantwortliche aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft – aus Vereinen und Verbänden über Kirchen bis hin zu bürgerschaftlich Engagierten – vernetzen, um anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie zur Stärkung demokratischer und partizipativer Prozesse zu entwickeln. In Brandenburg existieren aktuell 18 PfDs, wovon sich 10 in Trägerschaft der Mobilien Beratungsteams befinden.

### Kooperationspartner der Koordinierungsstelle

Neben dem landesweiten Beratungsnetzwerk ist eine weitere wichtige Säule für die Koordinierungsstelle das breit aufgestellte Netzwerk von Kooperationspartnern. Im Jahr 2018 konnte die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit als neue Partnerin gewonnen werden. Damit besteht das Kooperationspartnernetzwerk aktuell aus 43 Institutionen, Verbänden und Unternehmen, die sich intensiv in die Arbeit für eine starke und lebendige Demokratie einbringen.<sup>6</sup>

Über regelmäßige Treffen bindet die Koordinierungsstelle ihre Partnerinnen und Partner in konkrete Vorhaben mit ein oder entwickelt mit ihnen gemeinsam individuelle Projekte für Demokratie und Toleranz.

### Werben für Toleranz und Demokratie

Eines der zentralen Instrumente für die Öffentlichkeitsarbeit der Koordinierungsstelle ist das „Demokratie-Mobil“. Es ist seit mittlerweile zehn Jahren in ganz Brandenburg unterwegs und wird genutzt, um das Handlungskonzept und die bestehenden Beratungsangebote bekannter zu machen, vor Ort Aktive in ihrem Engagement zu unterstützen und auch im direkten Bürgergespräch zu dokumentieren, dass die Landesregierung im Kampf gegen Rechtsextremismus fest an der Seite der Zivilgesellschaft steht. So wurden mit dem von der Mercedes-Benz Niederlassung Berlin gesponsertem Fahrzeug beispielsweise Heimat- und Dorffeste, Jugendausbildungsmessen, thematisch ausgerichtete Sportveranstaltungen, Protestaktionen gegen Neonaziaufmärsche und Veranstaltungen von Vereinen und Schulen begleitet.

Im vergangenen Jahr war das „Demokratie-Mobil“ über 40 Mal im Einsatz, davon 21 Mal an den Wochenenden.

Ein wichtiges Informations- und Werbemedium für das Handlungskonzept sind mittlerweile die sozialen Netzwerke. Neben einer klassischen Homepage betreibt die Koordinierungsstelle mittlerweile eine eigene Facebook-Seite und einen Youtube-Kanal. Beide Angebote haben im vergangenen Jahr erheblich an Zuspruch gewonnen. So konnten die Abonnentenzahlen im Jahr 2018 von ursprünglich 4.670 auf rund 6.700 gesteigert werden.

Auf der Facebook-Seite wird über neue Publikationen, Veranstaltungshinweise, neue Entwicklungen des Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliche Aktivitäten berichtet. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 206 Beiträge auf der Facebook-Seite des „Toleranten Brandenburgs“ veröffentlicht. Die Beiträge wurden rund 459.000 Mal von Interessierten aufgerufen. Durchschnittlich hatte jeder Beitrag eine Reichweite von fast 1.800 Klicks.

---

<sup>6</sup> Die Zahl der Kooperationspartner kann auf Grund von Vereinsauflösungen o.ä. in geringem Maße schwanken.

## Förderung der Zivilgesellschaft

Einen breiten Raum hat die Förderung von Projekten für Demokratie und Toleranz eingenommen. Insgesamt hat die Koordinierungsstelle 64 Projekte und Träger aus den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gefördert. Eine Übersicht der Zuwendungen ist dem Kapitel VII zu entnehmen.

Zwei wichtige Projekte sollen hier hervorgehoben werden:

Ein mittlerweile fester Bestandteil zur Förderung von Partizipation ist die Finanzierung der sogenannten B-Team-Tour in Trägerschaft des Vereins Kumulus e.V. Im Rahmen einer jeweils 14tägigen Tour setzen sich Jugendliche mit einem vorher festgelegten Thema auseinander. Anlässlich des 20jährigen Bestehens des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ widmete sich die B-Team-Tour 2018 wichtigen „Meilensteinen“ des zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie und Toleranz im Land Brandenburg. Hierzu gehörten Orte wie Halbe und Wittenberge aber auch Potsdam und Cottbus. Neben Zeitzeugengesprächen gehörten Diskussionsveranstaltungen in Schulen, Jugendclubs oder mit Lokalpolitikern und Wahlkreisabgeordneten zu festen Programmbestandteilen der B-Team-Tour.

Ein weiteres herausragendes Projekt im Rahmen der Sensibilisierung für demokratische Herausforderungen bei jungen Menschen war eine Reihe szenischer Lesungen des Schauspielers Thomas Darchinger aus der Autobiografie von Solly Ganor unter dem Titel „Das andere Leben - eine Kampagne für mehr Demokratie“. An insgesamt sechs Brandenburger Schulen las Darchinger auf Einladung der RAA aus der Biografie Ganors, in der dieser in erschütternden Worten von der Verhaftung und Ghettoisierung seiner Familie im Jahr 1941 sowie von der Verschleppung, Schikane, willkürlichen Ermordung, Selektion und Vernichtung zahlloser unschuldiger Menschen während der Zeit des NS-Terrors berichtet. Die Lesungen standen unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten.

Auch mit Blick auf das „Bündnis für Brandenburg“ sollen folgende drei Projekte eine besondere Erwähnung finden:

Die Internationaler Bund Berlin-Brandenburg gGmbH bietet im Landkreis Märkisch-Oderland eine Beratung für traumatisierte Menschen, vorrangig Geflüchtete, an. Da eine Traumatisierung bei den Betroffenen ein zentrales Hindernis für die Teilhabe und Integration darstellt, ist eine der drängendsten Aufgaben zunächst die Gewährleistung der gesundheitlichen Regeneration. Hierbei leistet das Projekt einen entscheidenden Beitrag: Neben der Arbeit mit den Betroffenen selbst werden auch Bezugspersonen in Schule und Kindergarten beraten, um bei den Fachkräften eine Sensibilisierung für die Bedürfnisse Traumatisierter zu erlangen. Auch ermöglicht die Weiterbildung den pädagogischen Fachkräften, traumatisierte Kinder überhaupt identifizieren zu können – eine Grundvoraussetzung, um schließlich unterstützend tätig werden zu können. Hinzukommend berät das Projekt auch Unternehmen und Ausbildungseinrichtungen sowie Aktive in den Willkommensinitiativen.

Auch das „Haus der Möglichkeiten“, ein kulturelles Zentrum in Leegebruch des gleichnamigen Vereins, wurde in 2018 vom Bündnis gefördert. Die Einrichtung ermöglicht insbesondere Geflüchteten, aber auch allen interessierten Einwohnern und Einwohnerinnen des Ortes und der umliegenden Gemeinden, an Veranstaltungen, Seminaren, Kursen und vielem mehr teilzunehmen oder diese selbst zu organisieren und zu leiten. Die Angebote reichen von Ausstellungen, Lesungen und Familienfrühstücken über Tanzveranstaltungen, Vorträge, Theater, Musik bis hin zu Malerei. Das Haus der Möglichkeiten avancierte in der Vergangenheit zu einem interkulturellen Begegnungsraum, der vor Ort dabei hilft, Berührungsängste und Vorurteile abzubauen, der die Voraussetzungen für gemeinsame Erlebnisse schafft und das Verständnis unter- und füreinander fördert.

Ein weiteres spannendes Projekt ist das Gemeinschaftsprojekt „Männer mit Perspektive“ von Mosaikstein e.V. und der Flüchtlingsarbeit im Evangelischen Kirchenkreis Potsdam. Bei dem Projekt handelt es sich um ein offenes Angebot, das primär allein reisenden Geflüchteten die Gelegenheit bietet, für sich selbst und für das Zusammenleben in der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. Das Projekt zielt auf den interkulturellen und interreligiösen Austausch, die Zusammenarbeit zwischen Brandenburger\*innen und Flüchtlingen und die Förderung des Respektes vor kulturellen Unterschieden ab. Auch geht es um die Heranführung der Zielgruppe an die demokratischen Gestaltungs- und Teilhabemöglichkeiten.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ist mittlerweile ein unverzichtbarer Bestandteil der Arbeit des Landesdemokratiezentrums geworden. Es beinhaltet auch die Förderung der Lokalen Partnerschaften für Demokratie (PfD) sowie von Modellprojekten, die ihre Zuwendungen direkt vom Bund erhalten.

Die PfDs haben wie dargestellt seit Ende 2018 eine Vertretung im Beratungsnetzwerk und es erfolgt ein regelmäßiger Austausch über lokale und landesweite Entwicklungen. Die Koordinierungsstelle nahm zudem 2018 regelmäßig an den Vernetzungstreffen der PfDs teil und informierte über aktuelle eigene Vorhaben.

In die konzeptionelle und inhaltliche Weiterentwicklung beider Bundesprogramme bringt sich die Koordinierungsstelle mit ihrer Expertise ein.

Darüber hinaus hat die Koordinierungsstelle als Landesdemokratiezentrum die Umsetzung des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesinnenministeriums im Land Brandenburg begleitet. Das Programm zielt darauf ab, bürgerschaftliches Engagement und demokratisches Handeln in ländlichen und strukturschwachen Gegenden über entsprechend ausgerichtete Projekte von Freien Trägern zu fördern. Bei diesem Programm fungierte die Koordinierungsstelle als Beraterin bei der Antragstellung, Vernetzerin, aber auch als Verbindungsstelle zum Bund.

In der aktuellen Förderperiode von „Zusammenhalt durch Teilhabe“ wurden neun Träger aus dem Land Brandenburg gefördert:

- Brandenburger Landfrauenverband,
- Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.,
- der Paritätische Berlin-Brandenburg,
- Landesfeuerwehrverband BB e.V.,
- Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V.,
- Berlin-Brandenburgische Landjugend e.V.,
- THW-Jugend Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt e.V.,
- Arbeitslosenverband Deutschland Landesverband Brandenburg e.V.,
- Heinrich-Böll-Stiftung

Die Koordinierungsstelle arbeitet zudem als Ländervertreterin im Vorstand des „Forum gegen Rassismus“ beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat mit.

## IV. Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“

Die in diesem Kapitel abgedruckten Texte sind Beiträge der durch das Handlungskonzept geförderten Mitglieder des Beratungsnetzwerkes für das Jahr 2018. Sie ermöglichen ihnen die Darstellung der eigenen Arbeit und unterliegen der inhaltlichen Verantwortung der jeweiligen Träger.

### IV.1 Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Das landesweite Aktionsbündnis setzt sich für die Mobilisierung der Gesellschaft gegen Rechtsextremismus und Rassismus ein. 2018 traten die Bürgerinitiative „Aktionsbündnis Weltoffenes Werder“ und das Bürgerbündnis „Für eine gewaltfreie, tolerante und weltoffene Stadt Angermünde“ sowie die F.C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz dem Bündnis bei, dem nunmehr 77 Verbände, Vereine, Bürgerinitiativen sowie Persönlichkeiten des Landes Brandenburg angehören. Den Vorsitz hat Superintendent Thomas Wisch inne, der die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz vertritt. Das Aktionsbündnis war 1997 auf Anregung der Landesregierung gegründet worden.

Auch in diesem Jahr zeigte sich, dass die Angriffe von rechts auf unsere Zivilgesellschaft zugenommen haben. Im Fokus stehen all diejenigen, die der rechten Stimmungsmache widersprechen, all jene, die sich für Vielfalt und Menschenwürde einsetzen. Es ist ein Kulturkampf von rechts, und er trifft nicht nur Initiativen und Vereine, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagieren. Er trifft in gleichem Maße Theater, soziale Einrichtungen, Jugendclubs, Musikerinnen und Musiker, Künstlerinnen und Künstler und viele andere. Die AfD nutzt das Parlament als Bühne und versucht zum Beispiel, mit dem Instrument der Kleinen Anfrage Menschen in ihrem Engagement einzuschüchtern und in ihrer Arbeit zu blockieren.<sup>7</sup>

Auf den Plenarsitzungen und in Beratungen vor Ort diskutieren die Mitgliedsorganisationen diese aktuell politischen Entwicklungen sehr intensiv. Ein weiterer Schwerpunkt des Austausches der Mitglieder des Aktionsbündnisses war der Umgang mit rechten und rassistischen Parolen und Hetze auf der Straße und in sozialen Medien. Diverse Trainings und Seminarkonzepte wurden erprobt, um Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu ermutigen, Hass und Gewalt entgegenzutreten und sich an Veranstaltungen und Gegendemonstrationen zu beteiligen.

Den rechtsextremen und flüchtlingsfeindlichen Mobilisierungen, die sich auch in 2018 oft gegen die Flüchtlingspolitik der Landes- und Bundesregierung richteten, wurde in der Regel von bürgerschaftlichen Initiativen widersprochen. Immer ging es darum, ein klares Zeichen gegen rechte Verschwörungsmymen und für eine solidarische und demokratische Gesellschaft zu setzen. Dieses lokale Engagement zu unterstützen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Aktionsbündnisses.

Wer gegen einen rechten Aufmarsch protestiert oder selbst eine Demo organisiert, muss sich mit dem Versammlungsrecht beschäftigen. Der Ratgeber, den das Aktionsbündnis erarbeitet hat, antwortet auf alle Fragen, die sich dabei in Brandenburg stellen. Als eBook ist der Leitfaden für unterwegs geeignet, als Broschüre ebenfalls erhältlich.

---

<sup>7</sup> „Am Montag treffen sich alle AfD-Landtagsfraktionen und die Bundestagsfraktion im sächsischen Freiberg. Für die Potsdamer AfD-Fraktion nahmen Andreas Kalbitz (Vorsitzender), Andreas Galau, (Parlamentarischer Geschäftsführer), Birgit Bessin (stellv. Vorsitzende) und Thomas Jung (stellv. Vorsitzender) teil. Ein Ergebnis des Treffens: Die unter dem vermeintlichen Deckmantel von „Toleranz“ und „Miteinander in der Zivilgesellschaft“ aus Staatsgeldern finanzierten Strukturen von Linksextremisten und linken Demokratiefeinden müssen aufgedeckt und ihre Geldquellen zum Versiegen gebracht werden. Hier werden die Fraktionen der AfD in den Landtagen von Brandenburg und Sachsen-Anhalt künftig federführend agieren.“  
Quelle: [http://afd-fraktion-brandenburg.de/?wysija-page=1&controller=email&action=view&email\\_id=1701&wysijap=subscriptions](http://afd-fraktion-brandenburg.de/?wysija-page=1&controller=email&action=view&email_id=1701&wysijap=subscriptions)  
(Download vom 19.03.2019)

Die neugestaltete Webseite des Bündnisses stellt die verschiedenen Mitgliedern vor und präsentiert Informationen und Anleitungen für das Engagement gegen Rechts. In der Rubrik „Brandenburg rechtsaußen“ sind die wichtigsten rechten Parteien und Gruppierungen in Brandenburg, ihre Anführerinnen und Anführer sowie Organisationsstrukturen, ihre Ziele und ihre Methoden beschrieben.

#### **IV.2 Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos**

In den letzten Jahren berichtete das Mobile Beratungsteam (MBT) an dieser Stelle immer wieder von der starken Polarisierung in der Gesellschaft. Diese Dynamik nimmt weiter zu. In Diskussionen genügt schon ein bestimmtes Wort und der Harnisch wird angelegt, um seinem Gegenüber zu erklären, wie es sich richtig verhält! Dabei geht es dann nicht mehr darum, den anderen verstehen zu wollen, sondern ihn zu überzeugen, dass man selbst die besseren Argumente hat. Das führt natürlich unweigerlich dazu, dass Freund-Feind-Schemata wieder hoch im Kurs stehen. Wir sind die Guten und auf der richtigen Seite. Wer nicht zu uns gehört, nicht zustimmt oder sich nicht an unsere Regeln und Urteile hält, der ist der Feind. Mit Feinden spricht man nicht, sie werden bekämpft. Wie sollen aber gesellschaftliche Spaltungen überwunden werden, wenn die Bereitschaft zum Dialog nicht gegeben ist?

Diese Entwicklung prägte die verschiedenen Herausforderungen, mit denen das MBT in Brandenburg 2018 konfrontiert war:

Das MBT Brandenburg versucht konsequent in seiner Beratungspraxis die oben beschriebenen schwarz-weiß Dichotomien nicht anzunehmen, diese im Beratungsprozess sichtbar zu machen und im besten Falle zu überwinden. Erschwerend kommen dabei zwei Erwartungen der Beratungsnehmenden hinzu:

1. Der Exklusionsansatz war im Hinblick auf NPD und Co. in der Vergangenheit erfolgreich. Es besteht die Erwartung, dass dies auch bei anderen Akteuren so sein wird.
2. Die kritische Auseinandersetzung mit sich selbst, d. h. die Frage, warum man selbst bestimmte Milieus nicht erreicht oder die Reflektion der eigenen Werte und des eigenen Handelns, wird als sehr mühsam angesehen.

Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten sowie Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten argumentieren gerne mit vermeintlicher Neutralität, wenn sie bestimmte demokratiestärkende Aktivitäten eingestellt sehen wollen. Das MBT Brandenburg traf in seiner Beratungspraxis immer wieder Akteure, die sich mit der sogenannten Neutralitätsfrage beschäftigten. Sie waren unsicher, was sie selbst tun dürfen und zu welchen Fragen das MBT beraten darf. Das MBT arbeitet seit 1998 im Rahmen des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“. Für seinen Auftrag ist in erster Linie die Verfassung des Landes Brandenburg sowie das Handlungskonzept der Landesregierung bindend. In Artikel 7a der Landesverfassung hat sich das Land Brandenburg dazu verpflichtet, das friedliche Zusammenleben der Menschen zu schützen und der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegenzutreten. Vor diesem Hintergrund berät das MBT nicht neutral und kann das auch gar nicht. Es arbeitet jedoch überparteilich und präzise auf der Grundlage des Wertekanons der Verfassung.

2018 erreichten das MBT vermehrt Anfragen zu Argumentationstrainings. Die vielen Engagierten vor Ort finden sich häufig in oben beschriebener Polarisierungsdynamik wieder. Sie wollen die Gräben in ihrem Gemeinwesen überwinden, um gut miteinander leben zu können und sehen den Dialog als wesentliches Mittel



dazu an. Aus Unsicherheit und der Befürchtung im (Streit-)Gespräch nicht bestehen zu können, erhoffen sie sich die entsprechende Unterstützung im Argumentationstraining. Während der konkreten Auftragsklärung wurde schnell deutlich, dass es um mehr geht, als um ein klassisches Argumentationstraining. Häufig beschäftigt die Akteurinnen und Akteure vor Ort die Frage, wie sprechen sie überhaupt mit bestimmten Milieus, welche Themen wollen sie selbst ansprechen und wie sieht ein erfolgsversprechendes Gesprächssetting überhaupt aus. Es ging also vor allem darum, eine Kommunikation zu bestimmten Bevölkerungsgruppen zu entwickeln bzw. kritisch zu reflektieren und ggf. zu modifizieren. Kurz: Sprache (zurückzu-) gewinnen!

Allgemein entstehen immer wieder Konflikte im gesellschaftlichen Zusammenleben. Insbesondere im öffentlichen Raum versuchen Rechtsextremistinnen und -extremisten und Rechtspopulistinnen und -populisten solche Konflikte zu instrumentalisieren, indem sie diese ethnisieren oder kulturalisieren. Die präventive Wirkung von gelungenen Konfliktbearbeitungen ist folglich überaus groß. Daher unterstützt das MBT die Akteurinnen und Akteure vor Ort, die Konflikte adäquat zu analysieren und Handlungsoptionen zu entwickeln. Es verfolgt dabei einen inkludierenden Ansatz, der mit einer Perspektive auf das gesamte Gemeinwesen Kommunikationsmechanismen und -formate entwickelt, welche es den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren ermöglicht, abgestimmte Maßnahmenpakete zu entwickeln, die nachhaltig Lösungen schaffen.

Die Beratungsanfragen haben sich diesbezüglich deutlich erhöht, so dass das MBT mittlerweile über einen großen Erfahrungsschatz verfügt. Die bisher gesammelte Empirie wurde 2018 begonnen zu analysieren und auszuwerten. 2019 sollen auf dieser Basis Arbeitshilfen für kommunale Entscheidungsträger entwickelt und angeboten werden.

Erhöhte Beteiligungsansprüche und z. T. massive Bürgerproteste kennzeichnen die Gegenwart. Mehr Bürgerbeteiligung scheint als Antwort nahezuliegen. Dies lässt sich an verschiedenen Entwicklungen ablesen. Beispielsweise wurden mit dem Ersten Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg Beteiligungsansprüche institutionalisiert.

Insgesamt existiert ein breiter Konsens, dass es v.a. um die Stärkung und ggf. Ergänzung repräsentativer Demokratie durch mehr Einsatz von neuen dialogorientierten Teilnehmungsformaten geht. Demokratie kann folglich auch als Innovationshorizont von Bürgerbeteiligung verstanden werden. Dazu zählen auch die Aktivitäten, die nicht im strengen Sinn auf die Entscheidungsfindung für die Kommune ausgerichtet sind, die oft als Spezifikum des Politischen betrachtet werden. Zur Demokratisierung der Demokratie gehört auch ein erweitertes Verständnis dessen, was als politisch gilt: Neben der Entscheidungsfindung ist auch die gemeinschaftliche Gestaltung des öffentlichen Lebens Teil einer Teilnehmungskultur.

In diesem Sinne können dann neben den bislang genannten formellen und informellen Formen auch das Bürgerengagement in der Kommune und im Dorf selbst zur Demokratiestärkung gezählt werden. Das MBT Brandenburg stimuliert vor Ort, insbesondere im ländlichen Bereich, solche Prozesse und unterstützt Akteure in der Umsetzung.

Es ist wichtig, die gestiegenen Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsbeteiligung aufzunehmen, damit die derzeit beobachtbaren Legitimitätseinbußen der Politik nicht zunehmen und sich die Entwicklung von einer Politikerverdrossenheit zu einer Systemverdrossenheit verstärkt.

Wie bereits im letzten Jahr weist das MBT darauf hin, dass es dringenden Bedarf nach aktiven Mitgliedern in den Gemeinwesen gibt. Die Professionalisierung von Angeboten, die Vereinzelung in unserer Gesellschaft und die demografischen Entwicklungen sind nur einige Themen, die unsere Gesellschaft insbesondere im ländlichen Raum verändern. Entscheidend wird sein, wie es Brandenburg gelingt, die Gemeinwesen in den peripheren Regionen aktiv zu halten und wie (politische) Beteiligung gesichert werden kann.

Im Süden Brandenburgs lässt sich beobachten, wie problematisch sich die Situation entwickelt, wenn rechts-extreme in diese Lücke stoßen. Dort hat ein rechtsextremer Unternehmer zwei Immobilien erworben, wobei eine davon die alte Gaststätte des Ortes ist. Diese hat er für die Einwohnerinnen und Einwohner wieder geöffnet. Mit Mitteln aus seinem rechtsextremen Versandhandel und Plattenlabel sponserte er z.B. das örtliche Parkfest. Dadurch sichert er sich den Rückhalt in der Kommune, die ihn vor allem dadurch in erster Linie nicht als Rechtsextremisten wahrnehmen, sondern als jemanden, der sich im Gemeinwesen einbringt. Somit kann er in Ruhe seinen rechtsextremen Geschäften nachgehen und auch seine Ideologien im Dorf verbreiten. Eine kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Allgemeinen und ihm als rechtsextremen Akteur ist dadurch erheblich erschwert. Für das MBT ist es wichtig, zukünftig diesen Bedarf an Aktiven im Gemeinwesen in den Blick zunehmen und demokratisches Engagement zu fördern, zu unterstützen bzw. zu ermöglichen.

### **IV.3 Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie**

#### Demokratische Integration

Seit vielen Jahren steht die Arbeit der RAA Brandenburg unter dem Stichwort Demokratische Integration. Darunter fassen die RAA Brandenburg nicht nur Fragen der Integration von zugewanderten und geflüchteten Menschen, sondern die Frage: Wie gelingt die Integration aller Menschen in unser Gemeinwesen. Es ist offensichtlich, dass diese gesellschaftliche Integration eine Daueraufgabe ist und deshalb setzt die RAA sich als Verein mit verschiedenen Formen der Desintegration auseinander. Diese Desintegration äußert sich in allen Formen von Gewalt, Rassismus, Abwertung von Gruppen, Diskriminierung von Menschen aufgrund spezifischer Merkmale. Der Begriff der Demokratischen Integration stellt die Offenheit des Gemeinwesens in den Mittelpunkt. Die demokratische und offene Gesellschaft wird gestaltet und ist gekennzeichnet durch die Organisation und Vertretung von Interessen, Werthaltungen und Überzeugungen, durch die öffentliche Auseinandersetzung um Zielsetzungen und die friedliche Austragung von Konflikten. Es geht also um die Integration *in* die demokratische Gesellschaft und es geht um die Integration *durch* demokratische Arrangements und demokratisches Handeln.

Im öffentlichen Fokus stehen in der Regel Ergebnisse misslungener demokratischer Integration: Gewalt, Verletzungen der Grundsätze von Gleichheit, Gerechtigkeit und Fairness gegenüber Einzelnen und gesellschaftlichen Gruppen. Dies musste man in besonderer Weise in Cottbus im vergangenen Jahr wahrnehmen. Dabei wurde in Cottbus in den letzten Jahren in vielen integrationspolitischen Feldern eine sehr gute Arbeit geleistet, die zur Attraktivität der Stadt beigetragen hat – auch für zugewanderte Menschen. Dies zeigt auch das unter starker Beteiligung von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft partizipativ erstellte Integrationskonzept der Stadt, welches die RAA als Träger begleiten konnte. Leider zeigten die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Einheimischen und Geflüchteten, dass Gewalt und daran anknüpfende Mobilisierungen insbesondere des Vereins „Zukunft Heimat“, die mehrfach offen mit neonazistischer und rechtsextremer Unterstützung organisiert wurden, die weitere Entwicklung eines demokratischen Miteinanders äußerst schwierig machen können. Hervorzuheben ist aus Sicht der RAA deshalb auch das besonnene Handeln gerade von geflüchteten Menschen, die öffentlich deutlich machten, dass sie jede Form von Gewalt ablehnen und für diese Haltung auch öffentlich einstehen.

Für die Arbeit von besonderer Bedeutung ist deshalb auch die Entscheidung, mit der Fachstelle „Islam im Land Brandenburg“ eine Ansprechpartnerin für öffentliche und private Einrichtungen zu schaffen, die Fragen haben zu den Themen Islam, Islamismus, Radikalisierung, aber auch antimuslimischer Ressentiments und

Rassismus. Die Fachstelle unterstützt gleichzeitig demokratische Initiativen zugewanderter Musliminnen und Muslime, um zu verhindern, dass islamistische Akteure mit Geld und organisatorischem Know-How von außen auf diese einwirken.

Entwicklungs- und Lernfelder demokratischer Integration sind Gemeinden und Städte bzw. Stadtteile. Hier knüpfen mehrere Projekte der RAA Brandenburg an, die hier nur kurz charakterisiert werden können. Mit der auf 10 Jahre angelegten Entwicklungsplattform „Ein Quadratkilometer Bildung Fürstenwalde“ und dem an ihre pädagogische Werkstatt angedockten Projekt „Empowerment und Partizipation (EmPa<sup>3</sup>)“ wird das Thema kommunaler Integration praktisch und beispielhaft unterstützt. Die Integration von zugewanderten und geflüchteten Menschen braucht eine Kultur der Anerkennung in Brandenburg und stellt zudem eine Querschnittsaufgabe für verschiedene Politikfelder dar: Bildung und Erziehung, Arbeit, Stadt- und Dorfentwicklung, Sozialarbeit etc. Fragen der Integration berühren damit immer auch unterschiedliche Rechtskreise und immer auch Sicherheitsfragen von Zugewanderten und Einheimischen. Um dieser Querschnittsaufgabe gerecht werden zu können, unterstützen die Niederlassungen der RAA Brandenburg und auch ihre Projekte und Programme die lokale Vernetzung der Akteurinnen und Akteure („Brandenburger Bildungspartnerschaften in der Migrationsgesellschaft – BraBiM“).

### Schulbezogene Arbeit

Die schulbezogene Arbeit der RAA Brandenburg besteht vor allem aus der Beratungs- und Fortbildungsarbeit der zugewiesenen Lehrkräfte und größerer Projekte, die in der Geschäftsstelle der RAA angesiedelt sind. Zielgruppen sind Schulleitungen, Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, Eltern und die Gremien der Eltern, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schülern (v.a. die Kreisschülerräte).

Im Schuljahr 2017/2018 haben die Lehrkräfte der RAA Brandenburg über 1.000 Beratungen sowie Fortbildungen v.a. zu folgenden Themen durchgeführt: Demokratieentwicklung, Gewaltprävention, Rechtsextremismusprävention und vielfaltsorientierte Schulentwicklung (324 Fortbildungsstunden mit 1.385 Teilnehmerinnen und Teilnehmern).

Im Rahmen der Schulberatungsarbeit werden die Brandenburger „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“ (SOR-SMC) auf regionaler und landesweiter Ebene koordiniert. Im Jahr 2018 verzeichnetet die RAA mit zehn neuen Schulen den stärksten Zuwachs seit Bestehen des Netzwerkes, dem jetzt 81 Schulen angehören. Den Höhepunkt zum 20jährigen Jubiläum von SOR-SMC im Land Brandenburg bildete das Treffen der Aktiven im Landtag unter der Schirmherrschaft der Landtagspräsidentin. Es nahmen 160 Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Fachkräfte aus der Schulsozialarbeit aus 40 Schulen teil.

Für die erfolgreiche schulische Integration von zugewanderten und geflüchteten Schülerinnen und Schülern stellt das Angebot des „Muttersprachlichen Unterrichts“ ein wichtiges Element dar. So konnte das Angebot im Jahr 2018 von 65 auf 107 Sprachgruppen erweitert werden. Folgende Unterrichtsangebote konnten an 50 Schulen und drei weiteren Standorten realisiert werden: Arabisch (59 Gruppen), Persisch (5), Polnisch (16), Kurdisch (1), Russisch (20), Spanisch (1), Türkisch (1) und Vietnamesisch (4).

### Gemeinwesenbezogene Arbeit zur Integration von Zugewanderten und Geflüchteten

Demokratische Integration, so wie sie oben beschrieben ist, ist eine gemeinsame Herausforderung für alle Menschen, die unserer Gesellschaft angehören. Sie betrifft Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Besonderes Augenmerk gilt dabei der kommunalen Integration. Öffentlich wahrgenommen wird dies in der Regel leider nur bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Einheimischen und Menschen mit Migrationshintergrund. Opferperspektive und Polizeistatistik zeigen hierbei, dass sehr viele Zugewanderte Opfer von Anfeindungen und Gewalt durch Einheimische werden. Auch die Hauptgruppe der Opfer von Gewalt, die von

Menschen mit Migrationshintergrund und Fluchtgeschichte ausgeht, sind Geflüchtete und Zugewanderte selbst. Die in der Öffentlichkeit stark im Fokus stehenden Auseinandersetzungen in Cottbus und Frankfurt (Oder) zeigen einmal mehr, dass das Handeln politischer Verantwortungsträgerinnen und -träger vor Ort von entscheidender Bedeutung für eine weitere Eskalation und Deeskalation sind, und dass es weiterhin wichtig ist – gemeinsam auch mit zivilgesellschaftlichen Gruppen –, Problemlagen und Ängste offen zu benennen und mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam zu bearbeiten. Eine gelingende Integration ist deshalb auch die Basis einer guten gesellschaftlichen Entwicklung in Brandenburg. Die wachsende lokale und regionale Integration ist erfahrungsgemäß die beste Voraussetzung, um rechtsextremer wie islamistischer Radikalisierung entgegenzuwirken.

Die Angebote der Regionalreferentinnen und -referenten der RAA Brandenburg, die durch die Integrationsbeauftragte des Landes gefördert werden, bieten deshalb Beratung, Moderation und Fortbildungen für kommunale und lokale öffentliche und private Einrichtungen an. 2018 haben die Regionalreferentinnen und -referenten mehr als 200 Beratungen, 17 längerfristige Prozessbegleitungen, 125 Veranstaltungsmoderationen und 969 Fortbildungsstunden mit 2.472 Teilnehmenden durchgeführt<sup>8</sup>. Teilnehmende und Beratungsnehmende kamen aus ganz unterschiedlichen Einrichtungen: Landkreise und Kommunen, Wohnungsgesellschaften, Schulen, Kitas, Jugendeinrichtungen, Integrationsnetzwerke und -initiativen, Jugend- und Sozialarbeit, Studientseminare, kommunale Integrationswerkstätten, Fort- und Weiterbildungsträger, Träger von Wohnheimen und Sozialarbeit mit Geflüchteten und Zugewanderten.

Erfreulich ist die anhaltende Nachfrage von öffentlichen und privaten Einrichtungen, die sich mit Fragen interkultureller/vielfaltsorientierter Organisationsentwicklung auseinandersetzen.

#### **IV.4 Opferperspektive e.V.**

Der Verein Opferperspektive e.V. engagiert sich seit nunmehr 20 Jahren für eine Gesellschaft, in der sich jeder Mensch frei, gleichberechtigt und ohne Angst bewegen kann. Fast täglich registrieren die Beraterinnen und Berater für Betroffene rechter Gewalt des Vereins Opferperspektive neue Fälle. Da ist die Mutter, die mit ihrer Tochter im Supermarkt Persisch spricht und deswegen verbal rassistisch angegangen wird und, als sie sich dies verbittet, geschlagen wird. Da werden Moscheebesucherinnen und -besucher mit Steinen beworfen. Da ist die schwangere Frau, die von verummten Rechten mit ihrem Freund angegriffen wird, weil Neonazis glauben, dass sie rechte Aufkleber abgekratzt hätten.

Das fortlaufende Monitoring rechter Gewalt ergänzt das Angebot der Opferperspektive. In einer Internetchronik werden allen Bürgerinnen und Bürgern aufbereitete Vorfälle zu Verfügung gestellt und damit das Ausmaß rechtsmotivierter Gewalt sichtbar gemacht. Dafür werden verifizierte Fallmeldungen systematisiert und ausgewertet. Im März eines jeden Jahres werden die Zahlen der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Jahreszahlen werden dabei um Analysen und Trends zur Entwicklung rechter Gewalt in Brandenburg vervollkommenet.

Insgesamt wurden 2018 im Land Brandenburg 174 rechte Gewalttaten erfasst. Damit verbleibt die Zahl der Angriffe weiterhin auf einem besorgniserregend hohen Niveau. Hervorzuheben ist der mit 86 Prozent weiter gestiegene Anteil rassistisch motivierter Taten. Die Brutalität der Taten lässt sich an den 85 Prozent Körperverletzungsdelikten ablesen. Die meisten rechtsmotivierten Taten wurden, wie in den vergangenen Jahren auch, im Raum Cottbus registriert. Der stärkste Anstieg war in der Uckermark zu verzeichnen. Rechte Gewalt bleibt

---

<sup>8</sup> In der Gesamtzahl enthalten sind auch die durch die o.g. Regionalreferenten und die beiden Bildungsreferentinnen des IQ Teilprojekts „Interkulturelle Öffnung der Regelinstitutionen des Arbeitsmarktes“ durchgeführten Fortbildungen und Beratungen.

in Brandenburg ein gesamtgesellschaftliches Problem und stellt sich aggressiver dar – vor allem in Hinblick auf rassistisch motivierte Taten. Bei Betrachtung der vergangenen vier Jahre ist festzustellen: Es ist eine Normalisierung eingetreten. Die Anzahl rechter Gewalttaten ist konstant hoch, obwohl viele Gründe, die in den letzten drei Jahren für den Anstieg rechter Gewalttaten herangezogen wurden, nicht gegeben waren bzw. sind. Weder gab es im Jahr 2018 Landtags- oder Bundestagswahlen, noch kommen derzeit viele Geflüchtete in Brandenburg an.

Rassistische Gewalt richtet sich in erster Linie gegen Geflüchtete und ist für erschreckend viele Bürgerinnen und Bürger zur akzeptierten Handlungsweise im Umgang mit Migrantinnen und Migranten geworden. Die andauernden rechten Übergriffe sind verknüpft mit einer rassistischen Mobilisierung, besonders stark in Südbrandenburg u.a. unter dem Dach von „Zukunft Heimat“. Hinzu kommt im gesamten Land eine zunehmend feindliche Stimmung gegen Geflüchtete und Musliminnen und Muslime, die längst nicht nur in der subkulturellen rechten Szene verwurzelt ist, wie der 2018 veröffentlichte „Brandenburg Monitor“ feststellt. Die Opferperspektive sieht es als einen Auftrag der Verfassung an, sich mit den rassistischen Positionen in der Gesellschaft zu befassen. Denn in Artikel 7a der Landesverfassung heißt es: „Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen.“ Denn die hasserfüllte Präsenz und Lautstärke, die rassistische Positionen derzeit in gesellschaftlichen Debatten haben, zeigt Wirkungen bei Tätern und Opfern. Bei den Gewalttäterinnen und -tätern erwecken sie den Eindruck, dass die Mehrheit der Gesellschaft hinter ihren Taten steht. Es besteht in dieser Situation die Gefahr, dass Rassismus und Gewalt demokratische und menschenrechtsorientierte Positionen aus den politischen Diskussionen vor Ort verdrängen und sich die Täter derart gesellschaftlich wirksam erleben, dass diese Erfahrung auch zukünftig reaktivierbar bleibt. In der Beratung erfahren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche Wirkung diese Erfahrungen auf die Betroffenen rechter Angriffe haben. Gewalt- und/oder andauernde Ablehnungserfahrungen können das seelische, körperliche und soziale Gleichgewicht eines Menschen in erheblichem Ausmaß beeinträchtigen und zu gesundheitlichen Problemen unterschiedlicher Art und Intensität führen. Viele fühlen sich so bedroht und verunsichert, dass eine gesellschaftliche Teilhabe für sie nur stark eingeschränkt möglich ist. Selbst bei einem Rückgang rechter Gewalt wird es längere Zeit dauern, bis das Vertrauen in Gesellschaft und Institutionen wieder ein Maß annehmen kann, welches für ein unbelastetes Zusammenleben notwendig ist.

Dabei stellen in Fällen rassistischer Gewalt die registrierten physischen Angriffe nur die Spitze des Erlebens der Betroffenen dar. Neben den physischen Angriffen sind viele von ihnen täglich mit rassistischer Diskriminierung konfrontiert, werden nicht in Sportstudios gelassen, in Läden nicht bedient oder auf der Straße beschimpft. Das Erleben dieser alltäglichen Feindseligkeit in Verbindung mit der ständigen Angst vor Gewalt belastet die Betroffenen psychisch stark. So hat der Anteil von komplex traumatisierten Ratsuchenden in den letzten drei Jahren deutlich zugenommen. Mögliche Folge der anhaltenden psychischen Belastung in Kombination mit Gewalterfahrungen ist eine erhöhte Suizidgefahr. Entsprechende Fälle betreute die Beratungsstelle.

Neben der direkten Opferhilfe begleiteten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in vielen Landkreisen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, ehrenamtliche Willkommensinitiativen, Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, Menschen aus dem direkten Umfeld von Opfern rechter Gewalt, um sie in ihrer Arbeit vor Ort (soziale Unterstützung und Integration der Opfer sowie Gewaltprävention) zu stärken. Gerade in Belangen der opferbezogenen Gewaltprävention wird die Fachexpertise der Opferperspektive vermehrt nachgefragt. Das ist eine ausgesprochen positive Entwicklung. Dank der Mittelaufstockung ab 2019 kann dieser Bereich weiter ausgebaut werden.

Nach der Demonstration „Frauen\* gemeinsam gegen Rassismus und Ungerechtigkeit“ in Cottbus wurde im März der Integrationsbus des Projekts „OTTO“ von Chance e.V. vermutlich durch Rechte zerstört. Um die Reparatur des Busses finanzieren zu können, rief die Opferperspektive gemeinsam mit anderen Organisationen zu Spenden auf. Die Resonanz war enorm. Viele Menschen zeigten sich solidarisch und unterstützten den Wiederaufbau des zerstörten Integrationsbusses.

Vor 22 Jahren wurde Orazio Giambianco bei einem rassistischen Angriff fast getötet. Seit vielen Jahren führt der Tagesspiegel in Kooperation mit der Opferperspektive für den schwerbehinderten Mann Spendenaktionen durch. Der Verein Opferperspektive e.V. stellt für die jährliche Spendenaktion sein Konto zu Verfügung und verwaltet die Spenden.

Der gesellschaftliche Rechtsruck und die zunehmende antidemokratische und rassistische Stimmung machen es wieder notwendiger, sich mit den tödlichen Folgen von rechter und rassistischer Hetze gegen marginalisierte Gruppen auseinanderzusetzen. Mit der Ausstellung „[Kein schöner Land] Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg“ und der dazugehörigen Internetpräsenz bietet die Opferperspektive seit Mitte 2018 Initiativen und Institutionen wie Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen ein multimediales Bildungsformat zur Auseinandersetzung mit der tödlichen Dimension rechter Gewalt. Die 2018 entwickelte Wanderausstellung wurde aus Mitteln der Koordinierungsstelle gefördert und auf der Festveranstaltung zum 20jährigen Jubiläum des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ erstmals öffentlich gezeigt und seitdem in verschiedenen Brandenburger Städten präsentiert. Sie kann bei der Opferperspektive kostenfrei geliehen werden. Ergänzend wurden Lernmaterialien für einen pädagogisch begleiteten Besuch der Ausstellung entwickelt. Die Handreichungen stehen als Download zur freien Nutzung auf der Internetseite der Ausstellung zur Verfügung.

Mit der Tagung „Antirassismus in Zeiten rechter Mobilisierung“ ging die Opferperspektive zum Jahresende der Frage nach, was dem lautstarken Wüten gegen die angebliche Überfremdung und dem Streben nach einer autoritären Veränderung der Gesellschaft entgegengesetzt werden kann. Rund 120 Teilnehmende kamen dazu in Fachforen und Vorträgen in einen praxisorientierten Austausch über Handlungsansätze und Gegenstrategien auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene zusammen.

Die Fachstelle Antidiskriminierung ist die zweite Säule des Vereins Opferperspektive e.V. Deren Ziel ist es, allen in Brandenburg lebenden Menschen eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Kernprojekt ist die landesweit tätige Fachberatungsstelle für Betroffene rassistischer Diskriminierung. Sie unterstützt und begleitet Betroffene und interveniert bei den diskriminierungsverantwortlichen Stellen und Personen. Zudem dokumentiert sie Diskriminierungsfälle, setzt sich für die Stärkung des Diskriminierungsschutzes in Brandenburg ein und sensibilisiert Politik und Öffentlichkeit für Diskriminierungsgefahren und Diskriminierungsfelder.

In 2018 veröffentlichte die Fachstelle im Broschürenformat ein juristisches Gutachten unter dem Titel „Grundrechte für Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften. Eingriffe begrenzen, Einschränkungen verhindern“. Ziel der Broschüre ist es, Bewohnerinnen und Bewohner, Heimbetreiber und politisch Verantwortlichen mehr Rechtssicherheiten zur Verfügung zu stellen, um mögliche Grundrechtsverletzungen in Gemeinschaftsunterkünften zu verringern.

Weitere Teilprojekte widmeten sich dem Aufbau einer lokalen Antidiskriminierungsstelle für die Stadt Potsdam und dem Diskriminierungsschutz auf dem Arbeitsmarkt. Bei Letzterem wurden Bildungsmodule in verschiedenen Sprachniveaus für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entwickelt und erprobt, die an ihrem Arbeits- oder

Ausbildungsplatz Diskriminierungen erleben.

Um eine diskriminierungssensible Gesellschaft zu fördern und Betroffenen rassistischer Diskriminierung bestmöglich zu helfen, sind erfolgreiche Kooperationen mit landesweiten und lokalen Akteuren im Themenfeld erforderlich. Dazu gehört seit 2018 auch die neu entstandene Landesstelle für Chancengleichheit und Antidiskriminierung.

#### **IV.5 Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V.**

Sowohl bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus als auch bei der Unterstützung und Integration der nach Brandenburg kommenden Geflüchteten ist der Landessportbund Brandenburg e.V. mit seinen Strukturen und vielen Ehrenamtlichen ein wichtiger gesellschaftlicher Akteur.

Als wichtiger Kooperationspartner im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ und als Gründungsmitglied des „Bündnisses für Brandenburg“ leistet der Landessportbund Brandenburg e.V. mit seinem Projekt „BeratenBewegen – DRANBLEIBEN“, dem Programm „Integration durch Sport“ sowie dem Projekt „Straßenfußball für Toleranz“ einen wertvollen Beitrag für eine Willkommenskultur im Land Brandenburg.

Bereits seit Dezember 2010 engagiert sich die Brandenburgische Sportjugend im Bundesprogramm "Zusammenhalt durch Teilhabe" mit dem Projekt „BeratenBewegen – DRANBLEIBEN“. Im Mittelpunkt steht dabei der Auf- und Ausbau von Handlungskompetenzen zur Stärkung der demokratischen Praxis in den Sportvereinen und Sportverbänden sowie die Förderung von Beteiligungsstrukturen. Der Sport nimmt damit eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahr.

Im Projekt „BeratenBewegen – DRANBLEIBEN“ konnten im vergangenen Jahr bei 16 Sportvereinen komplexe Beratungsprozesse, vorrangig im Themenfeld Rechtsextremismus, Konfliktbearbeitung und Vereinsentwicklung, umgesetzt werden. In knapp 20 Bildungs- und Informationsveranstaltungen (Workshops Rechtsextremismus, Deeskalationstraining, Argumentationstraining) wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern präventiv Inhalte und Handlungsstrategien vermittelt. Entsprechende Schulungsbausteine im Themenfeld sind zu einem festen Bestandteil in der Jugendbildung (Juleica, Seminare der FSJ/BFD) im Sport geworden. Im Zuge des Aufbaus von Beratungsstrukturen konnten 13 neue Beraterinnen und Berater in Kooperation mit der ESAB ausgebildet werden. Diese erweitern nun den bestehenden Beraterpool des Projektes. Mit Blick auf die Schaffung von regionalen Strukturen und Netzwerken zur Bekämpfung von Rechtsextremismus sind und werden brandenburgische Sportvereine und -verbände zukünftig zuverlässige Partner. Aufgrund zunehmend verfestigter rechtsextremer Strukturen werden Beratungsprozesse komplexer und bedürfen einer engen Zusammenarbeit aller zivilgesellschaftlichen Akteure vor Ort. Dabei ist besonders Südbrandenburg als eine Schwerpunktregion hervorzuheben.

Insgesamt konnte eine erhöhte Sensibilität auf den verschiedenen Ebenen der brandenburgischen Sportorganisation registriert werden. Insbesondere rassistische und fremdenfeindliche Vorfälle haben zugenommen und bedürfen einer intensiven Begleitung und Nachbetrachtung, um langfristig Handlungsfragen und Einstellungsmuster zu durchbrechen. Neben der entsprechenden Ahndung durch Sportgerichte konnten mit Sportvereinen insbesondere interkulturelle Prozesse angeschoben werden, die eine intensive Auseinandersetzung erforderten. Zudem wurden spezifische Handlungsempfehlungen und Maßnahmen mit den betroffenen Vereinen entwickelt.

Kritisch ist auch die zunehmende strukturelle Verbindung zwischen Fanszenen und Kampfsport zu bewerten. Zwar finden sich zumeist die einschlägigen Kampfsportangebote außerhalb der organisierten Sportstrukturen, dennoch gilt es hier den Blick darauf zu richten und entsprechende präventive Angebote mit den brandenbur-

gischen Kampfsportverbänden zu forcieren.

Positiv ist hervorzuheben, dass mit interessierten Vereinen erfolgreiche Entwicklungsprozesse (Leitbildentwicklung u.a.) umgesetzt werden konnten. Auch konnten neuere Formate entwickelt und umgesetzt werden, die insbesondere demokratische Prozesse in Sportvereinen stärken (Umgang mit Generationen; Ausrichtung im kommunalen Raum; stärkere Einbindung von Jugendlichen in die Vereinsarbeit, Gewinnung von Ehrenamt u.a.)

Mit dem Programm „Integration durch Sport“ setzt sich die Brandenburgische Sportjugend landesweit seit mehr als 20 Jahren für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben ein. Im Mittelpunkt steht dabei die interkulturelle Öffnung der Sportorganisation. Mit diesem Programm werden Rahmenbedingungen geschaffen, allen Menschen, ungeachtet ihrer Religion, Herkunft, ihrem Geschlecht oder Alter die gleichberechtigte Teilhabe am Sport zu ermöglichen.

Vor dem Hintergrund der sehr starken Zuwanderung in den letzten Jahren ergeben sich auch für den organisierten Sport in Brandenburg, insbesondere für die Sportvereine und Sportverbände, große Herausforderungen.

Aufgrund dieser spezifischen Situation der Sportvereine ist die Sportorganisation gefragt, die engagierten Vereine bei ihren Bemühungen finanziell zu fördern, mit Informationen und Beratungsleistungen zu begleiten und zu unterstützen, insbesondere jene Vereine, die sich erstmals in diesem Themenfeld engagieren.

Mit dem Programm „Integration durch Sport“ konnten weitere Weichen für die gleichberechtigte Teilhabe aller in Brandenburg lebenden Menschen gestellt werden. Insbesondere bei der Aufnahme und Betreuung von Geflüchteten trugen brandenburgische Sportvereine weiterhin zu einem weltoffenen Brandenburg bei. Mit interkulturellen Schulungsmaßnahmen, der Beratung bei interkulturellen Konflikten sind auch hier Sportvereine präventiv sensibilisiert worden. Insgesamt 120 Sportvereine leisteten ehrenamtlich einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Alltagsrassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung im Sport und nahmen die finanzielle Unterstützung des Landessportbundes dankbar an.

Trotz vieler Unterstützungsangebote entstehen mitunter vor Ort Konflikte, die die aufgebauten Beratungsstrukturen vor neue Herausforderungen stellen. Teilweise sind auch problematische Einstellungen, Haltungen und Verhaltensweisen bzgl. der Flüchtlingsthematik in Sportvereinen erkennbar, welche Aufklärungs- und Beratungsarbeit oder teilweise Intervention erfordern.



## V. Ministerien

Wie in der Einleitung verdeutlicht, konzentriert sich aufgrund der Schwerpunktsetzung in Hinblick auf die Expertise die Darstellung der einzelnen Ministerien auf herausragende Projekte und Vorhaben. Die nachfolgenden Ausführungen bieten deshalb keinesfalls einen vollständigen Überblick über die Ressort-Aktivitäten.

### V.1 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (MASGF)

Die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg und die Fachabteilungen des MASGF waren über vielfältige eigene Projekte an der Umsetzung der Zielstellungen des „Toleranten Brandenburgs“ aktiv beteiligt. Ergänzend zu den eigenen Haushaltsmitteln wurden dem MASGF 100.000,- EUR aus Haushaltsmitteln des „Bündnisses für Brandenburg“ zur Finanzierung ergänzender Projekte übertragen.

#### a) Integrationsbeauftragte

Auch im Jahr 2018 waren die Integration von Asylsuchenden und Geflüchteten sowie die Unterstützung des Ehrenamts in der Flüchtlingsarbeit Schwerpunkte der Arbeit der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg. Vor diesem Kontext sind folgende Prioritäten hervorzuheben:

##### *- Landesintegrationsbeirat*

Der Landesintegrationsbeirat ist ein Gremium, das sich aus Vertreterinnen und Vertretern von fünf Ressorts der Landesregierung, Verbänden, Migrantenorganisationen, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen zusammensetzt und vom Staatssekretär des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie geleitet wird. Er dient der Vernetzung und Koordinierung der an der Integration beteiligten Akteure auf Landesebene und soll die Landesregierung in allen Fragen der Integration, insbesondere bei der Umsetzung des Landesintegrationskonzepts, beraten und unterstützen. Die Arbeit des Landesintegrationsbeirates wird in dem 2018 in neuer Auflage erschienenen Flyer „Landesintegrationsbeirat des Landes Brandenburg“ vorgestellt.

##### *- Förderung von Integrationsprojekten zivilgesellschaftlicher Akteure und Stärkung des ehrenamtlichen Engagements*

Durch die Integrationsbeauftragte des Landes wurden im Berichtszeitraum eine Vielzahl von Projekten in den Bereichen Integration und interkulturelle Verständigung gefördert. Dazu gehören u. a. Zuwendungen an Initiativen und Vereine, die Förderung der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA), der Antidiskriminierungsberatung des Vereins Opferperspektive e.V. und von Migrantenorganisationen.

Zudem wurden spezifische Angebote zur Integration von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund gefördert. Hierzu gehörten geschlechtsspezifische Beratungs- und Betreuungsangebote, Angebote zur Bildung, im Bereich des Sports sowie auf den Themenbereich abgestimmte Schulungen.

Gefördert wurden zudem Seminare und Workshops für ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit Engagierte. Hervorzuheben ist hierbei das Informations- und Beratungsangebot „Aktiv für Aktive“, welches Ehrenamtliche im ganzen Land Brandenburg berät und unterstützt.

Aus Mitteln des Bündnisses wurden zudem folgende Veranstaltungen finanziert:

##### *- Dialog-Foren mit dem Ehrenamt*

Die Landesregierung hat die Reihe der Dialog-Foren mit Ehrenamtlichen aus der Flüchtlingsarbeit mit jeweils

einem Forum am 10. Oktober 2018 in Eberswalde und einem Forum am 20. Oktober 2018 in Brandenburg an der Havel fortgesetzt. Beide Veranstaltungen waren mit jeweils rund 100 Teilnehmenden sehr gut besucht. An mehreren Thementischen wurden Fragen der praktischen Integrationsarbeit und der dafür erforderlichen Rahmenbedingungen besprochen, gute Praxisbeispiele vorgestellt und die Vernetzung gefördert.

- *Konferenz für geflüchtete Frauen in Brandenburg „Unsere Stimme zählt! Geflüchtete Frauen aus Brandenburg treffen sich“*

Eine Konferenz speziell für geflüchtete Frauen fand am 1. Dezember 2018 in der Staatskanzlei in Potsdam statt. 200 Frauen aus ganz Brandenburg nutzten die Chance, mit Ministerin Susanna Karawanskij, der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg sowie der Landesgleichstellungsbeauftragte über ihre spezifischen Problemlagen und Hoffnungen ins Gespräch zu kommen. Einstimmig wurde eine Resolution mit Bitten an die Landesregierung und das Landesparlament verabschiedet, die am 4. Dezember 2018 von einer Gruppe geflüchteter Frauen der Präsidentin des Landtages, Britta Stark, übergeben wurde.

### **Integrationspreis des Landes Brandenburg**

Der Integrationspreis für das Jahr 2018 wurde im August 2018 zum 11. Mal durch die Integrationsbeauftragte ausgeschrieben. Folgende Institutionen wurden durch ihn geehrt:

- Mensch Luckau e.V. (Vorschlag der Stadt Luckau)
- Cagintua e.V. mit dem Projekt „Refugee-Radio-Potsdam“ aus Potsdam
- ESTAruppin e.V. mit dem Konzept „Wo Menschen zu Hause sind“ aus Neuruppin

### **b) Maßnahmen der Fachabteilungen**

- *Integrationsgipfel*

Auf Einladung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie fand am 22. August 2018 in Potsdam der „Integrationsgipfel des Landes Brandenburg“ statt. Er war ein wichtiger Baustein zur weiteren Umsetzung des Landesintegrationskonzepts und wurde durch Mittel des „Bündnisses für Brandenburg“ unterstützt.

Über 240 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Verbänden, Kirchen, Initiativen und Migrant\*innenorganisationen kamen zusammen, um im konstruktiven Austausch die Frage, wie gelingende Integration im Land Brandenburg gestaltet werden kann, zu erörtern. Ziel dieser herausragenden Gelegenheit zum Dialog war, dass alle Beteiligten offen Probleme, Anregungen und Forderungen ebenso wie gute Beispiele erfolgreicher Integrationsarbeit vortragen und miteinander diskutieren.

Die Frage nach dem, was klappt, was noch nicht klappt und wie es ggfs. besser gemacht werden kann, stand im Zentrum der Arbeit an den insgesamt 20 parallelen Tischen zu den Themen:

- Integration gelingt durch... interkulturelle Öffnung, Willkommenskultur sowie Überwindung von Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus
- Integration gelingt durch ... Bildung (Kita, Schule, Weiterbildung, Hochschulbildung)
- Integration gelingt durch ... berufliche Perspektiven (Sprache, Ausbildung, Beschäftigung)
- Integration gelingt durch ... gesundheitliche Versorgung
- Integration gelingt durch ... zeitgemäße Asyl- und Flüchtlingspolitik
- Integration gelingt durch ... gesellschaftliche Teilhabe

Die Dokumentation des Integrationsgipfels steht auf der Internetseite des MASGF zum Download bereit: [https://masgf.brandenburg.de/media\\_fast/4055/181109\\_Integrationsgipfel\\_Dokumentation.pdf](https://masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/181109_Integrationsgipfel_Dokumentation.pdf).

### *- Kommunen werden bei Migrationssozialarbeit stärker unterstützt*

Aufgabe der sozialen Unterstützung durch Migrationssozialarbeit ist es, den Integrationsprozess von Geflüchteten gezielt zu initiieren und zu begleiten. Die Integrationsbereitschaft der Geflüchteten sowie die Aufnahmebereitschaft und Aufnahmefähigkeit des Gemeinwesens sollen gefördert werden. Mit dem Angebot wird außerdem das Ziel verfolgt, Geflüchtete bei der Bewältigung ihrer vielfältigen Probleme zu unterstützen und ihnen den Start in ihren Lebensalltag in einer fremden Umgebung zu erleichtern.

Eine rückwirkend zum 1. Januar 2018 geltende Regelung ermöglicht nun eine weitere zeitlich befristete pauschalierte Erstattung für Migrationssozialarbeit an Brandenburger Kommunen in Höhe von insgesamt rund 14 Mio. EUR. Mit ihr soll eine intensivere Begleitung von denjenigen Geflüchteten ermöglicht werden, die relativ schnell eine Anerkennung erhalten und damit aus dem Rechtskreis des Asylbewerberleistungsgesetzes in den Rechtskreis des SGB II wechseln, jedoch aufgrund der Wohnsitzbeschränkung des Aufenthaltsgesetzes des Bundes im Regelfall für drei Jahre weiterhin im Land Brandenburg wohnhaft bleiben.

## **V.2 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS)**

Das MBS ist durch den Bereich schulische Bildung, den gesamten Regelungsbereich des SGB VIII sowie den Bereich der Erwachsenenbildung umfassend in die Umsetzung des Handlungskonzeptes involviert.

### Interkulturelle und vielfaltsorientierte Schulentwicklung

#### *- Brandenburger Bildungspartnerschaften in der Migrationsgesellschaft 2 (BraBiM2) – Unterstützung von Schulen und deren Partnern bei der interkulturellen und vielfaltsorientierten Schulentwicklung*

Ziel des Projekts "Brandenburger Bildungspartnerschaften in der Migrationsgesellschaft 2 (BraBiM 2)" ist die Unterstützung von Schulen und deren Partnern bei der interkulturellen und vielfaltsorientierten Schulentwicklung. Der unmittelbare Fokus des Projekts liegt dabei auf den Themen "sprachensible Schule", "Zusammenarbeit mit Eltern" sowie "vielfaltsorientierte Unterrichtsentwicklung" und "Familienbildung".

Das MBS unterstützt das Projekt als Kooperationspartner im Rahmen der Zielvereinbarung zwischen MBS, der Staatskanzlei des Landes Brandenburg und der RAA Brandenburg (keine Mitfinanzierung) strategisch und durch den Einsatz von Schulberaterinnen und Schulberatern.

Indirekte Zielgruppen sind Schülerinnen und Schüler mit und ohne Migrationshintergrund sowie im Flüchtlingsstatus ebenso deren Eltern und Sorgeberechtigte. Insofern orientieren sich die Maßnahmen explizit nicht an einem bestimmten Förderbedarf, sondern an der vielfaltsorientierten Öffnung von Schule. So kommt das Projekt nicht nur Zugewanderten, sondern allen zu Gute.

Das Projekt erreicht seine Wirkung über einen Multiplikatorenansatz, der an die bestehenden Ressourcen im Land anknüpft. Es dient nicht dazu, eine einmalige, zeitlich befristete Dienstleistung zu erfüllen. Vielmehr werden Qualifikationen von Schulleitungen, Lehrkräften, Schulsozialarbeit, außerschulischen Partnerinnen und Partnern und lokalen Akteurinnen und Akteuren ausgebaut und bleiben als soziales und Wissenskapital in Schulen und Netzwerken weiter verfügbar. Die Entwicklung und Veröffentlichung von Produkten (Bausteine, Toolbox, Beratungsmaterialien) stellen Transfermöglichkeiten sicher.

#### *- Menschen treffen Menschen: Horizonte erweitern, Geflüchtete verstehen*

Übergeordnetes Ziel des Projekts „Menschen treffen Menschen: Horizonte erweitern, Geflüchtete verstehen“ war es, einen Beitrag zum Aufbau und zur Weiterentwicklung einer Willkommenskultur für Geflüchtete und

Migrantinnen und Migranten zu etablieren sowie Vorurteile durch die direkte Begegnung mit Geflüchteten und das Kennenlernen ihrer Geschichte und Erfahrungshintergründe aufzubrechen.

Ziele des Projektes waren u.a. über politische Bildungsarbeit die Themen Flucht, Migration und Integration zielgruppengerecht zu vermitteln, interkulturelle Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern sowie die Empathie, Achtung und Wertschätzung gegenüber Geflüchteten zu stärken, Perspektivwechsel zu ermöglichen und über Simulationsspiele und die Begegnung eigene Lebenskonzepte, die Zusammensetzung von Freundeskreisen und Alltagsentscheidungen zu hinterfragen.

#### Projekte zur Demokratiebildung an Brandenburger Schulen

Das Land fördert ein Projekt der schulischen Demokratiebildung an Oberstufenzentren, dass unter anderem Schülerinnen und Schüler unterstützt, die sich im Klassenrat, in der Schülerversammlung oder für die Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ engagieren.

Zudem beteiligte sich das Land am Projekt „OPENION – Bildung für eine starke Demokratie“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung. Das Projekt gibt Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, sich in gesellschaftliche Prozesse einzubringen, eigene Ideen zu entwickeln und Demokratie als Gestaltungsprozess zu erfahren. In lokalen Projektverbänden von Schule und außerschulischen Partnern entwickeln und erproben Jugendliche zeitgemäße Formen der Demokratiebildung.

In der schulischen Demokratiebildung wurde weiterhin das Modellprojekt „Methodenkoffer ‚Demokratie leben!‘ in der Berufsausbildung“ gefördert. Es zielt speziell auf Fachberaterinnen und Fachberater der OSZ und auf das Berufsbildungspersonal der drei Lernorte Betrieb, überbetriebliche Ausbildungsstätten und beruflichen Schulen im Land Brandenburg ab. In einem partizipativen und lernortübergreifenden Prozess sollen konkrete Handlungshilfen und Maßnahmen entwickelt werden, um zukünftig besser gegen diskriminierende Verhaltensweisen aktiv werden zu können. Als Ergebnis der Schulungen wird ein Methodenkoffer konzipiert und für die weitere Arbeit zu Verfügung gestellt.

#### Politische Bildung zum Thema Asyl/Flucht

Mit der Förderrichtlinie des MBS zur Unterstützung der sprachlichen und gesellschaftlichen Integration von Flüchtlingen durch Weiterbildungsveranstaltungen können seit 2018 neben Alphabetisierungskursen für Geflüchtete auch einführende Kurse zum Erwerb interkultureller Kompetenzen gefördert werden. In Modellprojekten werden zudem neue Konzeptionen und/oder Methoden der Weiterbildung entwickelt und erprobt.

Im Jahr 2018 wurden folgende Projekte zur politischen Bildung gefördert:

- *„Demokratiepromoter\*innen im ländlichen Raum“ (Träger: Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung Berlin-Brandenburg)*

Das Projekt dient der Entwicklung und Erprobung von Weiterbildungsformaten zum Umgang mit demokratiefeindlichen Aussagen und Populismus in beruflichen und alltäglichen Kontexten. Es wird ein modulares Weiterbildungsangebot entwickelt, das Teilnehmende befähigt, als Multiplikatoren zu wirken. Regionale Besonderheiten der Projektstandorte werden in die Konzeption und Durchführung einbezogen.

- *„Akademie der Dorfhelden“ (Träger: Schloß Trebnitz)*

Im Modellprojekt werden neue partizipative Weiterbildungsformate zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements unter Einbezug des Fachwissens lokaler Akteure entwickelt und erprobt. Die Kooperation der Akteure der Zivilgesellschaft wird durch die gemeinsame Entwicklung der Bildungsangebote unterstützt und gefestigt. Es entsteht unter anderem ein niedrigschwelliges Weiterbildungsangebot zur Europabildung.

- „Weiterbildung mit geflüchteten Frauen“ (Träger: Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg)

Hier handelt es sich um ein Modellprojekt zur Entwicklung und Erprobung von Weiterbildungsangeboten der Familienbildung und Demokratiebildung, welches sich ganz gezielt an geflüchtete und migrantische Frauen richtet. Ihre vielfältigen Bedürfnisse und Lebenslagen werden von Anfang an miteinbezogen. Die Teilnehmerinnen sind partizipativ in die Konzeption und Umsetzung der Bildungsformate eingebunden. Im Projekt geht es neben der Wissensvermittlung auch darum, die Frauen darin zu bestärken, selbstbestimmt aktiv zu werden.

### **V.3 Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung**

Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung hat die Aufgabe, die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung sowie die politische Kultur im Land Brandenburg zu fördern. Mit ihren Angeboten unterstützt sie die Bürgerinnen und Bürger darin, demokratische Verantwortung in Staat und Gesellschaft wahrnehmen zu können.

2018 lagen zwei Schwerpunkte ihrer Arbeit auf dem Wandel der öffentlichen Kommunikationskultur und den Herausforderungen der digitalen Gesellschaft. Beide Themen sind eng mit grundlegenden Fragen nach der aktuellen Verfassung und den Perspektiven unserer Demokratie verbunden. Vor dem Hintergrund der „großen Gereiztheit“, mit der inzwischen öffentliche Debatten geführt und aggressiv Lügen und Hassreden in Online-Medien verbreitet werden, war es ihr wichtig, Signale von gemeinsamer Haltung und gemeinsamem Agieren zu setzen.

Aber Haltung allein reicht nicht; demokratisches Handeln erfordert Wissen darüber, wie politische Meinungsbildungsprozesse verlaufen und Entscheidungen getroffen werden. Neben klassischen Bildungsformaten wie Büchern und Diskussionsveranstaltungen führte und moderierte die Landeszentrale prägnante Debatten in den Sozialen Medien und trat für eine kontroverse und zugleich wertschätzende Debattenkultur ein. Konkrete Veranstaltungsthemen bildeten u.a. die Reichsbürgerinnen und Reichsbürger als unterschätzte Gefahr, Antisemitismus in Brandenburg, Fake News, Ursachen von Flucht und Vertreibung sowie Fragen danach, wie das Internet demokratisches Engagement verändert und wie sich mit digitalen Medien demokratische Beteiligung stärken lässt.

In diesem Zusammenhang soll auf ein Projekt mit Auszubildenden aus Brandenburg hingewiesen werden, das die Landeszentrale als zweijähriges Pilotvorhaben 2017 begonnen und 2018 erfolgreich zwischenbilanziert hat. Gemeinsam mit ca. 20 Auszubildenden entwickelte sie zwei YouTube-Formate, die insbesondere junge Menschen dazu anregen sollen, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren <https://bit.ly/2K50C2S>.

Das Projekt soll 2019 fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

Politische Bildung knüpft an die Auffassung an, Demokratie als Lebensform zu verstehen und dabei Selbstwirksamkeit zu erleben. Ausgehend davon unterstützte die Landeszentrale auch 2018 wieder zahlreiche Initiativen vor Ort mit Fördermitteln. Insgesamt wurden für den Themenkomplex Demokratiestärkung/ Rechtsextremismusprävention/ Integration Fördermittel in Höhe von 192.021 € eingesetzt. Das entspricht 40 Prozent der Fördermittel, die der Landeszentrale 2018 zur Verfügung standen. Zu den geförderten Projekten zählte etwa der „Brandenburger Wahlkoffer“, der verschiedene Materialien enthält, um Jugendliche für das Thema Wahlen

bzw. für die Beschäftigung mit den Themen politischer Bildung zu begeistern. Das Besondere des Projekts bestand darin, dass die Jugendlichen selbst die Themen für den Koffer bestimmten und entwickelten.

Auch 2018 bestätigte sich, dass insbesondere künstlerische Ansätze eine geeignete Methode sind, um Lust darauf zu machen, eigene Urteilmuster zu überdenken und sich vorurteilsfrei anderen Sichtweisen zu nähern. Zugleich wurde deutlich, dass es häufig bereits an grundlegenden Kenntnissen darüber mangelt, wie das politische System der Bundesrepublik aufgebaut ist und wie es funktioniert. Die Landeszentrale sieht in diesem Bereich ein wichtiges Handlungsfeld politischer Bildung in den kommenden Jahren.

#### **V.4 Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL)**

In seiner Politik für den ländlichen Raum setzt das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL) auf die Einbeziehung und aktive Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger in die Prozesse der ländlichen Entwicklung. Lokale Partnerschaften und neuartige, vernetzende Formen der Beteiligung an der Entscheidungsfindung und Projektdurchführung eröffneten den Bewohnerinnen und Bewohnern des ländlichen Raumes Möglichkeiten, sich aus eigener Initiative und aktiv an der Gestaltung ihres Gemeinwesens zu beteiligen.

Seit 2009 engagieren sich 10 Freiwillige, davon 4 - 5 Jugendliche aus dem europäischen Ausland im Projekt „Stärkung der Mobilität von Freiwilligen der Internationalen Jugendbauhütte in Altdöbern“ in dem Ort, um den Schlosspark Altdöbern wiederherzustellen und zu sanieren. Die Freiwilligen leben in einer internationalen Wohngemeinschaft und gestalten ihr Zusammenleben selbstorganisiert mit Unterstützung der ijd. Das Projekt Altdöbern ist bereits seit 2009 ein wichtiges Projekt für die Region und hat Vorbildcharakter für andere Projekte im Land Brandenburg.

Durch die Teilnahme von ausländischen Freiwilligen im Projekt ist eine Begegnung mit anderen Kulturen und Nationen möglich und kann im ländlichen Raum stattfinden. Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinde sind stolz, dass junge Menschen aus anderen Ländern extra zu ihnen nach Altdöbern kommen und sich in ihrem Park engagieren. Die Freiwilligen tragen dazu bei, Vorurteile abzubauen und einen historischen Park in einer strukturschwachen Region zu restaurieren. Die Teilnahme von ausländischen Freiwilligen beeinflusst eine ganze Gemeinde und Region und ist unter der Vielzahl von Freiwilligenangeboten nahezu einmalig. Der Park ist nicht zuletzt durch das Engagement der ausländischen Freiwilligen eine touristische Sehenswürdigkeit.

#### **V.5 Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK)**

Die Herausforderung im Kampf gegen Rechtsextremismus bleibt weiterhin in ihrer Komplexität eine Konstante in der Schwerpunktsetzung polizeilicher Maßnahmen und Handlungsvorgaben. Der Rechtsextremismus stellt für Brandenburg unter Berücksichtigung der Fallzahlen weiter die größte Herausforderung dar – damit einhergehen überwiegend Straftaten, die aus fremdenfeindlichen Motiven heraus begangen werden und wurden. Der intensive Verfolgungsdruck der Polizei auf nicht tolerierbare, rechtsmotivierte Angriffe wird fortgeführt. Für die Erfüllung der damit verbundenen spezifischen Aufgabe hält die Brandenburger Polizei spezialisierte und fortgebildete Kräfte des Polizeilichen Staatsschutzes vor und wurde personell verstärkt. Im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen und rechtsmotivierten Delikten werden darüber hinaus besondere Ermittlungsgruppen für herausgehobene Sachverhalte eingerichtet, damit durch gebündelte fachliche Kompetenz und Fokussie-

rung eine zügige Aufklärung der Straftaten gesichert werden kann. Protagonisten der rechten Szene fokussieren sich weiterhin auf das Thema „Asyl“, auch außerhalb der strafrechtlichen Relevanz (öffentlichkeitswirksame Aktionen, Versammlungen, Teilnahme an Informationsveranstaltungen) und führen nach wie vor eine Ängste schürende Asyl- und Flüchtlingsdebatte. Um dem wirkungsvoll zu begegnen, ist der Schulterschluss zwischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft und staatlichen Vertretern beizubehalten und einzelne Schwerpunktthemen betreffend zu intensivieren.

Ein Abschnitt der bestehenden Rahmenkonzeption zu polizeilichen Präventionsmaßnahmen im Themenfeld „Schutz, Unterstützung und Integration von Flüchtlingen in Brandenburg“ beinhaltet u.a. die ressortübergreifende Zusammenarbeit im Land Brandenburg. Es werden gezielte Maßnahmen angeregt, wie z.B. die Aufnahme des Themas „Gewalt“ in den Lehrplänen der Integrations- bzw. Sprachkurse. Ebenso gibt es konkrete Absprachen und Handreichungen, die speziell für Flüchtlinge/Asylbewerber, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei sowie der Kommunen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und Unterkunftsbetreiber ausgearbeitet wurden und in dem Konzept aufgeführt sind. Dieses Rahmenkonzept gibt Anhaltspunkte, Beispiele und Hinweise für die Förderung von Schutz, Unterstützung und Integration. Lokale Strukturen der Zusammenarbeit haben sich gefunden und bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen gegenseitig unterstützt.

Im Hinblick auf die Demokratiestärkung – die mit Verständnis füreinander, Toleranz und Unterstützung gegenüber friedlich motivierten Menschen mit unterschiedlichsten Hintergründen einhergeht – gibt es eine Vielzahl an Maßnahmen, die schon frühzeitig ansetzen, um auch in den Reihen der Polizei entsprechende, demokratieverständliche Denkweisen anzuregen. Im Rahmen der Ausbildung an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg werden mit dem Lehrplanbaustein „Interkulturelle und interpersonelle Kommunikation“ der Reihe „Trainings sozialer Kompetenzen“ alle Anwärterinnen und Anwärter des mittleren und gehobenen Dienstes auf den Umgang mit kulturell, psychisch oder anderweitig bedingter Andersartigkeit vorbereitet. Auch im Rahmen der Weiterbildung werden Seminare für die Polizeibediensteten des Landes Brandenburg angeboten, die sich im weiteren Sinne mit der Thematik „Bekämpfung von Hasskriminalität u. a. wegen der Hautfarbe, Religion, Staatsangehörigkeit, nationalen/ethnischen Herkunft oder der sexuellen Ausrichtung“ auseinandersetzen. Ebenso werden Polizeibedienstete argumentativ gestärkt im Seminar „Rhetorik gegen Rechts/Populismus“, das für die aktuelle, öffentliche Auseinandersetzung als bedeutsam zu betrachten ist. Auch auf die Umsetzung des Erlasses des MIK zur Gewährleistung der Diskriminierungsfreiheit in der Polizei des Landes Brandenburg wird Wert gelegt. Dieser regelt bindend die Form und den Inhalt des polizeilichen Sprachgebrauchs im Innen- und Außenverhältnis als diskriminierungsfrei und nicht Vorurteile schürend.

In einem Festakt konnte zudem am 29. November 2018 auf 20 Jahre erfolgreiche Arbeit der „Mobile Einsatz-einheit gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ (MEGA) zurückgeschaut werden. Sie ist nach wie vor ein unverzichtbarer Partner bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus.

### **Landespräventionsrat Brandenburg (LPR)**

Der Landespräventionsrat Brandenburg ist die zentrale Instanz zur Bündelung und Förderung einer umfassenden Kriminalprävention im Land Brandenburg. Als ausgewogenes Beratungsgremium bündelt er wichtige gesamtgesellschaftliche Kräfte und fördert kriminalpräventive Aktivitäten.

Vorsitzender ist der Innenminister des Landes Brandenburg. Er wird durch einen Beirat unterstützt, in dem neben verschiedenen Ministerien auch die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg“, die Verfassungsschutzbehörde, die Universität Potsdam sowie der Landkreistag und der Städte-

und Gemeindebund hochrangig vertreten sind. Der LPR hat drei ständige Arbeitsgruppen, eine davon ist die Arbeitsgruppe „Politischer Extremismus“. Der vom LPR angestrebte institutionen- und ressortübergreifende Ansatz ermöglicht einen offenen Austausch von Expertinnen und Experten mit ganz unterschiedlichen Erfahrungshintergründen und Wirkungsschwerpunkten. Die Arbeitsgruppe 2 des LPR „Prävention von Politischem Extremismus“ wird vom Leiter der Verfassungsschutzbehörde geführt. Das Zusammenbringen von behördlichen und zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern in dieser Arbeitsgruppe verstärkt ein gemeinsames Problemverständnis. Daran ansetzend können Begegnungsmaßnahmen miteinander besprochen und abgestimmt werden. In begrenztem Umfang ist auch die Förderung bzw. Unterstützung von Projekten möglich. Über die Geschäftsstelle des LPR können wichtige Entwicklungen und Herangehensweisen in die anderen Arbeitsgruppen eingebracht werden.

Der LPR fördert die folgenden Präventionsprojekte, die sich inhaltlich gegen Fremdenfeindlichkeit richten, die Integration fördern und demokratische und gesellschaftliche Wertevermittlung unterstützen. Dabei erfolgt eine gemeinsame Förderung von LPR und Bund und im ersten Beispiel mit dem „Toleranten Brandenburg“.

- *Deutsche Gesellschaft e.V.: „Jugendreporter vor Ort – Gemeinsam für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit“*

- Das Projekt richtet sich an Jugendliche (8. bis 13. Klassenstufe) unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft in drei ausgewählten Kommunen ländlicher und strukturschwacher Regionen (Stadt Forst in Brandenburg).
- Bei vierzehntägigen Treffen mit einer Mentorin bzw. einem Mentor wird den Jugendreporterinnen und Jugendreportern in Form von Workshops das journalistische Handwerk vermittelt und sie werden über gegenwärtige Entwicklungen und Tendenzen mit Blick auf Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus aufgeklärt.
- Die Jugendreporterinnen und -reporter kommen in Gesprächsrunden mit lokalen/ regionalen Akteurinnen und Akteuren u. a. mit Flüchtlingen sowie Migrantinnen und Migranten ins Gespräch und setzen sich somit direkt mit realer oder vermeintlicher Fremdheit in ethnisch-kultureller Hinsicht auseinander.

- *BildungsBausteine e.V.: „Verknüpfungen - Antisemitismus in der pluralen Gesellschaft (II)“*

- Aktuelle Entwicklungen erfordern einen hohen Bedarf an adäquaten und zeitgemäßen Konzepten, um antisemitischen Einstellungen sowie antisemitisch motivierter Kriminalität präventiv zu begegnen.
- Ziele des Projektes sind die Zurückdrängung und Prävention von Antisemitismus, Rassismus und anderen menschenverachtenden Ideologien sowie von Jugendgewalt, die Sensibilisierung von Jugendlichen für aktuellen Antisemitismus und Rassismus.
- Teilnehmende sind Schülerinnen und Schüler der 9./10. Klasse. Adressaten sind gleichfalls Lehrkräfte, Fachkräfte der Schulsozialarbeit, Multiplikatoren der politischen Bildung und der Jugend(sozial)arbeit.
- Die Jugendlichen erhalten die Gelegenheit, in Seminaren, Workshops, Projekttagen und Begegnungen als Lernwerkstätten zu arbeiten.

- *Brandenburgische Sportjugend e.V.: „BeratenBewegen - DRANBLEIBEN“*

- Mit dem Projekt setzt der organisierte Sport ein deutliches Zeichen gegen extremistische und antidemokratische Tendenzen im Sport und in der Gesellschaft, schafft Strukturen zur nachhaltigen Umsetzung und unterstützt Initiativen aus den Vereinen zur Extremismusbekämpfung.



- Das Projekt umfasst eine begleitende Beratung – sowohl präventiv als auch nach Vorfällen –, die Qualifizierung von Beraterinnen und Beratern, die Entwicklung und Durchführung von themenbezogenen Fortbildungsmaßnahmen für Sportvereine, Netzwerkarbeit und Begleitung der Kreissportbünde bei der Wahrnehmung von sozialen Aufgaben.
- Im Projektverlauf sollen Vereine befähigt werden, wirksame Handlungsansätze zur Stärkung demokratischer Teilhabe sowie zur Extremismusprävention zu entwickeln und umzusetzen.

### **Verfassungsschutz durch Aufklärung**

Der brandenburgische Verfassungsschutz lässt andere an seinen Erkenntnissen teilhaben und versteht sich konsequent als Partner der Zivilgesellschaft. Darauf beruht das zentrale Konzept 'Verfassungsschutz durch Aufklärung'. Daher hat der Verfassungsschutz im Jahr 2018 wieder zahlreiche Vorträge über extremistische Phänomenbereiche und Wirtschaftsschutz gehalten. Insgesamt nahmen an den 65 Veranstaltungen mehr als 2.700 Bürgerinnen und Bürger teil. Damit summiert sich die Zahl solcher Veranstaltungen seit 2008 auf insgesamt 1.129. Fast 42.000 Zuhörerinnen und Zuhörer wurden in diesem Zeitraum gezählt. Darunter waren interessierte Bürgerinnen und Bürger, Feuerwehrangehörige, Parteimitglieder, Justizbedienstete, Unternehmerinnen und Unternehmer, Polizeibedienstete, Soldaten, Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschafter, Fachkräfte der Sozialarbeit, Auszubildende, Angehörige von Verwaltungen und noch viele mehr.

Verstetigt haben sich die erfolgreichen Kooperationen mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg“, dem „Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos“, dem Städte- und Gemeindebund, dem Landkreistag, der Polizeifachhochschule und der „Brandenburgischen Kommunalakademie“. Gemeinsam wurden seit Sommer 2008 insgesamt 44 ganztägige Info-Veranstaltungen für etwas mehr als 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer angeboten. Darunter waren u.a. Polizistinnen und Polizisten, kommunale Entscheidungsträgerinnen und -träger und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. 2018 stand die eintägige Fachtagung "Gefahren des Islamismus in Brandenburg – Chancen der Integration" mit 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Mittelpunkt. Die Kooperation wird 2019 fortgesetzt. Die Veranstaltungen werden sich mit den drei anstehenden Wahlen im Jahr 2019 befassen.

Etabliert haben sich ebenso Fachtagungen, die der Verfassungsschutz Brandenburg selbst oder in Kooperation mit Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer durchführt. Seit 2005 nahmen rund 2.800 Interessierte an insgesamt 18 Tagungen teil. Die letzte drehte sich um das Thema "Provokation und Propaganda – Neue Dynamiken antisemitischer Agitation" und zog rund 120 Gäste an. Sie wurde im Mai 2018 von den Verfassungsschutzbehörden Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeinsam in Magdeburg angeboten. Diese Kooperation wird im Jahr 2019 fortgesetzt. Der brandenburgische Verfassungsschutz selbst hat bereits im Februar 2019 eine Tagung "Die neu-rechte Entgrenzung als Herausforderung für die Demokratie" mit mehr als 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmern angeboten.

Ein besonderes Highlight im Jahr 2018 war die Neuveröffentlichung des überarbeiteten und aktualisierten Handbuchs "Reichsbürger". Das fast 300 Seiten starke Werk ist ein Kooperationsprodukt von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehrerer Behörden und Einrichtungen, darunter sind auch Expertinnen und Experten des brandenburgischen Verfassungsschutzes und des Landeskriminalamtes. Es wurde gefördert von den Landespräventionsräten in Brandenburg und Sachsen sowie dem Toleranten Brandenburg.

## V.6 Ministerium der Justiz und für Europa und für Verbraucherschutz (MdJEV)

Die Brandenburgische Justiz setzt weiterhin klare Signale gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und ist bemüht, die Integration von Flüchtlingen zu unterstützen. Im Jahr 2018 hat dazu eine Vielzahl von Maßnahmen und Aktivitäten in den Bereichen Kampf gegen Rechtsextremismus, Demokratiestärkung und Flüchtlingsintegration stattgefunden.

Auch im Rahmen der sogenannten „Strategischen Partnerschaft“ der Deutschen Bundesländer mit der Europäischen Kommission Berlin wurden vom Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz Brandenburg seit Herbst 2016 fortlaufend in 2017 und 2018 insgesamt zwanzig dezentral organisierte Bürgerdialoge in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kommunen und mit dem „Bündnis für Brandenburg“ durchgeführt. Viele Akteurinnen und Akteure, wie zum Beispiel der Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V., die Europe Direct Informationszentren im Land Brandenburg und der Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg (Steuerungsgruppe), wurden eingebunden. Ziel war es, die Bedeutung internationaler Politiken (Nachhaltige Entwicklung, Entwicklungspolitik, Europapolitik etc.) für das Alltagsleben darzustellen und Möglichkeiten zur eigenen Beteiligung mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren. Die Dialogreihe beschäftigte sich im Schwerpunkt mit europapolitischen Themen in ihrer Relevanz zur Regionalpolitik (Migration und Asyl, Zukunft der EU, Verbraucherpolitik und Digitalisierung). Im Dezember 2018 wurde ein neues Kommunikationsformat „GloboLokal“ gestartet, auch hier in enger Kooperation mit Kommunen. Im Kern geht es um die Vernetzung unterschiedlicher Akteursgruppen (Kommunen, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen, [Fach-]Schulen, Initiativen etc.) zu gleichen bzw. verwandten Themen der nachhaltigen Entwicklung, Internationalität, Europa- und Entwicklungspolitik.

Der Round Table Entwicklungspolitik dient seit vielen Jahren dem Austausch von Kommunikationsideen zu entwicklungspolitischen Themen und insbesondere in den letzten Jahren zu den UN-Nachhaltigkeitszielen. Die jährlich stattfindenden Treffen binden Akteurinnen und Akteure mit Migrationshintergrund mit ein.

Ferner werden über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in den Justizvollzugsanstalten und der Bewährungshilfe Projekte im Rahmen von „EXchange Brandenburg“ zur Prävention und Deradikalisierung zur Verfügung gestellt. Dieses wird von Violence Prevention Network e.V. (VPN) in Zusammenarbeit mit Cultures Interactive e.V. durchgeführt und richtet sich an Inhaftierte, die gefährdet sein könnten, sich religiös oder politisch zu radikalieren, oder bereits einer radikal-extremistischen Gruppe angehören. Im Rahmen des Programms werden Einzel- und Gruppencoachings, Workshops sowie Fortbildungen für Bedienstete sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bewährungshilfen angeboten.

Das Projekt „Präfix R-plus“, das ebenfalls über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert wird, richtet sich an Eltern, die ihre Erziehungsstile und -haltungen reflektieren wollen, und spricht auch in Haft befindliche Väter an, die gefährdet sein könnten, ideologisch verfestigte, extremistische Überzeugungen gezielt oder auch unreflektiert an ihre Kinder weiterzugeben.

Zudem fand im Oktober 2018 im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ in der JVA Wriezen die Wanderausstellung des Anne Frank Zentrums „Lasst mich ich selbst sein“ statt. Die Wanderausstellung wandte sich an Jugendliche mit Fragen zu Identität, Gruppenzugehörigkeit und Diskriminierung und regte zur Diskussion über aktuelle gesellschaftliche Themen an.

Die Verbraucherzentrale (VZB) hat im Jahr 2018 das Projekt „Verbraucherberatung für Geflüchtete“ durchgeführt, das zielgruppenspezifische Angebote und Maßnahmen zur Stärkung des Verbraucherschutzes für Geflüchtete enthielt. Darüber hinaus wurden kostenlose Beratungen, Vorträge und Gruppenberatungen vor Ort für zugewanderte Verbraucherinnen und Verbraucher sowie entsprechende Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der VZB angeboten.

Zur Bekämpfung von Straftaten, die einen rechtsextremistischen oder fremdenfeindlichen Hintergrund haben, sind bei den Staatsanwaltschaften des Landes Sonderdezernate eingerichtet, die eine effektive und zügige Verfahrensbearbeitung durch besonders erfahrene und geschulte Dezernenten gewährleisten.

## **V.7 Ministerium der Finanzen (MdF)**

### *- „Buntes Brandenburg“ beim Brandenburg Tag 2018*

Die inzwischen schon zur Tradition gewordene Zusammenarbeit des Ministeriums der Finanzen und der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg“ wurde auch im Jahr 2018 fortgesetzt. Beim „Brandenburg Tag“ in Wittenberge präsentierten sich beide gemeinsam mit der Fachhochschule für Finanzen, dem Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen und dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Neben den Infoständen der Kooperationspartner und Mitmachangeboten für die Gäste des Landesfestes gab es auch eine große Bühne mit durchgängig eigenem Programm. Dort präsentierten sich lokale Vereine und Künstler mit Talks und Programmbeiträgen. Unter anderem traten auf der Bühne der Kampfsportverein Dynamo Team Fighting aus Wittenberge und die Breakdance-Gruppe um Robert Segner aus Potsdam auf. Beide Vereine setzen sich stark für die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein. Zu den diversen Talkgästen auf der Bühne gehörten auch Vertreter des Demokratie und Integration Brandenburg e.V. und von demos - Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung.

An einem ehemaligen Hafenspeicher gestalteten zwei junge Graffiti-Künstler in zehn Metern Höhe ein 40 Quadratmeter großes Graffiti-Kunstwerk für ein tolerantes Brandenburg. Die Mitmachaktion des Finanzministeriums, die mittlerweile ein fester Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit der Behörde geworden ist, wurde auch in Wittenberge wieder angeboten. Dieses Mal konnten die Gäste des Brandenburg Tages ihren bunten Händeabdruck als persönliches Statement für Toleranz und Unterstützung der Demokratie auf großen farbigen Luftballons hinterlassen. Die Luftballons wurden während des Veranstaltungswochenendes zu drei verschiedenen Anlässen gemeinsam in den Himmel geschickt, um das Statement für Toleranz und Demokratie gut sichtbar zu machen.

Das gesamte Veranstaltungswochenende wurde auf einer eigenen Facebook-Seite kontinuierlich öffentlichkeitswirksam begleitet. Fotos und Videos von der Veranstaltung können dort eingesehen werden: <https://de-de.facebook.com/208MeterToleranz>.

### *- Kontaktstelle „Frauen für Frauen“*

Am 27. September 2018 übergab die Finanzstaatssekretärin des MdF Lottomittel in Höhe von 2.471 EUR an die Kontaktstelle „Frauen für Frauen“ in Cottbus. Mit den Lottomitteln wurde ein neues Multifunktionskopiergerät angeschafft, um die tägliche Arbeit der Kontaktstelle zu erleichtern. Die Kontaktstelle „Frauen für Frauen“ in Cottbus ist eine von 17 Einrichtungen des Demokratischen Frauenbundes im Land Brandenburg. Frauen aller

Altersgruppen finden hier Beratung und Informationen zu allgemeinen Lebensfragen, lebenspraktische Informationsveranstaltungen, Begegnungen und Gespräche sowie verschiedene Kreativ-, Sport- und Gesundheitskurse. Schon seit Beginn der 90er Jahre finden auch Migrantinnen Unterstützung in der Kontaktstelle beim Ankommen im Alltag in der neuen Umgebung. Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen helfen dabei in ganz alltäglichen Situationen, aber auch bei der Arbeits- und Ausbildungssuche oder sie begleiten bei Behördengängen oder Arztbesuchen. Seit langem werden in der Kontaktstelle auch Deutschkurse für Frauen angeboten und während der Zeit die Kinder betreut. Inzwischen gibt es hier auch Sprachförderangebote für Kinder und Jugendliche.

#### - *Straßenfußballturnier „Deutsch-Russische Fußballbrücken“*

Im Juni 2018 veranstaltete die Brandenburgische Sportjugend anlässlich der Fußball-WM ein Straßenfußballturnier an den WM-Austragungsorten in Russland mit dem Titel „Deutsch-Russische Fußballbrücken“. An den Turnieren nahmen deutsche und russische Jugendliche teil. Neben den Straßenfußballaktivitäten fanden weitere internationale Treffen in Form von Seminaren, Jugendbegegnungen und Besichtigungsprogrammen statt. Die Veranstaltungsreihe diente der Förderung des interkulturellen Austausches und der gegenseitigen Toleranz bei den Jugendlichen. Da die Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag von 2014 ausdrücklich die Stärkung von Jugendaustauschmaßnahmen zu den osteuropäischen Nachbarn als wichtiges politisches Ziel benannt hatte, bestand somit ein erhebliches Landesinteresse an der Durchführung des Projekts. Das Finanzministerium und die Staatskanzlei steuerten daher gemeinsam 22.000 EUR zu den Gesamtkosten des Projekts in Höhe von 165.000 EUR bei.

#### - *"Hass bringt dir nix!tour"*

Die Aufklärungskampagne „Hass bringt dir nix!tour“ des Vereins Katte e.V. war von April bis Dezember 2018 in Brandenburg unterwegs. Mit attraktiven und jugendgerechten Formaten wie einem Memory-Spiel, einem Online-Wissenstest und Seminaren machte der Verein Katte e.V. in Jugendeinrichtungen und Beratungsstellen, bei Stadtfesten und Konzerten auf die Belange diskriminierter Minderheiten aufmerksam. Auf diese Weise sollte die Umsetzung der Verfassungsziele des Landes, insbesondere des Artikels 12 (Gleichheit der Menschen), unterstützt werden und die Sichtbarkeit der queeren Community (LSBTIQ\*) in Brandenburg gefördert werden. Zur Förderung des Projekts übertrug das Finanzministerium 8.900 EUR aus Lottomitteln an das MASGF zur Deckung der Gesamtkosten des Projekts in Höhe von 11.250 EUR.

## **V.8 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK)**

### *MWFK-Flüchtlingsprogramm „Kulturprojekte zur Integration und Partizipation von Geflüchteten im Land Brandenburg“ (2016 bis 2018)*

Im Rahmen der dreijährigen Umsetzungsphase wurden Integrationsprojekte gefördert, die in diversen Sparten angesiedelt waren; dazu zählen Projekte in den Bereichen der Darstellenden Kunst (Theater, Tanz und Film/Fotografie), der Bildenden Kunst (Malerei, Mosaik- und Keramikunst), aber auch Projekte der Gartenkunst sowie im Bereich „Soziale Medien“ und Kreativwirtschaft. Gefördert wurden beispielsweise Filmprojekte in Schwedt und Frankfurt (Oder)<sup>9</sup>, ein Mosaikherstellungs- und Ausstellungsprojekt in Cottbus<sup>10</sup> und ein Projekt zur Gestaltung von (Integrations-)Gärten in Potsdam.

---

<sup>9</sup> <https://www.deutsche-filmakademie.de/filmbildung/mix-it/>

<sup>10</sup> <http://mosaiko.info/>

Neben einer hohen Spartenvielfalt waren die Projekte vor allem durch niedrighschwellige Angebote mit einem hohen partizipativen Anteil sowie einem hohen Maß an Begegnung gekennzeichnet. Im Zuge der künstlerischen und zum Teil auch kulturpädagogischen Projekte wurde den Lebenssituationen von Geflüchteten Rechnung getragen und ihnen die Möglichkeit gegeben, eigene Erlebnisse/Erfahrungen mit anderen auszutauschen. So wurde u.a. ein integratives Männertheaterprojekt im Dominikanerkloster Prenzlau sowie ein Frauen-Theaterprojekt „KARAWANSEREI“ in Potsdam<sup>11</sup> gefördert.

Insgesamt wurden mehr als 100 kreative, aktionsreiche und integrative Kulturprojekte realisiert. Die Projekte erstreckten sich über das gesamte Land Brandenburg, von Senftenberg (z.B. Förderung eines Fotoprojekts der Stiftung SPI<sup>12</sup>) bis Perleberg (z.B. Förderung eines Projekts zum Thema Heimat/ Unheimat der Walter-Hoffmann-Axthelm-Stiftung<sup>13</sup>) und von Teltow (z. B. Förderung des Interkulturellen Projekts „Lebens(WEGE)“ zur künstlerischen Darstellung von Lebenserfahrungen Geflüchteter<sup>14</sup>) bis Beeskow (z.B. Förderung des Interkulturellen Projekts „Blick-Wechsel“ bei dem Geflüchtete als Peer-Guides tätig waren).

Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Nachhaltigkeit von Projekten gelegt. D.h., mehrfach wurden Folgeprojekte von Trägern gefördert, um zum einen eine inhaltliche Projektweiterentwicklung zu unterstützen und den wachsenden Kompetenzen/Fähigkeiten der Geflüchteten Rechnung zu tragen. Somit konnten z.B. Bandauftritte und Theatervorführungen auf einem höheren Niveau einstudiert und letztlich auch, zum Teil landesweit, präsentiert werden (z.B. das Integrationstheater der Universitätsgesellschaft Potsdam e.V.<sup>15</sup> oder Kunst- und Theaterkurse des Kunstvereins Zehdenick<sup>16</sup>).

Im Zuge der Programmumsetzung gab es teilweise Schwierigkeiten infolge kultureller Unterschiede (z.B. Pünktlichkeit), sprachlicher Barrieren (Kommunikation) und/oder Erfordernisse im Asylverfahren (Fluktuation wegen Ausweisung oder Standortwechsels). Zugleich wurde mit Hilfe einer durchgeführten (Zwischen-) Evaluation aber auch festgestellt, dass vor allem Kinder und Jugendliche sehr zügig ihre Sprachkenntnisse verbessern konnten und sprachliche Barrieren über nonverbale Kommunikation (Mimik, Gestik) überwunden werden konnten. Zudem wurden durch Begegnungen auf Augenhöhe, dem gemeinsamen Arbeiten/Proben für ein Ziel sowie durch eine abschließende öffentliche Aufführung eines Theaterstücks oder die Präsentation einer Ausstellung das Selbstwertgefühl sowie das Selbstbewusstsein der Geflüchteten gestärkt und darüber hinaus Begegnungsmöglichkeiten mit Einheimischen geschaffen.

Parallel zum Förderprogramm hat die Kulturministerkonferenz eine Best-Practice-Datenbank für kulturelle Projekte von und mit Geflüchteten ins Leben gerufen. Das MWFK hat hier neun herausragende Integrationsprojekte aus dem Förderprogramm in Wort und Bild stellvertretend für das Land Brandenburg aufgeführt (<https://bestpractice.kultur-oeffnet-welten.de/kmk/projekte/projekte.html>).

Im Gesamtergebnis ist das Integrationsförderprogramm als integrations- und kulturpolitischer Erfolg zu bewerten. Es konnte wesentlich dazu beigetragen, den Integrationsprozess landesweit aktiv zu unterstützen und zu beschleunigen. Über den Mittler Kultur sind Einheimische und Geflüchtete gemeinsam aktiv und kreativ ge-

---

<sup>11</sup> <https://www.karawanserei-theater.eu/>

<sup>12</sup> <https://www.pegasus-senftenberg.de/projekte/netzwerkstelle/fotoausstellung-pix-diary/>

<sup>13</sup> <http://www.moritzvonrappard.de/kulturelle-bildung.html>

<sup>14</sup> <https://humanistisch.de/x/mzw/inhalte/projektangebote>

<sup>15</sup> <https://www.uni-potsdam.de/zessko/schluessselkompetenzen-studiumplus/studiumplus-interkulturell/integrationstheater-sans-souci-avec-shakespeare.html>

<sup>16</sup> <https://www.moz.de/landkreise/oberhavel/gransee/gransee-artikel/dg/0/1/1590593/>

worden und haben unabhängig von sprachlichen Barrieren voneinander gelernt. Das Programm wurde seinem Anspruch einer möglichst flächendeckenden Wirkung gerecht.

Während der dreijährigen Umsetzungsphase ist die Zahl der Antragseingänge rückläufig. Ursächlich für den Zahlenrückgang beim „Integrationsfonds“ (gegenüber der quantitativ wie qualitativ positiven Entwicklung beim Fonds Kulturelle Bildung) ist aus Sicht des MWFK zum einen, dass die Zahlen nach Deutschland bzw. Brandenburg zugewanderter Flüchtlinge, Asylbewerber und anderer Neubürgerinnen und Neubürger sinken. Zum anderen war die kulturpolitisch gewollte Akzentverschiebung in der Förderperiode 2018 auf mehr strukturelle Integration anstelle von bloßer Ankommens- bzw. Willkommens-Kultur möglicherweise eine zusätzliche Herausforderung für viele Antragstellerinnen und Antragsteller/Projektträgerinnen und Projektträger. Zugleich ist aber davon auszugehen, dass weiterhin Bedarf an Kulturprojekten für und mit Geflüchteten besteht.

Erfolgreiche Integration ist für das Individuum wie für die Gesellschaft ein oft langwieriger zum Teil generationsübergreifender Prozess. Das Land sieht es zudem weiterhin als erstrebenswert an, die bestehenden Kulturinstitutionen für eine Auseinandersetzung mit dem Thema Integration zu öffnen – sowohl im Hinblick auf ihre Mitarbeiterstruktur als auch in ihrer (künstlerischen) Projektarbeit und in ihren Zielgruppen.

Mit der Fondsfusion von „Kulturelle Bildung“ und „Kulturprojekte zur Integration und Partizipation von Geflüchteten“ zum neuen Programm „Kulturelle Bildung und Partizipation“ werden die bisher jährlich aufgewandten 200.000 € MWFK-Mittel in das neue Programm integriert. Zudem liegt ein Förderschwerpunkt auf dem Bereich Partizipation/Integration. Somit stehen auch im neuen Programm (ab 2019 bewirtschaftet durch die Plattform Kulturelle Bildung) nach wie vor Landesmittel für Integrationsvorhaben zur Verfügung.

## VI. Ausblick

Insgesamt sieht sich das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ auch vor dem Hintergrund der aktuellen Expertise in seiner Arbeit bestätigt. Gleichwohl geben die Expertisen immer wichtige Hinweise und Anregungen für die zukünftige Ausrichtung. Eine Empfehlung der Expertise von 2014 war beispielsweise die stärkere Ausstrahlung in die Regionen des Landes. Diese wurde von der Koordinierungsstelle derart aufgegriffen, dass in den Jahren 2015 bis 2017 in allen Landkreisen und kreisfreien Städten „Zukunftsdialoge“ durchgeführt wurden. Sie haben sowohl für die regionalen Strukturen als auch für die Arbeit der Koordinierungsstelle wichtige Impulse geliefert. Genauso wird die aktuelle Expertise von der Koordinierungsstelle und den Akteurinnen und Akteuren des Handlungskonzeptes mit dem Ziel ausgewertet werden, aus ihr wichtige Hinweise für die zukünftige Arbeit und Struktur zu ziehen.

Wie im vorliegenden Bericht an verschiedenen Stellen verdeutlicht und auch durch die wissenschaftliche Untersuchung herausgestellt, haben sich sowohl die Koordinierungsstelle als auch die Partnerinnen und Partner des Beratungsnetzwerkes in den letzten Jahren immer wieder neuen Herausforderung gestellt: „Zur unseren Befragungsergebnissen gehört [...], dass die Akteure im Rahmen des Handlungskonzeptes seit 2014/2015 zahlreiche neue Aufgaben übernommen haben und damit eine faktische Ausweitung des bisherigen Tätigkeitsfeldes des Akteursnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ verbunden war.“<sup>17</sup>

Zusätzliche Herausforderungen werden in einem breiten Konsens der Akteure des Handlungskonzeptes in den Bereichen Demokratieförderung, zunehmend verschwimmende Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, islamistischer Extremismus sowie Fake-News und Hate-Speech verortet. Hier gilt es nicht nur die aktuellen Entwicklungen im Blick zu behalten, sondern Struktur und Arbeitsinhalte des Handlungskonzeptes entsprechend zu justieren.

Im Bereich Rechtsextremismus wird es aus Sicht der Koordinierungsstelle zunehmend darauf ankommen, lokale Akteurinnen und Akteure für die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen und rassistischen Parolen sprachfähig zu machen. Waren Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten früher leicht zu erkennen und in einem breiten demokratischen Konsens zudem geächtet, sind Strukturen wie die „Identitäre Bewegung“ oder auch nationalrevolutionäre Strömungen häufig nicht mehr so leicht zu identifizieren. Ihre Argumentations- und Interpretationsmuster kommen vermeintlich harmlos und sich innerhalb des demokratischen Spektrums befindend daher, so dass öffentlicher Widerspruch vielfach nicht mehr erfolgt. Dort, wo er erfolgt, wird dessen Notwendigkeit in der Öffentlichkeit nicht immer gesehen. Es hat in einem relevanten Teil der Bevölkerung ein schleichender Prozess der Normalisierung von fremdenfeindlichen Einstellungspotentialen stattgefunden. Darauf müssen sich die Akteurinnen und Akteure des Handlungskonzeptes bei ihrer Arbeit einstellen: Kampf gegen Rechtsextremismus heißt zunehmend die Stärkung demokratischer Partizipation im (kommunal-) politischen Raum bei gleichzeitig konsequentem Entgegenreten gegen fremdenfeindliche und rassistische Positionen. Gleiches gilt dann, wenn beispielsweise Kulturschaffende oder freie Träger durch Rechtspopulisten in ihren Aktivitäten eingeschränkt werden sollen. Hierbei sind insbesondere die regionalen Anlaufstellen der RAA und der MBTs, aber auch die Mitgliederinnen und Mitglieder des Aktionsbündnisses mit ihrer jeweiligen Expertise wichtige Partnerinnen und Partner.

---

<sup>17</sup> vgl. Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung (2019), S. 27.

Zur Demokratieförderung gehört auch, dass Politik, Verwaltung, große Verbände und Unternehmen in Hinblick auf eine starke Zivilgesellschaft weiterhin deutlich Position beziehen. Jede „Leerstelle“, die antidemokratischen Kräften überlassen wird, wird durch diese genutzt und erschwert den Einsatz für eine offene und tolerante Gesellschaft.

Nachhaltig wird zudem die Übernahme der beiden Phänomenbereiche Antisemitismus und Islamismusprävention die Arbeit des „Toleranten Brandenburgs“ prägen. In dieser Aufgabenerweiterung liegt aber gleichzeitig auch eine große Chance in Hinblick auf eine integrierte Bearbeitung verschiedener Phänomenbereiche. Wie schon mit der Integration des „Bündnisses für Brandenburg“ in die Koordinierungsstelle können auch hier Synergieeffekte generiert werden. So sind die Akteurinnen und Akteure bereits längerfristig in beiden Phänomenbereichen aktiv und bringen ihre vorhandenen Strukturen und Kompetenzen bereichernd mit ein. Dieses gelingt auch deshalb, weil Radikalisierungsprozesse in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und Islamismus nach ähnlichen Mustern erfolgen. Als äußerst hilfreich in Bezug auf diese neuen Aufgabenfelder erweist sich dabei auch das in den letzten Jahren aufgebaute Vertrauensverhältnis zwischen Beratungsstrukturen und vielen Kommunen. Verwaltungen und Bedienstete von Kommunen wissen um die Chancen von Beratungs- und Moderationsleistungen durch die Netzwerkpartnerin und -partner. Das erleichtert Zugänge und die Aushandlung von Beratungsprozessen ungemein. Ähnlich verhält es sich auf Landesebene mit Ministerien und nachgeordneten Einrichtungen, dieses gilt ausdrücklich auch für die Sicherheitsbehörden auf Landesebene wie auch für viele lokale Polizeiinspektionen u.ä.

Brandenburg verfügt damit bereits über Strukturen, die in anderen Bundesländern z.B. in Form von Kompetenzzentren erst mühsam aufgebaut werden müssen.

In Hinblick auf den Bereich Islamismusprävention sieht sich die Koordinierungsstelle zudem zur Zeit strukturell gut aufgestellt. Auf der zivilgesellschaftlichen Seite gibt es die „Fachstelle Islam im Land Brandenburg“ in Trägerschaft der RAA und staatlicherseits seit dem 01.01.2019 eine weitere Referentenstelle im Geschäftsbereich der Koordinierungsstelle. Mit diesen Strukturen können umfassende Angebote sowohl an staatliche Stellen als auch an Vereine und Verbände unterbreitet werden. Hinzuweisen ist jedoch darauf, dass sowohl die Personalkosten als auch die Sach- und Projektmittel zurzeit über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ finanziert werden. Hier wird sich der Landesgesetzgeber perspektivisch Gedanken machen müssen, in welcher Form er die Bearbeitung des Bereichs Islamismusprävention langfristig absichern möchte.

Für den Phänomenbereich Antisemitismus wurde mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2019/2020 diese Entscheidung bereits getroffen. Seitdem stehen jährlich 200.000 EUR zur Finanzierung der entsprechenden Fachstelle zur Verfügung. Für sie als neu errichtete Fachstelle gilt es nun, sich und ihr Angebot in der Fläche des Landes Brandenburg bekannt zu machen. Ein zentraler Baustein hierfür wird die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit und Einbindung von jüdischen Communities sein. Um als Fachstelle erfolgreich arbeiten zu können, ist die aktive Unterstützung auf politischer Ebene eine wichtige Voraussetzung. Das Interesse, das der politische Raum dieser Fachstelle von Anbeginn an entgegengebracht hat, stimmt hier zuversichtlich.

Als nicht sinnvoll erachten es die Akteurinnen und Akteure des Handlungskonzeptes hingegen, der Koordinierungsstelle auch den Phänomenbereich Linksextremismus zuzuordnen. In diesem Phänomenbereich vollziehen sich Radikalisierungsprozesse nicht nur anders, ihm ist ausweislich aller Erfahrungen auch mit entsprechenden Bundesprogrammen zivilgesellschaftlich kaum zu begegnen. Ungeachtet dessen wirkt die Arbeit des Handlungskonzeptes und seines Beratungsnetzwerkes insgesamt resilienzfördernd und demokratiestärkend, auch in Hinblick auf linke Radikalisierungsprozesse.



Abschließend bleibt festzustellen, dass sowohl die zusätzlichen Aufgaben als auch die stetige Nachfrage von Vereinen, Verbänden, Organisationen und Unternehmen in Hinblick auf Kooperationen die Koordinierungsstelle in ihrer Arbeit bestärkt; beides ist nicht zuletzt Ausdruck der unverändert hohen Wertschätzung für das Handlungskonzept der Landesregierung.

## VII. Übersicht der geförderten Projekte im Jahr 2018

### VII.1 Tolerantes Brandenburg

#### a) Zuwendungen aus Haushaltsmitteln

Zuwendungsempfänger	Maßnahmetitel	Zuwendungshöhe in EUR
Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / RAA Brandenburg	Koordinierungsstelle RAA Brandenburg	139.210,25
Verein gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	Betrieb Geschäftsstelle des Vereins gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	240.000,00
Demokratie und Integration Brandenburg e.V./ demos Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung	Kommunales Beratungsangebot	1.353.254,38
Opferperspektive e.V.	Beratung für Opfer von rechtsextremer Gewalt sowie Maßnahmen der Prävention und Intervention	400.237,00
Stiftung SPI	Aussteigerprojekt	51.231,79
Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / RAA Brandenburg	Feindschaften vermeiden - Fachstelle Islam im Land Brandenburg	239.139,23
Verein gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	Kampagne: demokratische Argumente gegen populistische Parolen	27.916,88
Stiftung SPI	Projekt "Märchen"	7.500,00
Verein zur Förderung der beruflichen Bildung in der Region Altmark West e.V. (VfB Salzwedel)	Integration und Teilhabe durch kommunale Konfliktberatung	8.000,00
Opferperspektive e.V.	Podiumsdiskussion "Strategien gegen Rechtspopulismus - Was kann Brandenburg von seinen Nachbarn lernen"	4.274,00
Kreissportbund Dahme-Spreewald e.V.	Wohngebietsfest Königs Wusterhausen	650,00
Jugend und Soziales e.V.	Partnerschaft für Demokratie	6.000,00
Stiftung für die Internationale Wochen gegen Rassismus	Internationale Wochen gegen Rassismus	3.000,00
Förderverein Cottbuser Aufbruch e.V.	Aufbau der Homepage cottbus-ist-bunt.de	3.090,00
Landesjugendring Brandenburg e.V.	Überarbeitung und Neuauflage der Broschüre "Beteiligung von Jugendlichen an Demokratie und Wahlen"	27.300,00
Ev. Kirchengemeinde Neufinkenkrug	Vortragsabend innerhalb der Friedensdekade 2018	407,00
AWO Kreisverband Fürstenwalde e.V.	Yoga-Kurs mit geflüchteten Frauen	1.350,00

## b) Zuwendungen aus Lottomitteln

Zuwendungsempfänger	Maßnahmetitel	Zuwendungshöhe in EUR
Deutsche Gesellschaft e.V.	Jugendreporter vor Ort	12.000,00
Paritätisches Sozial- und Beratungszentrum gGmbH	InSchwung - die Beteiligungsagentur	14.981,00
Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / RAA Brandenburg	20-Jahre Schule ohne Rassismus	7.842,44
Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / RAA Brandenburg	EmPa <sup>3</sup> - Empowerment und Partizipation in Fürstentwale / Spree	8.130,43
Förderverein Oberschule Neutrebbin e.V.	Aktionstag für Gemeinsamkeit und Toleranz	1.500,00
Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / RAA Brandenburg	DAS ANDERE LEBEN - eine Demokratie-Kampagne	15.182,00
Studentischer Event- und Kulturverein Cottbus e.V.	Moin Liebe, Tschüss Hass - LGN COA 2018	4.823,74
Kumulus e.V.	B-Team-Tour	59.348,14
Opferperspektive e.V.	Ausstellung "Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg"	13.386,00
Jugendhilfe Cottbus e.V.	Vollversammlung der Fans von FC Energie Cottbus	2.400,00
Förderverein der Waldschule Oranienburg e.V.	Projekttag an der Waldschule zum Thema Judentum - Ein Projekt für mehr Toleranz in der Stadt	1.500,00
Förderverein für die Gesamtschule 3 mit GOST Eisenhüttenstadt e.V.	Instant Acts - gegen Rassismus und Gewalt	2.700,00
Förderverein Gymnasium Dalgow-Döberitz e.V.	Jesse-Owens-Lauf	2.500,00
Stiftung SPI	Jugend-Talk zur OB-Wahl in Potsdam	1.250,00
Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V.	"tolerantes Sofa"	1.850,00
Förderverein Cottbuser Aufbruch e.V.	Produktion eines großen Banners sowie weiterer Materialien für das Stadion der Freundschaft mit dem Aufdruck -Cottbus ist bunt-	1.789,69
Ev. Kirchengemeinde Kroppen	Studienfahrt nach Auschwitz und Krakau	2.300,00

## VII.2 Bündnis für Brandenburg

### a) Zuwendungen aus Haushaltsmitteln

Zuwendungsempfänger	Maßnahmetitel	Zuwendungshöhe in EUR
Landesfeuerwehrverband	Ohne Blaulicht	30.000,00
Internationaler Bund Berlin Brandenburg gGmbH	Durchführung der Traumaberatung für den Landkreis MOL als betreiberübergreifende Beratungsstelle für Flüchtlinge und für Kindergärten und Schulen mit Flüchtlingskindern	58.476,00

Haus der Möglichkeiten e.V.	Betrieb des „Hauses der Möglichkeiten“	13.415,00
SOS Kinderdorf Lausitz/MGH	Begegnungspate	56.022,02
Jugendhilfe Nordwestbrandenburg e.V.	Deeskalationstraining - Umgang mit eskalierten Situationen	1.140,00
Flüchtlingshilfe Babelsberg e.V.	Personalstelle Arbeitsmarktintegration	20.754,31
Gesellschaft für Arbeit und Soziales e.V.	"Anpacken" - Schritte zur Integration von Flüchtlingen - Fortführung	14.705,00
Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V.	Integrationsmaßnahmen bei Sportvereinen	35.000,00
Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V.	integratives Straßenfußballturnier und Willkommenssportfest im Tropical Islands	5.000,00
Jugend und Soziales e.V.	Integration von Migranten und Flüchtlingen in Spremberg	35.890,00
Humanistischer Freidenkerbund Havelland e.V.	Interkulturelles Begegnungscafé Nauen	23.000,00
Verein gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.	Entwicklung und Koordination von Bildungsangeboten zum Umgang mit Rassismus, Vorurteilen und Hate Speech	23.600,00
Flüchtlingshilfe Jüterbog c/o St. Nikolaigemeinde Jüterbog	Erhaltung der Begegnungsstätte Treffpunkt „Arche“ in Jüterbog	10.440,00
Diakonisches Werk Potsdam e.V.	Unterstützung der Beratungsarbeit für Geflüchtete in den Städten Brandenburg a. d. H. und Potsdam durch den Einsatz von Integrationshelfer*innen und Sprachmittler*innen	11.000,00
Evangelische Kirche in Potsdam Flüchtlingsarbeit / Mosaikstein e.V.	"Männer mit Perspektive" – ein offenes Angebot für Migranten	28.040,84
Ev. Kirche Berlin Brandenburg - Schlesische Oberlausitz - Unterstützernetze Grünheide / Initiative Flüchtlinge Willkommen in Grünheide	Netz-Werk-Laden-Familienbande - Positionieren gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus - von klein auf lernen und leben, Mütter, Kinder und Familien integrieren und vernetzen	14.991,80
Moses-Mendelsohn-Zentrum e.V.	Empirische Studie "Einstellungsmuster von Geflüchteten in Brandenburg: Interkulturelle Wahrnehmungen, Vorurteile, Geschlechterrollen; Religion und Demokratie; Gewalt und Kinderrechte	13.577,00
Kreisjugendring Prignitz e.V.	Schwimmkurs mit jungen geflüchteten Menschen	935,00
Slubfurt e.V.	Bad Slubfurt Zdrój	20.000,00
Interforum e.V.	Teilhabe durch Teilnahme – Einsatz eines Integrationshelfers	8.766,00
Jugendbildungszentrum Blossin e.V.	Bunt ist die Vielfalt um uns herum (Projektwoche vom 03.04.2018 – 06.04.2018)	3.696,80
Humanistisches Jugendwerk Cottbus e.V.	Multiplikatorenschulungen mit der Entwicklung und Etablierung eines Handbuchs (Onlineversion)	24.720,00
Gesellschaft für Arbeit und Soziales e.V.	"Mehr mit - statt für"	44.770,50
SOS-Kinderdorf Prignitz	Sommerferienzeltlager Grömitz	2.770,00

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.	Außerschulische politische Jugendbildung im Bereich Flucht und Migration, Antidiskriminierung und internationale Jugendarbeit	4.452,00
Diakonisches Werk e.V.	WM 2018 "...zu Gast bei Freunden" - Public Viewing in der Gemeinschaftsunterkunft am Nuthetal	2.325,00
borderline europe - Menschenrechte ohne Grenzen e.V.	Summercamp – we'll come united	4.200,00
FC Borussia Brandenburg e.V.	Integration von Flüchtlingen ins Vereinsleben	2.345,75
Demokratischer Frauenbund Landesverband Brandenburg e.V.	Willkommen, koch mit mir!	2.350,00
Demokratischer Frauenbund Landesverband Brandenburg e.V.	Willkommen, spiel mit mir! Krümelaien – Märchen aus aller Welt	3.380,00

#### b) Zuwendungen im Rahmen der Regionalbudgets

Zuwendungsempfänger	Maßnahmetitel	Zuwendungshöhe in EUR
Brandenburg an der Havel	Regionalbudget	20.000,00
Cottbus	Regionalbudget	50.000,00
Frankfurt (Oder)	Regionalbudget	40.000,00
Potsdam	Regionalbudget	20.000,00
Barnim	Regionalbudget	20.000,00
Elbe-Elster	Regionalbudget	20.000,00
Havelland	Regionalbudget	20.000,00
Dahme-Spreewald	Regionalbudget	20.000,00
Oder-Spree	Regionalbudget	30.000,00
Märkisch-Oderland	Regionalbudget	27.000,00
Oberhavel	Regionalbudget	20.000,00
Ostprignitz-Ruppin	Regionalbudget	25.600,00
Oberspreewald-Lausitz	Regionalbudget	20.000,00

Prignitz	Regionalbudget	20.000,00
Spree-Neiße	Regionalbudget	20.000,00
Teltow-Fläming	Regionalbudget	20.000,00
Uckermark	Regionalbudget	20.000,00

**c) Mittelübertragung an andere Ressorts**

<b>Mittelübertragung (MÜ)</b>	<b>Betrag in EUR</b>
MÜ an MASGF	100.000,00
MÜ an MWFK	100.000,00
MÜ an MWFK für Projekt Internationale Sommertagung "Lehrer/innen-Bildung im Kontext aktueller Fluchtmigration - regionale und globale Perspektive, Impulse und Erkundungen" (RTP-Sommertagung 2018) der Universität Potsdam	3.164,00



Prof. Dr. Wilfried Schubarth (Universität Potsdam)  
Dr. Michael Kohlstruck (Technische Universität Berlin)  
Prof. Dr. Manfred Rolfes (Universität Potsdam)

---

## **Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ (2019)**

---

*im Auftrag der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ bei der Staatskanzlei des  
Landes Brandenburg*

*Potsdam, 11. März 2019*

### Kontakt

Prof. Dr. Wilfried Schubarth  
Uhlandstr. 20  
14471 Potsdam

Tel.: 0331 70490097  
wilschub@uni-potsdam.de

Dr. Michael Kohlstruck  
TU Berlin, TEL 9-1  
Ernst-Reuter-Pl. 7  
10587 Berlin

Tel.: 030 314-25 838  
michael.kohlstruck@tu-berlin.de

Prof. Dr. Manfred Rolfes  
Am Sandberg 10  
14469 Potsdam

Tel.: 0331-977-2305  
mrolfes@uni-potsdam.de



## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung .....</b>	<b>48</b>
<b>2. Ziele, Methodik und Einordnung der Expertise .....</b>	<b>48</b>
2.1 Ziele und Methodik.....	48
2.2 Rechtsextremismus und das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ im Spiegel der Statistik.....	49
<b>3. Zentrale Ergebnisse der Expertise.....</b>	<b>53</b>
3.1 Veränderungen im Aufgabenfeld des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ seit 2014.....	53
3.1.1 Veränderungen im Handlungsfeld aus der Perspektive der befragten Akteure und Experten .....	54
3.1.2 Anpassungsprozesse aus der Sicht der befragten Experten.....	56
3.2 Bewährte Aktivitäten und Routinen im Handlungsfeld „Tolerantes Brandenburg“ aus Sicht der Befragten.....	58
3.3 Handlungsbedarfe aus Sicht der Befragten .....	60
<b>4. Situation und Perspektiven des     Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ .....</b>	<b>63</b>
4.1 Zum politischen und gesellschaftlichen Kontext des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ .....	63
4.2 Handlungsoptionen .....	65
4.2.1 Strukturen überprüfen.....	66
4.2.2 Aufgaben klären .....	67
4.2.3 Umgang mit den Aufgaben.....	69
<b>5. Fazit .....</b>	<b>70</b>
<b>6. Quellen und Literatur .....</b>	<b>72</b>

# 1. Einleitung

Entsprechend eines Beschlusses des Landtages vom 12.06.2015 (Drs. 6/1601-B) ist die Landesregierung verpflichtet, jährlich einen Bericht zur Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ (TBB) zu erstellen und diesen dem Landesparlament vorzulegen. In diesem Zusammenhang wurden die oben genannten Autoren im Oktober 2018 von der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ beauftragt, eine Expertise zum landesweiten Handlungskonzept zu erstellen.

Die vorliegende Expertise schließt an die Expertise aus dem Jahre 2014 an und bezieht Ergebnisse der wissenschaftlichen Beobachtung der „Zukunftsdialoge“ (2015/16) mit ein (vgl. Schubarth/Kohlstruck/Rolfes 2014 und 2017; Bode/Rolfes 2017). Eine der zentralen Empfehlungen der Expertise von 2014 war die Stärkung der Akteursnetzwerke in den Regionen. Dies wurde von der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“<sup>18</sup> in der Weise aufgegriffen, dass 2015/16 die „Zukunftsdialoge“ durchgeführt wurden. Entsprechende Empfehlungen für eine weitere Regionalisierung wurden gegeben. Darüber hinaus wurde empfohlen, die vielfältigen Aufgaben innerhalb des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ transparenter zu machen und sich über Zuständigkeiten neu zu verständigen, z. B. bei den Handlungsfeldern Demokratieförderung, Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Integration und Flüchtlingshilfe (vgl. Schubarth/ Kohlstruck/Rolfes 2017, S. 28).

Zugleich wurden bereits während der Zukunftsdialoge 2015/16 neue Herausforderungen für das Akteursnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ infolge der weltweiten Veränderungen, insbesondere die Zuwanderung Geflüchteter und das Erstarken des Rechtspopulismus, deutlich. Diese Herausforderungen stellen für die Akteure des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ seitdem eine große Bewährungsprobe dar.

## 2. Ziele, Methodik und Einordnung der Expertise

### 2.1 Ziele und Methodik

Während die Expertise von 2014 vor allem auf das Funktionieren des Beratungsnetzwerkes fokussierte, geht es bei der vorliegenden Expertise um die Frage, inwieweit sich das Handlungskonzept unter den veränderten Bedingungen bewährt hat und welche Anforderungen an ein künftiges Profil formuliert werden. Gegenstand der Expertise sind demzufolge ausgewählte Aspekte der Konzeption und der Praxis des Handlungskonzeptes im Zeitraum von 2014 bis 2018. Anknüpfend an die Expertise von 2014 sollen die Veränderungen im Handlungsfeld aus Sicht der zentralen Akteure<sup>19</sup> des Beratungsnetzwerkes wie aus der Außensicht beschrieben und die Resonanz der Arbeit bewertet werden. Daran anschließend sollen die von den befragten Experten genannten Optionen für eine konzeptionelle Weiterentwicklung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ systematisiert vorgestellt werden.

Konkret stehen folgende *Forschungsfragen* im Mittelpunkt:

- Welche Veränderungen werden zum einen durch die *zentralen Akteure des Beratungsnetzwerkes* (Koordinierungsstelle, Mobile Beratungsteams, RAA, Aktionsbündnis, Opferperspektive) und zum andern durch *externe Akteure* (regionale Netzwerke, Landtagsfraktionen, Verfassungsschutz, Polizei u.a.) seit 2014 wahrgenommen und wie werden sie bewertet? (vgl. Abschnitt 3.1).
- Inwieweit haben sich – auch vor dem Hintergrund von Veränderungen im Handlungsfeld – das Handlungskonzept und die entsprechenden Strukturen (Beratungsnetzwerke u.a.) seit 2014 bewährt? Woran lässt sich das feststellen? Wie wurde mit den Empfehlungen der Expertise von 2014 umgegangen? (vgl. Abschnitt 3.2).

<sup>18</sup> Im Folgenden wird mitunter die Abkürzung TBB für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ verwendet.

<sup>19</sup> Zugunsten einer leserfreundlichen Darstellung wird die neutrale bzw. männliche Form gewählt. Diese gilt für alle Geschlechtsformen (weiblich, männlich, divers).

- Wo zeigen sich aus Sicht der Befragten Stärken und Bewährtes? Wo wurden noch Schwächen und Nachsteuerungsbedarfe deutlich? Und welche neuen Herausforderungen und mögliche Perspektiven sehen die Interviewpartner? (vgl. Abschnitt 3.2).

Die Fragen werden auf Grundlage von zwei *methodischen Zugängen* bearbeitet. Der grundlegende methodische Zugang ist die *Durchführung von leitfadengestützten Expertengesprächen (Einzel- und Gruppeninterviews)*. Die Auswahl der Interviewpartner erfolgte in Abstimmung mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“; wie in den beiden vorangegangenen Expertisen wurde viel Wert auf eine Perspektivenvielfalt gelegt und nach Möglichkeit Vertreter der gleichen Institutionen und Organisationen befragt wie für die Expertise von 2014. Dazu gehören zum einen Personen, die den im Beratungsnetzwerk zusammengeschlossenen Organisationen selbst angehören, zum anderen externe Personen: Landes- und Kommunalpolitiker, Leiter und Mitarbeiter aus der Landesverwaltung, Vertreter der Sicherheitsbehörden (Polizei und Verfassungsschutz), des Landespräventionsrates, Mitarbeiter in Projekten des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, Mitarbeiter der Lehrerfortbildung und andere überregional agierende Experten sowie Vertreter von regionalen Akteursnetzwerken aus dem Land Brandenburg. Insgesamt wurden 25 *Expertengespräche*<sup>20</sup> mittels halbstandardisierter Leitfäden im Zeitraum von Oktober 2018 bis Januar 2019 durchgeführt (vgl. Meuser/Nagel 2010). Zwar ist zu bedenken, dass aus der Auswahl der Interviewpartner eine gewisse Selektivität beim Blick auf das TBB resultieren kann. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass die gewählte Stichprobe einen hohen Grad an theoretischer Sättigung sicherstellt und keine substanziellen Informationen unberücksichtigt geblieben sind. Die Interviews wurden in Anlehnung an die Methoden der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet (vgl. Mayring/Brunner 2010). Die Befragungsmethode wurde durch einen zweiten Zugang ergänzt: eine *Dokumentenanalyse* zur Arbeit des TBB sowie zur Entwicklung rechter Gewaltdelikte (Statistiken) im Land Brandenburg. Diese Analysen dienen als Hintergrundinformationen, um die Interviewergebnisse besser einordnen zu können.

## 2.2 Rechtsextremismus und das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ im Spiegel der Statistik

Ziel des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ ist eine starke und lebendige Demokratie (vgl. Tolerantes Brandenburg 2005). Wichtiger Gradmesser ist die Entwicklung politischer, insbesondere rechter Gewalt sowie (anti)demokratischer Einstellungen, die im Folgenden mit Bezug auf den Verfassungsschutzbericht des Bundes und des Landes Brandenburg (2017), die Daten des Vereins „Opferperspektive“ sowie auf einschlägige Studien kurz skizziert werden soll.

Der *Verfassungsschutzbericht* des Bundes (2017, S. 29) weist im Jahr 2017 für das Land Brandenburg bei den Gewalttaten im Bereich politisch „rechtsmotivierter“ Kriminalität – ähnlich wie für die anderen ostdeutschen Bundesländer – mit rund 120 Delikten die nach Nordrhein-Westfalen höchsten Werte aus. Damit liegt nach eigenen Berechnungen Brandenburg zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit ca. fünf Fällen je 100.000 Einwohner an der Spitze, wobei die Belastung in den ostdeutschen Bundesländern im bundesweiten Vergleich insgesamt deutlich höher ist (vier Fälle zu einem Fall je 100.000 Einwohner).

**Fehler! Es ist nicht möglich, durch die Bearbeitung von Feldfunktionen Objekte zu erstellen.**

**Abb. 1:** Entwicklung politisch-motivierter Gewaltstraftaten im Land Brandenburg (Ministerium des Innern und für Kommunales 2017 und 2018, eigene Darstellung)

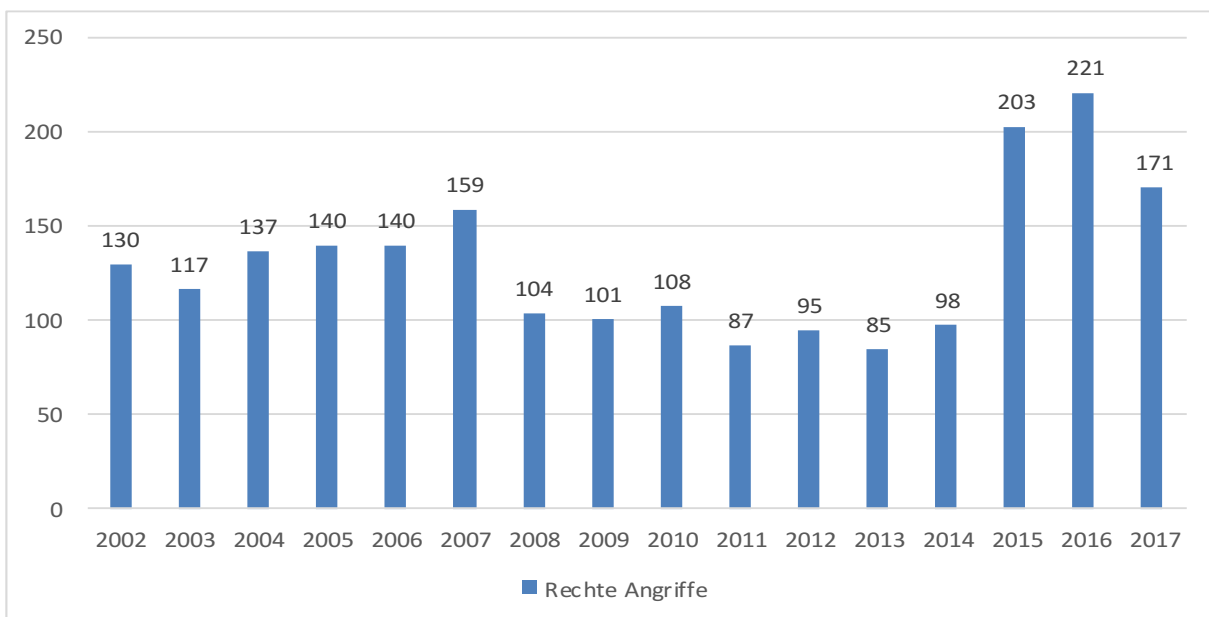
Im Zeitverlauf gibt es – laut Angaben des Landeskriminalamtes – seit 2013 einen Anstieg rechter Gewaltstraftaten auf ein Niveau, das mit dem zu Beginn der 1990er Jahre vergleichbar ist. Für 2017 zeigt sich ein Rückgang. Die Belastung

<sup>20</sup> Unsere Interviewanfragen gingen an alle Landtagsfraktionen. Die AfD hat ein Interview ausdrücklich abgelehnt. Die Fraktion der CDU hat auf wiederholte Anfrage nicht reagiert, so dass mit Vertretern dieser beiden Fraktionen keine Interviews geführt werden konnten.

durch politisch „rechtsmotivierte“ Gewaltstraftaten ist im Vergleich zu „linksmotivierter“ Gewalt in Brandenburg deutlich höher (vgl. Abb. 1).

Die Angaben der Polizei stimmen mit denen des Vereins „Opferperspektive“ im Trend überein. So wurde im Zeitraum 2014 bis 2016 ein deutlicher Anstieg „rechter Angriffe“ registriert, während 2017 ein leichter Rückgang zu verzeichnen war (vgl. Abb. 2). Für 2018 wurden 174 rechte Gewalttaten registriert, womit die Zahl weiter auf einem „besorgniserregend hohen Niveau“ verbliebe. Zugleich wird vor einer möglichen „Normalisierung rechter Gewalt“ gewarnt.<sup>21</sup>

Die Entwicklung rechter Gewalttaten steht in einem mittelbaren Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen (vgl. z. B. Kohlstruck 2018, Heitmeyer 2013). Die kontinuierliche Beobachtung rechtsextremer Orientierungen ist insofern auch ein Prüfstein für den Erfolg des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“. Zu rechtsextremen Einstellungen in Brandenburg lassen sich jedoch nur wenige Forschungsbefunde finden. Zu politischen Einstellungen, einschließlich Gruppenfeindschaften, ermittelte der repräsentative Brandenburg-Monitor Folgendes (vgl. pmg – policy matters 2018): 54 % der Befragten gaben an, sich aufgrund der Zuwanderung (eher) fremd im eigenen Land zu fühlen. Im Gegensatz dazu sagen 29 %, dass die Zuwanderung von Ausländern eine Bereicherung für die Gesellschaft darstellt. 64 % sind der Meinung, dass die meisten hier lebenden Muslime die Regeln unseres Zusammenlebens nicht akzeptieren. *Flucht und Asyl/Migration* wird von den Brandenburgern als wichtigstes politisches Problem angesehen. Im Vergleich zu anderen Themen (z. B. Arbeitsmarkt/Arbeitslosigkeit, soziale Ost-West-Ungerechtigkeit/Armut, Löhne und Gehälter, Schule/Bildung) wird die Migrationsthematik mehr als doppelt so häufig als Problem benannt. Für 36 % ist es das wichtigste oder zweitwichtigste zu lösende politische Problem.

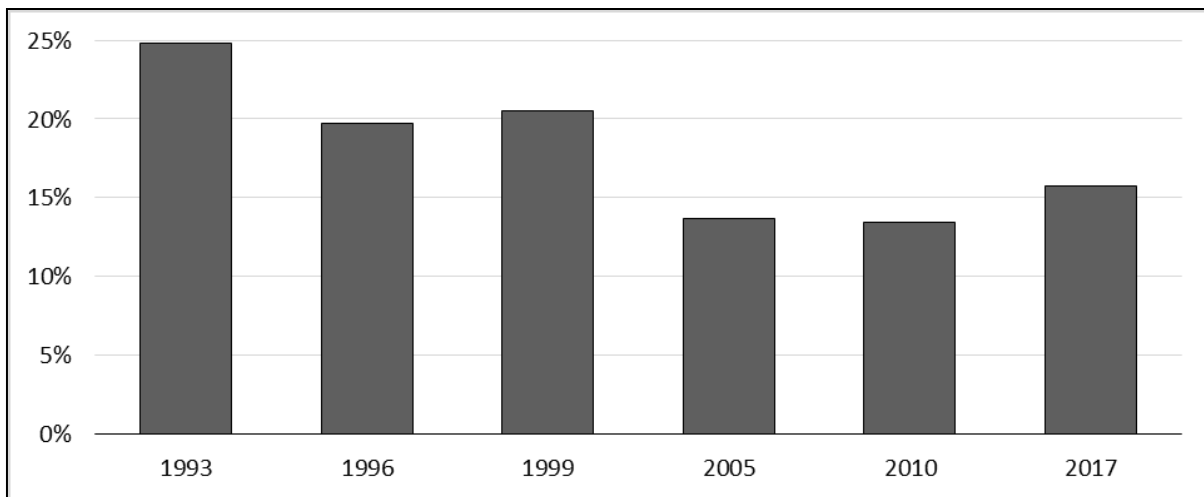


**Abb. 2:** Entwicklung rechter Angriffe im Land Brandenburg (Quelle: Opferperspektive 2017, eigene Darstellung)

Aufschluss über (anti)demokratische Einstellungen gibt auch die Trendstudie „Jugend in Brandenburg“ unter 12- bis 22-Jährigen (IFK 2018). Für rechtsextreme Orientierungen zeichnet die Studie bis 2010 einen rückläufigen Trend; im Jahr 2017 liegen die Werte wieder höher (vgl. Abb. 3)<sup>22</sup>. Dabei ist die völlige Ablehnung rechtsextremer Aussagen um 10 % auf rund 50 % gesunken. Ähnliches gilt für die Fremdenfeindlichkeit, wobei hier ein Anstieg vor allem bei den 12 bis 14-Jährigen zu registrieren ist (2010: 17 %; 2017: 30 %). Jugendliche an Oberschulen und Oberstufenzentren sind hier besonders gefährdet.

<sup>21</sup> <https://www.opferperspektive.de/aktuelles/rechte-gewalt-ist-normalitaet-in-brandenburg> [Zugriff: 06.03.2019].

<sup>22</sup> Für den Zeitraum zwischen 2010 und 2017 liegen keine Daten vor. Es ist aber plausibel anzunehmen, dass in den Jahren 2015 und 2016 die Anteile über dem Wert von 2017 lagen. Dies korrespondiert im Übrigen mit Entwicklungen von Gewalt und Mobbing an Schulen (vgl. Schubarth 2018 u. 2019).



**Abb. 3:** Rechtsextreme Orientierungen bei Brandenburger Jugendlichen im Zeitvergleich 1993 bis 2017 (vgl. IFK 2018, S.15 f., eigene Darstellung)

Die Entwicklung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Brandenburg muss im Kontext der Entwicklung in Deutschland und darüber hinaus gesehen werden. So haben – nach dem MIDEM Jahresbericht (2018) – Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit europaweit zugenommen. Dafür verantwortlich sei nicht die Migration, vielmehr habe diese die bestehenden Konflikte in und zwischen den europäischen Gesellschaften offengelegt und verschärft. Zugleich werden auf kulturelle, sozioökonomische und politische Konfliktlinien verwiesen und entsprechende Empfehlungen abgeleitet, z. B. Deutungshoheit wiedererlangen, Diskussion versachlichen, Begegnungsräume vor Ort schaffen, konkrete Probleme adressieren, Potenzial der Bildungsarbeit ausschöpfen (MIDEM 2018, S. 9ff).

Auch für Deutschland verweisen einschlägige Studien auf ein teilweises Anwachsen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, insbesondere von Muslimfeindlichkeit<sup>23</sup>, in den letzten Jahren. So zeigen die „Mitte-Studien“ der Universität Leipzig, dass ausländerfeindliche Einstellungen seit 2014 in ganz Deutschland wieder angestiegen sind (2014: 18 %, 2018: 24 %), wobei deutliche Ost-West-Unterschiede auftreten (vgl. Decker/Brähler 2018, S. 83). Während im Westen 22 % der Befragten ausländerfeindlich eingestellt sind, sind es im Osten 31 %. Auch Antisemitismus sei weit verbreitet. Jüngere Befragte, Frauen und Personen mit Abitur tendieren etwas weniger zu rechtsextremen Positionen als deren Vergleichsgruppen. Ähnliche Befunde liefert auch die Studie von Zick et al. (vgl. Zick/Küpper/Krause 2016), die hinsichtlich rechtsextremer Einstellungen im Westen auf eine Stabilisierung und im Osten auf einen Anstieg verweist (S. 139). Rechtsextreme und rechtspopulistische Einstellungen seien zudem eng miteinander verbunden. Rund 20 % hätten rechtspopulistische Einstellungen, etwa ein Drittel aggressive Haltungen gegenüber Zuwanderern und noch mehr meinten, ihre wahre Meinung nicht sagen zu dürfen (S. 141).

*Resümierend* ist festzuhalten, dass zahlreiche Indikatoren, z. B. Gewaltstraftaten, verschiedene Einstellungen (Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus usw.) auf ein beachtliches, zum Teil seit 2014 kontinuierlich angewachsenes Ausmaß von Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit hinweisen. Dies gilt sowohl für das Land Brandenburg als auch für Deutschland, insbesondere Ostdeutschland, und auch für andere Länder in Europa und darüber hinaus.

*Inwieweit schlagen sich nun die Herausforderungen im Handlungsfeld seit 2014 in den Landtagsberichten zum Handlungskonzept „Toleranten Brandenburg“ nieder?*

Regelmäßig werden auf Beschluss des Brandenburger Landtags vom 12.06.2015 „Toleranz und Weltoffenheit erhalten - Rechtsextremismus bekämpfen“ Berichte zur Umsetzung des Handlungskonzeptes vorgelegt. Im Folgenden wird – auf Grundlage der Landtagsberichte – eine Übersicht über die Arbeitsschwerpunkte des TBB im Zeitraum ab 2014 gege-

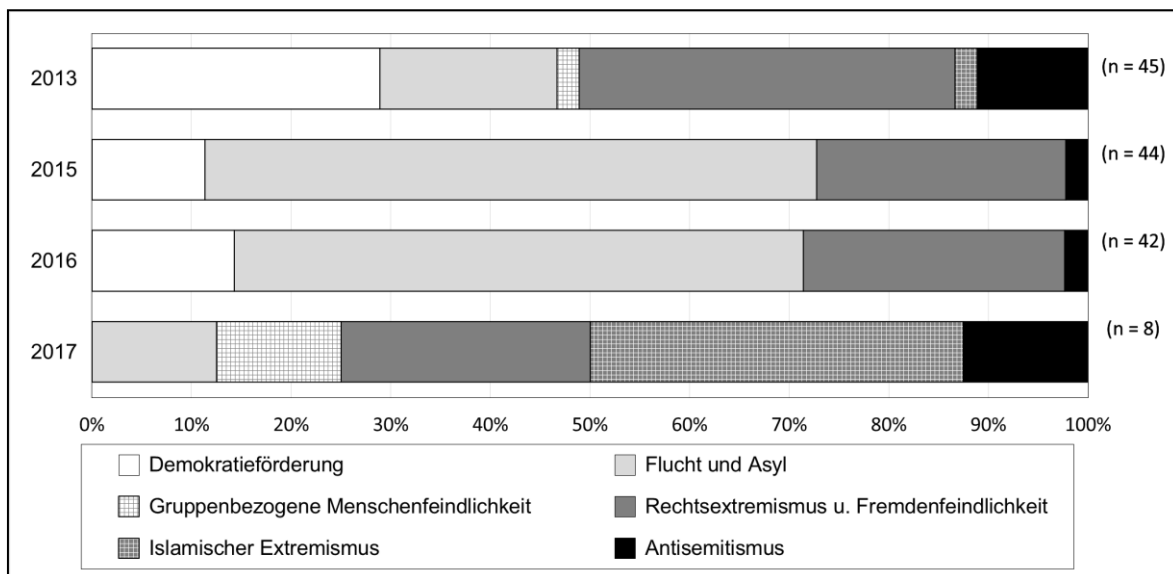
<sup>23</sup> Vgl. zum Terminus Muslimenfeindlichkeit vgl. Pfahl-Traugber 2012.

ben<sup>24</sup>. Dabei ist zu bedenken, dass die Landtagsberichte seit 2015 nicht über die gesamten Aktivitäten der unter dem Dach des Handlungskonzepts versammelten Akteure berichten, sondern nur über ausgewählte Schwerpunkte. Insofern ist die Aussagekraft der Berichte über die Breite und Resonanz der Aktivitäten eher begrenzt. Die Berichte können eine systematische, an Kriterien geleitete Erfassung der Arbeit und der Resonanz nicht ersetzen.

Die Auswertung der Berichte erfolgte zunächst anhand der im Handlungskonzept ausgewiesenen drei Handlungsebenen: *Politik der klaren Signale*, *Sozialer Zusammenhalt stärken* und *Repressionen wirksam organisieren*. Hierbei zeigt sich, dass die Anteile der berichteten Aktivitäten in den drei Bereichen weitgehend konstant geblieben sind. Rund die Hälfte der berichteten Aktivitäten waren Maßnahmen im Bereich „Sozialen Zusammenhalt stärken“, etwa 40 % betrafen Maßnahmen im Bereich „Politik der klaren Signale“ und ca. 5 % den Bereich „Repression wirksam organisieren“. Das Jahr 2015 bildet eine Ausnahme: In 2015 gab es die meisten berichteten Aktivitäten im Bereich „Politik der klaren Signale“.

Durch eine vertiefende Analyse konnten in den Landtagsberichten sechs Arbeitsschwerpunkte mittels Kategorienbildung identifiziert werden und zwar: 1) *Demokratieförderung*, 2) *Flucht und Asyl*, 3) *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)*, 4) *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*, 5) *Islamistischer Extremismus* und 6) *Antisemitismus*.

Abbildung 4 zeigt die Analyseergebnisse hinsichtlich der in den Landtagsberichten dargestellten Aktivitäten und Maßnahmen im Zeitverlauf (vgl. Abb. 4).



**Abb. 4:** Berichtsschwerpunkte im zeitlichen Verlauf (in Klammern Anzahl der Nennungen im Bericht, vgl. Landtagsberichte, eigene Darstellung)

Im Zeitverlauf ist seit 2013 eine Verlagerung der Aktivitäts- und Berichtsschwerpunkte zu erkennen (vgl. Abb. 4): Der mit 38 % der Nennungen am häufigsten beschriebene Themenbereich war 2013 *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*. Es folgten *Demokratieförderung* (29 %), *Flucht und Asyl* (18 %) u. a. Für 2015 und 2016 zeigen sich vermehrte Aktivitäten zu *Flucht und Asyl* (61 % und 57 %), die selbst das Thema „Rechtsextremismus“ übertrafen. *Demokratieförderung* hat an Stellenwert in den Landtagsberichten verloren, während der *Islamistische Extremismus* zuletzt deutlich an Bedeutung gewonnen hat.<sup>25</sup>

<sup>24</sup> Die Auswertung dieser Berichte erfolgte mit Hilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse. Auswertungsgrundlage sind die in den Landtagsberichten enthaltenen Informationen. Die Klassifizierung der Aktivitäten in die Handlungsebenen erfolgte auf Basis der im Handlungskonzept des Landes Brandenburg angegebenen Schwerpunkte.

<sup>25</sup> Aufgrund der geringen Fallzahl (n=8) ist die Aussagekraft der Übersicht für das Jahr 2017 stark eingeschränkt.

Es ist davon auszugehen, dass die in den Berichten beobachtbare Verlagerung der Schwerpunkte durchaus ein Abbild der veränderten Praxis des TBB darstellt. Umgekehrt spiegeln sich die gesellschaftlichen Veränderungen im Land auch in den Landtagsberichten wider. Flucht und Asyl sind wichtiger geworden, ebenso der islamistische Extremismus. Demokratieförderung und GMF spielen dagegen offenbar noch eine geringere Rolle. In diesem Zusammenhang wäre zu überlegen, wie die Berichtslegung künftig weiter qualifiziert werden kann.

### 3. Zentrale Ergebnisse der Expertise

Die Ausführungen in diesem 3. Abschnitt beinhalten ausschließlich die *Aussagen der von uns befragten Personen*. Die Interviews wurden transkribiert, paraphrasiert und inhaltsanalytisch ausgewertet. In der zusammenfassenden Wiedergabe von Interviewäußerungen dokumentieren sich die Sichtweise, die Bewertungen und der jeweilige Kenntnisstand der Interviewten. Den Interviewteilnehmern wurde individuelle Anonymität zugesichert. Gleichwohl ist es mitunter sinnvoll, die organisationale Zugehörigkeit der Gesprächspartner mitzuteilen.<sup>26</sup>

#### 3.1 Veränderungen im Aufgabenfeld des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ seit 2014

Aus den leitfadengestützten Interviews wurde zunächst herausgearbeitet, wie sich aus Sicht der befragten Personen seit 2014 die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ verändert haben. Die maßgeblichen Veränderungen werden im Abschnitt 3.1.1 dargestellt. Die Aussagen der im Beratungsnetzwerk agierenden Akteure unterscheiden sich hier kaum von den Angaben der externen Befragten.

Wie auf diese Situationsänderungen von Seiten der Verantwortlichen reagiert wurde und welche Anpassungsmaßnahmen vorgenommen worden sind, wird im Abschnitt 3.1.2 ausgeführt. Hierbei urteilen die internen Experten bedeutend konkreter als die externen Interviewpartner. Angesichts des unterschiedlichen Handlungskontextes und der unterschiedlichen Nähe zum Handlungsfeld ist dies aber auch nicht überraschend.

##### 3.1.1 Veränderungen im Handlungsfeld aus der Perspektive der befragten Akteure und Experten

###### *Zuwanderung von Geflüchteten*

Ein von nahezu allen Befragten aufgeführtes Ereignis, welches die Arbeit innerhalb des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“ (aber auch in Land, Kommunen und Zivilgesellschaft) maßgeblich beeinflusst und intensiviert hat, war die seit 2014 zu beobachtende Zuwanderung von Geflüchteten. Die Verteilung der Geflüchteten auf die Städte und Gemeinden innerhalb des Landes Brandenburg stellte die kommunale Politik und Verwaltung vor hohe Herausforderungen, denen diese nicht immer hinreichend rasch gerecht wurden (z. B. im Hinblick auf die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften und die Versorgung der Geflüchteten). So gründeten sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Willkommensinitiativen, die nach Einschätzung der befragten Experten die kommunalen und staatlichen Institutionen substanziell unterstützten und in der Flüchtlingshilfe tätig wurden (z. B. in Bezug auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Geflüchteten). Gleichzeitig formierte sich aber auch ein besorgter bis gewalttätiger Widerstand gegen die Unterbringung von Geflüchteten. An diesem Ereignis brachen sich alle weiteren Entwicklungen. Eine Befragte fasst zusammen: *„Die Flüchtlingskrise wurde zu einem Katalysatorthema, damals wurde eine Schleuse geöffnet, da wurde etwas angestoßen.“*

---

<sup>26</sup> Zitate aus den Interviews sind durch Anführungszeichen und kursive Schreibweise kenntlich gemacht.

### *Integration als neue Querschnittsaufgabe für Politik, Verwaltung und Gesellschaft*

Die Zuwanderung von Geflüchteten hat nach Auskunft einiger Interviewpartner verdeutlicht, dass Integration als Querschnittsaufgabe für Politik, Verwaltung und Gesellschaft erheblich an Bedeutung gewonnen hat. Die wachsenden Integrationsbedarfe seit 2014 in sehr unterschiedlichen staatlichen Bereichen (Wohnungsmarkt, Bildungssystem, Arbeitsmarkt, Gesundheitsversorgung etc.) hätten die Notwendigkeit verdeutlicht, dass dem Thema gesellschaftliche Integration ein deutlich höherer Stellenwert eingeräumt werden müsse. Während zu Beginn der Zuwanderung vor allem Fragen der Unterbringung im Vordergrund standen, haben sich dann die Arbeitsschwerpunkte in Richtung einer Integrationsunterstützung in den Bereichen Bildung, Wirtschaft oder Gesellschaft abgezeichnet. Die Notwendigkeit der Entwicklung und Umsetzung von lokalen Integrationskonzepten sei auch in den Landkreisen und Kommunen gesehen worden, so der Vertreter eines Mobilen Beratungsteams, denn *„je besser die Integration, desto weniger Konflikte, die aufgegriffen und instrumentalisiert werden können“*.

### *Zunahme von Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und rechter Gewalt*

Während sich auf der einen Seite die Entstehung von Willkommensinitiativen beobachten ließ, zeichnete sich im Kontext der Flüchtlingszuwanderung auf der anderen Seite eine Zunahme von Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und entsprechender Gewalt ab. Befragte berichten von einer deutlich gereizteren und aggressiveren Stimmung in den Kommunen. Diese richtet sich einerseits gegen Flüchtlingshelfer und andererseits explizit gegen die Geflüchteten oder grundsätzlich gegen Personen mit Migrationshintergrund. Sicherheitsbehörden und Akteure des Beratungsnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ beobachten in den Jahren 2015 bis 2017 eine überproportionale Steigerung von Gewalttaten im Bereich „Fremdenfeindlichkeit“ (Straftaten gegen Asylunterkünfte und gegen Asylbewerber) und eine Verdopplung rechtsextremistisch motivierter Übergriffe zwischen 2014 und 2016. Von solchen Angriffen seien auch Politiker oder Journalisten betroffen; Brandanschläge auf Busse, Parteibüros oder Flüchtlingsunterkünfte sind seit 2015 im Land Brandenburg vermehrt zu verzeichnen. Eine verfestigte rechtsextreme Szene lässt sich nach Auskunft der Gesprächspartner vor allem im Süden Brandenburgs ausmachen. Diese sei vor allem mit dem Sicherheitsgewerbe sowie der Hooligan-, Türsteher und Rockerszene verknüpft. Mittlerweile treten auch Fälle auf, *„in denen Geflüchtete gewalttätig werden, weil sie sich aus dem Gefühl der Bedrohung und Ausgegrenztheit heraus gegen Angriffe und Vorwürfe wehren.“*

### *Etablierung anti-islamischer Diskurse*

Besonders hervorgehoben wird von den Befragten die zunehmende Etablierung anti-islamischer Diskurse. Eine anti-islamische Polemik und entsprechende Ressentiments werden verstärkt wahrgenommen. Beispielsweise würden in Brandenburg häufig *„Tschetschenen als Störenfriede“* unter Generalverdacht gestellt. Die anti-islamischen Vorbehalte versteigen sich bis hin zu einem antimuslimischen Rassismus. Die rechtsextreme Szene befeuert diese Islamophobie, indem sie eine verzerrte, pauschale und extrem einseitige Wahrnehmung des Islams fördert.

### *Islamistischer Extremismus als Bedrohung*

Gleichzeitig nehmen die Brandenburgischen Sicherheitsbehörden seit 2016 aber auch einen islamistischen Extremismus als neue Bedrohung wahr. Sie beobachten *„eine niedrige zweistellige Anzahl von Personen des islamistischen/salafistischen Spektrums als Gefährder und eine hohe einstellige Anzahl, die als relevante Personen eingestuft werden. ... Dabei ist nicht die Anzahl der islamistischen Extremisten das Problem, sondern die Gefährlichkeit Einzelner“*. Die Gefahren einer Radikalisierung müssen einkalkuliert werden. Verwiesen wird von den Sicherheitsakteuren vor allem auf hohe Dunkelziffern und die Herausforderungen durch Personen tschetschenischer Herkunft.

### *Zunehmender Rechtspopulismus*

Die Sensibilisierungen und Vorbehalte im Zusammenhang mit der Flüchtlingszuwanderung haben nach Ansicht der Interviewpartner zunächst zu einem gestiegenen Demonstrationsgeschehen und der Entstehung von Bürgerbündnissen und -bewegungen (z. B. POGIDA oder der Verein „Zukunft Heimat“ in Cottbus) geführt. Mit diesen Bewegungen, die



durch rechtsextreme Einflüsse zusätzlich dynamisiert worden sind, hat sich ein wachsender Rechtspopulismus etabliert. Eine „*Infektion zunehmender Bevölkerungskreise mit populistischem Gedankengut*“ ist nach Auffassung eines Gesprächspartners die Folge, es sei eine Anschlussfähigkeit an die Probleme der Bevölkerung geschaffen worden, wodurch Rassismus nicht mehr nur ein Phänomen von Randgruppen sei, sondern nun breiter sichtbar werde.

Dies äußert sich nicht zuletzt auch in einem Erstarren rechtspopulistischer Positionen im Parteienspektrum und einem geänderten Wahlverhalten zugunsten dieser Parteien. Es operieren neue Akteure im parlamentarischen Raum, denen Kontakte zu rechtsextremen Kreisen nachgesagt werden und deren Oppositionsarbeit nach Angaben von Landtagsabgeordneten gekennzeichnet ist durch eine „*vergiftete politische Debatte, verschärfte Tonlage, aggressive Sprache, bis hin zu Gewalt*“.

Die Kennzeichen und Folgen dieser rechtspopulistischen Diskurse sind vielfältig: Als grundlegend gilt aus Sicht der befragten Experten eine oft bis zur Verfälschung reichende Vereinfachung von gesellschaftlicher Komplexität (in Form von Fake News und Vorurteilen) sowie ein polarisierendes Freund-Feind oder Wir-die Anderen-Schema. Eine Wertever-schiebung wird festgestellt, die durch soziale Entsolidarisierung und einen allgemeinen Empathieverlust gekennzeichnet ist. Damit einher geht eine Parteien- und Politikverdrossenheit der Bevölkerung, die sich in einem Bedeutungs- und Vertrauensverlust gegenüber den etablierten Parteien und schließlich auch einer Abwertung von Politik und Politikern äußert. Die neuen Medien und die digital-sozialen Netzwerke spielen bei der Verbreitung dieser Sichtweisen und Haltungen eine bedeutsame Rolle.

Die seit 2015 feststellbare Veränderung der öffentlichen Diskurse äußert sich in einer kommunikativen Offensive rechtspopulistisch und rechtsextremistisch argumentierender Bewegungen und Parteien. Integrationskritische, fremdenfeindliche, antisemitische und schließlich auch rechtsextremistische Positionen werden zunehmend öffentlich geäußert. Im Zuge der Flüchtlingsthematik brechen sich rechtsextremistische Äußerungen Bahn. Ein Vertreter eines Mobilen Beratungsteams fasst zusammen: „*Die Wut bekommt ein Gesicht, ein Ziel: Den Flüchtling!*“ Die entstandenen sozialen Problemlagen werden ethnisiert. Die verbale Radikalität, so die Befragten, habe zugenommen und sei nun offen rassistisch, völkisch, autoritär und nationalistisch. Beklagt werden eine Normalisierung des „Unsagbaren“ sowie häufig unwidersprochen oder sanktionsfrei bleibende Tabubrüche (z. B. Holocaust-Leugnungen, Verharmlosungen des Nationalsozialismus, Beleidigungen in Parlamenten). In der Offenlegung dieser Argumentationen sehen einzelne Akteure aber auch eine Chance: „*Es ist gut, dass der Rechtspopulismus rausgekommen ist; besser, es ist draußen als das unter der Decke zu halten.*“

#### *Verhaltene Reaktionen gegenüber rechtspopulistischen Positionen*

Viele der befragten Personen beklagen die - im Vergleich zum Zeitraum vor 2014 - vorsichtigen und zurückhaltenden Reaktionen gegenüber rechtspopulistischen Positionen. Dazu der Vertreter einer lokalen zivilgesellschaftlichen Organisation: „*Bei der AfD zucken die Bürgermeister immer zusammen, sie positionieren sich nicht so klar wie früher gegen die NPD.*“ Es gebe angesichts der rechtspopulistischen Positionen zu wenig Gegenöffentlichkeit auf Seiten der Politik, der Kommunalverwaltung und der Bürger; attestiert wird ein zu geringes öffentliches Engagement beim „*Kampf um Werte*“ und die Demokratie. Insbesondere würden sich die „*Parteien zu lasch und unscharf gegen Rechtspopulismus*“ äußern. Auf der kommunalen wie auf der Landesebene wird eine tiefe Verunsicherung, Hilflosigkeit und Ohnmacht angesichts des massiv auftretenden Rechtspopulismus gesehen.

Vor allem diese öffentlich gewordenen Formen des Rechtspopulismus und ihrer Vertreter stellen für die Akteure des Handlungskonzeptes „Toleranten Brandenburg“ eine neue Herausforderung dar. Sie werden häufiger Ziele von Drohungen (z. B. juristisches Vorgehen gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich gegen rechtsextreme Aktivitäten zur Wehr setzen) und Anfeindungen (z. B. Drängen auf die Einhaltung des Neutralitätsgebotes für Lehrer bei der Behandlung rechtspopulistischer Parteien und Argumentationen im Unterricht). Eine besondere Schwierigkeit sehen die befragten Personen insbesondere darin, dass Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus fließend geworden seien. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus war vor 2014 klarer gewesen, dass Handlungs-

feld ist durch Rechtspopulismus schwerer greifbar geworden, da es zahlreiche Grauzonen und Schnittstellen zwischen Populismus und Extremismus gebe. Gerade diese Grauzone machen sich die neuen rechten Netzwerke zunutze und auch der Rechtsextremismus habe sich entsprechend professionalisiert, so die befragten Akteure.

#### *Gestiegene Anforderungen an Demokratie und Demokratieförderung*

Vor diesem Hintergrund sind nach Auffassung von fast allen Befragten die Anforderungen an Demokratie und Demokratieförderung gestiegen. Seit 2014 seien die etablierte Politik und letztlich auch die Demokratie zusehends in die Kritik geraten und würden hinterfragt. Dadurch hat das Handlungsfeld „Toleranz- und Demokratieförderung“ deutlich an Bedeutung gewonnen. Themenfelder wie Demokratiebildung und Politische Bildung stünden nun deutlich stärker im Fokus. Der Vertreter eines Mobilen Beratungsteams forderte dazu auf, „den demokratischen Muskel zu trainieren“.

### **3.1.2 Anpassungsprozesse aus der Sicht der befragten Experten**

Die Akteure des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ mussten auf diese massiven Veränderungen der an sie gestellten Anforderungen reagieren. Teilweise stellten sich ihnen völlig neue Aufgaben und Herausforderungen, teilweise mussten Anpassungen bestehender Handlungsprozesse vorgenommen werden.

#### *Aufgabenzuwächse und -verlagerungen innerhalb des Beratungsnetzwerkes*

Vor allem die befragten Akteure des Beratungsnetzwerkes „Tolerantes Brandenburg“ wiesen auf Aufgabenzuwächse und Aufgabenverlagerungen innerhalb des Beratungsnetzwerkes hin. Beispielsweise sind für die Mobilen Beratungsteams (MBT), die Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) und auch den Verein Opferperspektive die Beratungsanforderungen umfangreicher, komplexer und anspruchsvoller geworden. Nach 2014 haben sich z. B. für die MBT und RAA spezifische Aufgabenzuwächse ergeben, und zwar durch die Mit-Organisation von Maßnahmen bei der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten, die Moderation und Beratung von Kommunen bei Bürgerversammlungen zur Flüchtlingsunterkünften, Unterstützungsleistungen bei der Organisation der Umsetzung der Schulpflicht sowie bei der Form der Beschulung. Sehr viel häufiger als vor 2015 sind die MBT und die RAA unter anderem mit Gemeinwesenarbeit beschäftigt, werden zur (Konflikt-)Moderation/Mediation eingesetzt oder begleiten Partizipationsprozesse. Häufiger steht dabei nun eine Vermeidung der Ethnisierung und Kulturalisierung von Konflikten im Mittelpunkt. Der Einsatz des Beratungsnetzwerkes beinhaltet vermehrt auch Integrationsarbeit, Gewaltprävention oder die Sicherung einer demokratischen Schulkultur. Das Engagement in der Fläche musste erheblich verstärkt werden. Sichtbar geworden ist auch ein erhöhter Bedarf an Aufklärung und Jugendarbeit in ländlichen Regionen sowie erhöhte Beratungsbedarfe bei der Elternarbeit in Kitas und Schulen.

#### *Überlastungen und Ressourcenbedarfe werden deutlich*

Seit 2014 sind demzufolge bei den Institutionen des Beratungsnetzwerkes und auch der Koordinierungsstelle Überlastungen und Unterausstattungen deutlich geworden, auf die in den Jahren 2015/16 teilweise rasch reagiert wurde. Bei der Koordinierungsstelle gab es Aufgabenzuwächse und bedeutend höhere Anforderungen, die allerdings nur in geringem Maße durch entsprechende Ressourcenaufstockungen flankiert wurden. Bei den Mobilen Beratungsteams wurden Personalverstärkungen in der Fläche vorgenommen und auch der Verein Opferperspektive erhielt eine temporäre personelle Mehrausstattung. Angesichts der gravierenden Veränderungen der gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen werden die personellen Zuwächse von den meisten befragten Experten als zu gering bewertet.

#### *Stark gewachsene Anerkennung für die Akteure des Beratungsnetzwerkes vor Ort*

Als einen positiven Effekt dieser gestiegenen Arbeitsanforderungen erwähnten mehrere Befragte, dass die Anerkennung für die Akteure des Beratungsnetzwerkes gestiegen und deren Arbeit stabilisiert worden sei. Die MBT sind mittlerweile durch die Moderationen und Konfliktmediationen seit 2015 in den Kommunen sehr gut bekannt und entsprechend ver-

netzt. Sie werden von Verwaltung und Zivilgesellschaft als Problemlöser wertgeschätzt und proaktiv angesprochen: *„Die haben uns jetzt gut auf dem Schirm. ... Gut aufgestellte Kommunen brauchen uns da nicht. Aber je weiter man aber aus dem Speckgürtel rauskommt, desto mehr braucht es Unterstützung durch professionelle Moderatoren“* – so ein MBT-Vertreter.

### *Umgang mit den Unschärfen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus*

Eine neue Qualität bei der Arbeit im Handlungsfeld stellen nach Auffassung der Befragten des internen Beratungsnetzwerks die erheblichen Unschärfen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus dar. Es konnten im Beratungsnetzwerk sehr unterschiedliche Auffassungen darüber festgestellt werden, worin Rechtspopulismus besteht und wie mit ihm umzugehen sei. Nach Auffassung eines Vertreters der Mobilen Beratungsteams steht man als MBT in den Kommunen und Landkreisen vor einer Gratwanderung: *„Einerseits müssen wir mit den Leuten ins Gespräch kommen. Und andererseits aber auch klären, wo die Grenzen überschritten werden.“* Eine Rollenklärung innerhalb des Beratungsnetzwerks sei notwendig, die unterschiedlichen Sichtweisen und Perspektiven auf den Rechtspopulismus müssten von den Partnerinstitutionen im Beratungsnetzwerk verhandelt und der Umgang mit ihm ausgehandelt werden. Dieser Aushandlungsprozess habe z. B. zwischen MBT, Opferperspektive und Aktionsbündnis bereits begonnen.

### *Verstärktes Einstehen für die Demokratie zeigen*

Die „neue Unschärfe“, die sich dadurch ergibt, dass der Rechtspopulismus in den Vordergrund tritt und sich der Rechtsextremismus mit ihm vermengt, forderte von den Akteuren des Beratungsnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ auch einige Akzentsetzungen. So wird seit 2016 statt einer Bekämpfung des Rechtsextremismus sehr viel stärker die Position vertreten, die Demokratie als Gegenmodell zum Rechtspopulismus stark zu machen. Es geht darum, so ein Akteur für Gemeinwesenberatung: *„Wofür stehen wir eigentlich als Demokraten? Und es geht eher darum, die Abwehrkräfte zu stärken und weniger den Rechtsextremismus oder Nationalsozialismus auszugrenzen.“* Demzufolge ist auch die Entscheidung für die befragten Akteure gut nachvollziehbar, dass die Koordinierungsstelle des TBB im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ das Demokratiezentrum des Landes geworden ist. Vor diesem Hintergrund hat sich nach Auffassung mehrere Interviewpartner auch der Umstand bewährt, dass die Koordinierungsstelle seit 2016 bei der Staatskanzlei angesiedelt sei. Dadurch sei die politische Bedeutung des Handlungsfeldes hervorgehoben und sehr stark aufgewertet worden. Gleichwohl – und auch das ist eine neue Erkenntnis, die von vielen Befragten geäußert wurde – sollten die Einflussmöglichkeiten des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ angesichts der massiven und strukturellen Veränderungsprozesse in Politik und Gesellschaft nicht überschätzt werden. *„Ich sehe uns natürlich als Tolerantes Brandenburg nicht in der Lage, die grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse, die gerade sehr dynamisiert sind in unserer Gesellschaft, da sehe ich nicht, dass wir das als Tolerantes Brandenburg beheben können oder aufhalten können.“*

### *Integrationsanforderungen substantiell angehen*

Angesichts der steigenden Integrationsbedarfe und als Antwort auf die Verunsicherung und Fremdenangst in der Bevölkerung wurde im November 2015 das Bündnis für Brandenburg „zur Integration von Flüchtlingen“<sup>27</sup> ins Leben gerufen. Das Bündnis für Brandenburg (BfB) wurde der gleichen Stabsstelle zugeordnet, bei der auch die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ angesiedelt ist.

Angepasst wurde das Themenfeld noch in zwei anderen Hinsichten: Als Reaktion auf die gestiegene Muslimfeindlichkeit, einen wachsenden Antisemitismus und schließlich auch die wachsende Unsicherheit angesichts religiös-islamistisch motivierter Kriminalität sind eine Fachstelle Islam und eine Fachstelle Antisemitismus eingerichtet worden. Die Fachstelle Islam wurde der RAA-Geschäftsstelle zugeordnet, die Fachstelle Antisemitismus wurde am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (MMZ) eingerichtet.

<sup>27</sup> Website „Bündnis für Brandenburg“ <https://www.buendnis-fuer-brandenburg.de/> [letzter Aufruf 08.03.2019].

### 3.2 Bewährte Aktivitäten und Routinen im Handlungsfeld „Tolerantes Brandenburg“ aus Sicht der Befragten

Bereits in der Expertise 2014 wurde deutlich herausgestellt, dass das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ von den befragten Personen durchgängig positiv gewertet wurde. Insgesamt sahen die Experten nur geringe Nachsteuerungsbedarfe. Zahlreiche dieser Positiv Aspekte kamen auch bei der jetzigen Recherche wieder zur Sprache und wurden erneut bestätigt. Aufgrund der stark veränderten gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen standen bei den Gesprächen aber deutlich seltener die positiven Aspekte und Leistungen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ im Vordergrund. Dennoch fällt die Beurteilung überwiegend positiv aus und dabei bringen die Befragten sehr ähnliche Argumentationen zum Ausdruck, wie bereits 2014. Im Hinblick auf einzelne Handlungsfelder sind die Positivbewertungen aber auch eindringlicher geworden, z. B. hinsichtlich der Potenziale des Regionalbezugs des Ansatzes und der Ressourcen- und Lösungsorientierung der Herangehensweise.

#### *Bekennnis des Landes und der Landesregierung zum Handlungskonzept als Stärke*

Bei den befragten Interviewpartnern herrscht die einhellige Auffassung vor, dass die Bekämpfung von Rechtsextremismus fortgesetzt werden muss; da etliche Befragte de facto ein weitgefasstes Konzept von Rechtsextremismus verwenden, schließen sie hier die kritische Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus mit ein. Auch Demokratieförderung und Wertebildung werden als wichtige Zielsetzungen genannt. Von allen Befragten wird dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ eine zentrale Stellung zugeschrieben. Dieses Bekenntnis des Landes Brandenburg und seiner Landesregierung zum Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ sehen die Befragten als wichtigen und erhaltenswerten Grundpfeiler für die Zukunft. Damit werde ein klarer politischer Wille kundgetan; das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist ein Bestandteil der politischen Kultur des Landes und damit ein „reicher Schatz“. Das Handlungskonzept werde von der Landesregierung und den etablierten Parteien als gemeinsame politische Aufgabe aufgefasst. Die Politik positioniert sich klar gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Es besteht hohe Einigkeit, dass das Land Brandenburg mit dem Handlungskonzept bundesweit gut aufgestellt ist. Das „Tolerantes Brandenburg“ sei ein weithin etabliertes Signet geworden, das dem Demokratie- und Toleranzgedanken verpflichtet ist und für die kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus stehe. Man habe eine wichtige Infrastruktur zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung geschaffen, die unbedingt erhalten bleiben und ausgebaut werden solle.

Das gelebte Handlungskonzept der Landesregierung habe sich, so mehrere Vertreter von MBT und RAA, bewährt und solle unangetastet bleiben: *„Ich finde das Handlungskonzept gut. Ich würde nicht so gerne da ran wollen. Die Stärke des Handlungskonzepts ist, dass es auf der einen Seite konkret und klar ist und dass es auf der anderen Seite auch Spielräume lässt. ... Das Handlungskonzept kann beides: Ich kann klar bei Extremismus handeln, habe aber gleichzeitig auch die Möglichkeit, demokratiestärkende Maßnahmen zu ergreifen. Deshalb finde ich das Konzept eigentlich gut, weil es diesen Spielraum gibt. Wir waren damit gut in der Lage, auch auf neuere Entwicklungen zu reagieren.“* Modifikationen sollten – wenn überhaupt – partizipativ und basisdemokratisch vorgenommen werden.

#### *Koordinierungsstelle und Beratungsnetzwerk als wichtiges Rückgrat des Handlungskonzepts*

Gut funktionierende und zentrale strukturgebende Elemente des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ sind die Koordinierungsstelle und die Organisationen des Beratungsnetzwerkes. Die meisten Interviewpartner sind mit der Arbeit des Netzwerkes sehr zufrieden: *„Ohne das Tolerante Brandenburg hätten wir in Brandenburg eine andere Situation.“* oder *„Das ist ein deutlich klares Gelände zum Thema Rechtsextremismus – das gibt es in anderen Bundesländern nicht.“*

Vor allem von Seiten der internen Interviewpartner werden das sehr gute Ineinandergreifen der unterschiedlichen Akteure des Beratungsnetzwerkes und die kurzen Kommunikationswege auf Augenhöhe hervorgehoben. Aufgrund geringer Fluktuationen in der Leitungsebene ist die langjährige Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen auch eine langjährige Zusammenarbeit von konkreten Personen. Die weitgehend geklärten unterschiedlichen Aufgabenprofile der

einzelnen Organisationen, der Konsens über eine gemeinsame Aufgabe und das geteilte Bewusstsein über die Reichweite der eigenen Aktivitäten sowie die routinisierten Kommunikationsabläufe innerhalb des Beratungsnetzwerks werden als Voraussetzung für rasche und zielorientierte Absprachen gelobt. Neue Akteure, wie die Fachstelle Islam, würden gut eingebunden. *„Die Arbeitsfelder der einzelnen Partner sind gut aufeinander abgestimmt und die Kommunikationsprozesse klappen gut“*, bemerkt ein Vertreter eines MBT. Die Koordinierungsstelle biete den Beteiligten Institutionen eine gute Unterstützung. Ein Erhalt und Ausbau des Netzwerkes und seiner Strukturen wird von den Akteuren des Beratungsnetzwerkes explizit gefordert; die einzelnen Teile des TBB-Netzwerkes sollten weiterhin sehr gut ausgestattet werden.

Auch die externen Experten stimmten in ihrer positiven Gesamtbewertung der Existenz und des Images des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ und der Arbeit des Beratungsnetzwerkes überein. Der Name sei bekannt, das Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“ habe einen guten Ruf, es existierten bewährte Kommunikationskanäle und interorganisational wie interpersonal eingespielte Kooperationsbeziehungen.

#### *Dezentralität und lokale Verankerung als herausragende Stärke*

Als herausragende Stärke des Handlungskonzepts wird von internen wie externen Gesprächspartnern die Dezentralität und lokale Verankerung des Beratungsnetzwerkes angesehen. Die Regionalität des Konzeptes wird als sehr gut und notwendig erachtet, weil dadurch die Arbeit in die Fläche getragen würde. Die lokale Verankerung und die lokalen Teams seien ein bedeutsamer Brandenburger Vorteil. Die MBT und die RAA werden dabei besonders positiv hervorgehoben. Durch die Kultur des *„Vor-Ort-Arbeitens“* hätten sich stabile und langjährige Kontakte zu Kommunalpolitikern, Kommunalverwaltungen, Polizei, Sozialarbeit und Zivilgesellschaft ergeben. *„Es gibt eine gewachsene Vertrauensbasis mit den Akteuren vor Ort und einen gesammelten Erfahrungsschatz“*, so eine Kommunalvertreterin. Für eine langjährig gewachsene Partnerschaft sei die personelle Kontinuität von großer Bedeutung gewesen. Das Konzept von regional operierenden, thematisch spezialisierten Teams wird insgesamt als ein erfolgreiches Instrument für ein lokales Monitoring, eine gute Grundlage für die niedrigschwellige Ansprechbarkeit und geeignete Basis für die Bereitstellung von Fach- und Expertenwissen geschätzt. Das regionalisierte Konzept habe sich vor allem in den letzten Jahren aufgrund seiner Lokalität und Flexibilität bewährt. Man sei lokal handlungsfähig, die Akteure des Netzwerkes „Tolerantes Brandenburg“ sind vor Ort bekannt und werden geschätzt.

#### *Partizipativ-ressourcenorientierter Ansatz als Qualitäts- und Alleinstellungsmerkmal*

Ein weiteres Qualitäts- und Alleinstellungsmerkmal sehen die befragten Experten in dem partizipativ-ressourcenorientierten Beratungsansatz der Netzwerkakteure. Die lokalen Teams können sich sehr flexibel auf die jeweiligen regionalen Lagen einstellen: *„Wir machen eigentlich immer maßgeschneiderte Geschichten, d. h. wir müssen das, was da ist, angucken und dann mit den Leuten gemeinsam schauen, was sie machen können.“* Dieser integrative Ansatz sollte aus Sicht der befragten Gesprächspartner unbedingt erhalten bleiben. Es werden gemeinsam mit den kommunalen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort Lösungen erarbeitet und nicht – wie z. T. in anderen Bundesländern – konfektionierte Routinen abgospult. Aufgrund dieser flexiblen Strukturen konnte sich das Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“ sehr gut auf die seit 2014 veränderten Rahmenbedingungen einstellen. So sind beim Aktionsbündnis die rechtspopulistischen Akteure klar als Gegner markiert. Die Mobilien Beratungsteams müssen demgegenüber aber den Dialog fördern und Leute miteinander ins Gespräch bringen.

### **3.3 Handlungsbedarfe aus Sicht der Befragten**

Die von den Befragten geäußerten Handlungsbedarfe beziehen sich zum einen auf die künftigen Inhalte, Themen und Aufgaben, die die Akteure des Beratungsnetzwerkes zu bearbeiten haben und zum anderen auf die Organisation und Struktur der unter dem Dach des TBB zusammengefassten Behörden und Organisationen. Die Mitglieder des Beratungsnetzwerkes sprechen sich insgesamt weniger für Veränderungen aus als die befragten Externen.

## *Rechtspopulismus*

Der Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte in den letzten Jahren wird vielfach als ein großes Problem gesehen. Den Interviewäußerungen ist zu entnehmen, dass häufig begrifflich nicht konsequent zwischen „Rechtsextremismus“ und „Rechtspopulismus“ unterschieden wird. Daraus folgt, dass für den Teil der Befragten, die Rechtspopulismus für eine Art von „*Rechtsextremismus-light*“ halten, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auch die Befassung mit Rechtspopulismus einschließt. Diejenigen, die an dieser Stelle sprachlich und sachlich differenzieren, sprechen sich teils für und teils gegen eine ausdrückliche Einbeziehung des Themas Rechtspopulismus aus. Zustimmend wird aus Sicht der gemeinwesenorientierten Beratung ein Bürgermeister zitiert, der angesichts einer Demonstration mit 700-800 Bürgern (darunter 50-70 bekannte Rechtsextreme) meinte: *„Ich kann doch nicht sagen, ‚Keinen Fußbreit den Rechtsextremisten‘, wenn das meine Bürger sind!“*

Die Tatsache von divergierenden Perspektiven verweise auf einen erhöhten internen Diskussions- und Klärungsbedarf innerhalb des Beratungsnetzwerks. Die im Beratungsnetzwerk kooperierenden Organisationen hätten dabei unterschiedliche Aufgaben und Rollen. Missstände würden öffentlich in höherem Maße von der „Opferperspektive e.V.“ und dem Aktionsbündnis als von MBT und RAA problematisiert. Berichtet wird, dass die teils unterschiedlichen Arbeitsansätze und Methoden der verschiedenen Organisationen im Beratungsnetzwerk zum Gegenstand eines wiederkehrenden fachlichen Austauschs gemacht wurden (z. B. in Workshops) und dies auch in Zukunft fortgeführt werden soll.

## *Antidiskriminierung und Gruppenfeindschaften*

Einige Mitglieder des Beratungsnetzwerks machen darauf aufmerksam, dass mit der verstärkten Zuwanderung von Flüchtlingen sowohl die Fallzahlen rechter Gewalttaten angestiegen sind als auch das Ausmaß an Diskriminierungen gegenüber Personen, die als Migranten wahrgenommen werden (vgl. Abschnitt 2.2). Dies ist eine Begründung für den Vorschlag, das Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“ solle sein Aufgabenfeld künftig auch um Antidiskriminierungsarbeit erweitern. Dieser Vorschlag liegt auf der Linie mit anderen Voten, die sich für eine Erweiterung des Aufgabenspektrums aussprechen: Die explizite Auseinandersetzung mit Muslimfeindlichkeit und – allgemeiner formuliert – mit Phänomenen von Gruppenfeindschaften gegen schwache Minderheiten sollten demgemäß ein explizit formulierter Bestandteil des TBB-Profiles werden.

## *Extremismus-Prävention*

Vertreter von Sicherheitsbehörden bzw. eines Sicherheitsdenkens sprechen sich für eine Neuorientierung der Ausrichtung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ aus. In ihren Augen solle das Handlungskonzept in Zukunft einen in sich differenzierten Ansatz mit drei Präventionsstufen verfolgen. Maßnahmen der Primärprävention richteten sich an die Bevölkerung insgesamt. Sekundäre Prävention stehe für Arbeitsansätze mit Einzelpersonen oder Gruppen, von denen nach aller Erfahrung in höherem Maße Risiken ausgehen; die Tertiärprävention schließlich fokussiere auf straffällig Gewordene und wolle deren Rückfälligkeit vermeiden. In Übereinstimmung mit den Kategorien der Verfassungsschutzbehörden solle das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ die drei heute aktuellen Phänomene des rechten, des linken und des religiös begründeten Extremismus als Aufgabe definieren. Diese Themen- und Aufgabenerweiterung solle auch eine fallbezogene Prävention einschließen, in der sich die jeweils zuständigen Organisationen zusammenschließen.

Eine solche Erweiterung wird seitens der Interviewpartner u. a. damit begründet, dass das TBB mit der Bearbeitung eines derart breiten Spektrums von Problemlagen den Kreis seiner Kooperationspartner in den Regionen vergrößern würde und zudem auch dem Eindruck entgegenwirken könne, politisch einseitig im Sinne der derzeitigen Regierungskoalition (SPD/Die Linke) zu agieren. Befragte aus dem Beratungsnetzwerk halten dem die Tatsache entgegen, dass einerseits das Ausmaß der politisch rechten (Gewalt-)Kriminalität deutlich über den beiden anderen Bereichen liege (vgl. Abschnitt 2.2) und andererseits die Auseinandersetzung mit Linksextremismus ganz andere Herangehensweisen erfordere als die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Schließlich wird auch auf die Entstehungsgeschichte und die politische Kultur in den Organisationen des Beratungsnetzwerks sowie auf die vorhandenen Kompetenzprofile der Mitar-

beiter verwiesen, die systematisch für eine fundierte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus stehe. Zudem werde dadurch das Aufgabenfeld der Koordinierungsstelle nochmals breiter und diffuser und verlöre so an Profil.

#### *Mögliche Veränderungen am Handlungskonzept*

Viele der internen Befragten tendieren dazu, keine ausdrückliche Neubestimmung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ und seiner Aufgaben vorzunehmen. Sie halten die derzeitigen Zielbestimmungen gerade in ihrer Allgemeinheit für ausreichend und schätzen die damit verbundenen Möglichkeiten, auf verschiedene Anfragen und Problemlagen flexibel reagieren zu können. Aus der handlungspraktischen Perspektive werden die Vorzüge von allgemein gehaltenen und fallweise konkretisierbaren Zielformulierungen betont. Es sei nicht wünschenswert, hier „Vereindeutigungen“ vorzunehmen und sich im Handlungskonzept etwa ausdrücklich gegen Rechtspopulismus zu positionieren.

Für das MBT wird - vor dem Hintergrund seiner Verankerung in „Demos - Institut für Gemeinwesenberatung“ - darüber hinaus argumentiert, seien letztlich alle Konflikte im Gemeinwesen zum Aufgabenfeld zu rechnen, sobald Ethnisierungen vorgenommen würden oder ethnische Kategorien zum Konfliktgegenstand würden. Allerdings sei letztlich nicht immer zweifelsfrei zu entscheiden, ob man es mit einem „normalen“ Nachbarschaftsstreit zu tun habe oder ein Konflikt ethnisiert oder rassistisch instrumentalisiert würde.

Das korrespondiert mit Forderungen nach neuen Wegen und Formaten, damit Bürger-Anliegen themenunabhängig besser als bisher artikuliert, ausgetauscht und weitergeleitet werden können. In diesem Sinne wird von internen und externen Experten ein „Klima des permanenten Dialogs“ gefordert.

#### *Regionalisierung stabilisieren*

Vor allem von Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Regionen wird – wie schon in der 2014er Expertise – gefordert, die in den Regionen existierenden Netzwerke von Engagierten in eine gleichberechtigte Kommunikation bei der Einschätzung von regionalen Problemlagen und der Entwicklung von Bearbeitungsstrategien einzubeziehen. Die Reihe der Zukunftsdialoge 2015/16 habe gezeigt, dass in den verschiedenen Landesteilen seit langem eigenständige Akteursnetzwerke mit einer hohen Kompetenz und Kontinuität existieren. Diese regionalen Akteursnetzwerke gilt es weiter zu stabilisieren und ggf. auszubauen.

#### *Fachstelle Islam und Fachstelle Antisemitismus*

Die befragten Experten sehen in der Einrichtung der beiden Fachstellen grundsätzlich einen Gewinn und halten diese gebündelten Kompetenzen auch für notwendig, z. B. bezüglich der Bearbeitung von Fragen interkultureller Kommunikation, im Hinblick auf Möglichkeiten einer Deradikalisierung von Islamisten und den Möglichkeiten für eine substanzielle Begleitforschung. Zudem existiere eine gute Zusammenarbeit zwischen der Fachstelle Islam und den Mobilen Beratungsteams (Synergien bei Prozessbegleitungen).

Unterschiedlicher Auffassung sind die Befragten bezüglich der Ansiedlung der Fachstelle Islam bei der RAA-Geschäftsstelle. Einerseits sei die dortige Ansiedlung niedrigschwellig und ermögliche gute Kooperationen mit den Akteuren des Beratungsnetzwerks. Andererseits wird die Tatsache, dass sowohl die Islamismus- und Extremismusprävention wie die Förderung interkultureller Kommunikation und Integration bei der gleichen Fachstelle angesiedelt sind, für eher unglücklich bzw. kontraproduktiv gehalten.

Die Einrichtung einer Fachstelle zum Thema Antisemitismus wird durchweg begrüßt. Von einigen wird in diesem Zusammenhang auf eine Zunahme von antisemitischen Argumentationen verwiesen, die sich z. T. als antizionistische und israelkritische Positionen darstellten. Außerdem würden die existierenden Beratungsangebote nicht ausreichen, da die Betroffenen entsprechende Vorfälle nur bei eigenen Betroffenenorganisationen melden würden. Andere sehen die Notwendigkeit einer derartigen Stelle weniger durch aktuelle antisemitische Phänomene gerechtfertigt als vielmehr durch die Unterstützung in der politisch-historischen Bildungsarbeit. Schließlich wird die Etablierung einer eigenen Fachstelle Antisemitismus auch damit begründet, dass das Land Brandenburg – im Unterschied zum Bund und anderen Ländern –

keine Stelle eines Antisemitismusbeauftragten eingerichtet hat, sich angesichts der derzeitigen Aufmerksamkeit für dieses Thema aber in einer Bringschuld sieht.

### *Bündnis für Brandenburg*

Von externen Befragten wird vor dem Hintergrund der umfassenden und tiefgreifenden politischen Veränderungen seit 2014 eine umfassende Rollen- und Aufgabenklärung für erforderlich gehalten, die auch für das Akteursnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ relevant sein könne. Denn nach Ansicht von etlichen Befragten sei es erforderlich, für die Themen „Integration von Flüchtlingen“, „Auseinandersetzung mit extremistischen Phänomenen“, „Demokratieförderung“, „Reduzierung von Diskriminierung und Gruppenfeindschaften“ konkrete Aufgaben, Zuständigkeiten und Ressourcenausstattungen innerhalb der Landesverwaltung insgesamt zu überprüfen und ggf. neu zu strukturieren.

Ein konkretes Beispiel sei hier das „Bündnis für Brandenburg“ (BfB), das im Spätjahr 2015 im Zuge der erhöhten Zuwanderung von Flüchtlingen gegründet wurde. Von vielen Interviewpartnern wird das Bündnis für Brandenburg rückblickend als wichtiges symbolisches Signal geschätzt, denn *„Kräfte im Bereich Integration zu bündeln, wäre super.“* Einige Befragten sind der Auffassung, dass das BfB gut funktioniere; auch sei es sinnvoll, dass die Leitung des BfB und die des TBB bei der gleichen Stabsstelle in der Staatskanzlei lägen, da es große thematische Schnittmengen im Aufgabenbereich gebe. Die Kritikerseite bezeichnet demgegenüber das BfB als zu wenig profiliert und meint, die Integrationsperspektive werde zu wenig berücksichtigt. Auch sei es wichtig, Extremismusbekämpfung und Integration inhaltlich und programmatisch getrennt zu denken; überdies sei ein intensiverer und strukturierterer Informations- und Kompetenzaustausch mit weiteren Integrationsakteuren im Land Brandenburg geboten. Die eher kritischen Meinungen überwiegen deutlich, und zwar sowohl bei internen wie bei externen Experten. Es werden Empfehlungen laut, das Bündnis für Brandenburg solle *„still verplätschert werden“*. Um das Bündnis mit Leben zu füllen, wird alternativ zum *„Ableben lassen“* empfohlen, die Integrationskompetenzen im Land strukturiert zu bündeln (und zwar nicht notwendigerweise bei der Koordinierungsstelle des TBB), ein übergreifendes inhaltliches wie organisatorisches landespolitisches Konzept für Integration zu entwickeln bzw. umzusetzen und die Kooperationen und Abstimmungsprozesse im Handlungsfeld „Integration“ substantiell auszuweiten.

### *Zusammensetzung des Beratungsnetzwerks und seine Aktionsspielräume*

Hinsichtlich der Zusammensetzung des Beratungsnetzwerkes werden von den internen Experten gegensätzliche Auffassungen geäußert: Eine Einbeziehung und vor allem ein stärkeres Engagement der verschiedenen Ministerien würde die Zuständigkeit der gesamten Landesregierung verdeutlichen; speziell die Vertreter von Polizei und Verfassungsschutz stellten eine wertvolle Unterstützung bei der Einschätzung der Situation in konkreten lokalen Brennpunkten dar. Die Gegenposition hält es für ausreichend, dass die Perspektive der Landesregierung durch die Koordinierungsstelle repräsentiert wird.

Betont wird verschiedentlich, dass die im Beratungsnetzwerk kooperierenden Organisationen (einschließlich der Koordinierungsstelle) nicht selbst als politische Akteure zu agieren hätten, sondern ihre Aufgabe in der vielfältigen Unterstützung von Akteuren im Lande zu liegen hätte: *„Das TBB ist kein Sondereinsatzkommando der Zivilgesellschaft.“* Kritisiert werden von Einzelnen bestimmte Aktivitätsformate, insbesondere Kampagnen, mit denen etwa zur Wahlbeteiligung etc. aufgerufen wird. Gelegentlich wird bezweifelt, ob Aufwand und Ertrag derartiger Maßnahmen in einem vertretbaren Verhältnis stehen.

Neben ihren Funktionen als Geschäftsstelle des Landesprogramms „Tolerantes Brandenburg“ und als Demokratiezentrum im Zusammenhang mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ hat die Koordinierungsstelle darüber hinaus auch die Aufgabe, das Beratungsnetzwerk des Landes zu organisieren. In diesem Zusammenhang wird mitunter eine Dominanz der Koordinierungsstelle bei der Themensetzung und den Entscheidungen zur Schwerpunktbildung des Beratungsnetzwerks als Ist-Zustand beschrieben. Von internen wie externen Befragten wird stattdessen ein höheres Maß an Partizipation und eine symmetrische Kommunikation innerhalb des Beratungsnetzwerks für angemessen gehalten.



Wie in der 2014er Expertise wird von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf das Problem einer diskontinuierlichen Zuweisung von Projektgeldern hingewiesen. Da die Bewilligung von Geldern an die Verabschiedung des Haushalts durch den Landtag gebunden ist, die häufig erst gegen Ende eines Kalenderjahres erfolgt, entstehen bei den zivilgesellschaftlichen Trägern Unsicherheiten, die wiederum zu Personalfluktuations führen können. Damit wird der Aufbau einer kontinuierlichen Erfahrungs- und Wissenskompetenz beim jeweiligen Träger erschwert.

## **4. Situation und Perspektiven des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“**

Im Folgenden werden auf Basis der Interviewäußerungen zu den gesellschaftlichen Veränderungen, zu den Entwicklungen des TBB, zu den positiven und kritischen Bewertungen und zu den Handlungsbedarfen - aus Sicht der Autoren dieser Expertise – eine generelle Situationseinschätzung vorgenommen und einige Handlungsoptionen formuliert.

### **4.1 Zum politischen und gesellschaftlichen Kontext des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“**

Wie bereits im Abschnitt 3.1 dargestellt wurde, ist der gesellschaftliche und politische Kontext des Handlungskonzeptes in den letzten vier bis fünf Jahren erheblich in Bewegung geraten. Der beobachtete Wandel lässt sich dabei nur partiell an grundlegenden Einstellungsveränderungen der Bevölkerung festmachen (vgl. die diversen Mitte-Studien u. ä.). Vielmehr zeichnete er sich dadurch aus, dass in der Bevölkerung bereits vorhandene demokratiekritische, zuwanderungs- und integrations-skeptische oder rechtspopulistische Haltungen sicht- und hörbar wurden, verbunden mit einer ausgeprägten EU- und Globalisierungsskepsis (vgl. Decker/Brähler 2018; MIDEM 2018; Zick et al 2016;). Zunächst wurden diese Haltungen im Rahmen von populistischen Bewegungen (z. B. PEGIDA) und später dann auch vom parteipolitischen Spektrum aufgegriffen, wodurch sie schließlich nach Landtags- und Bundestagswahlen auch in den Parlamenten eine Stimme fanden. Durch eine verstärkte massenmediale Aufmerksamkeit und Verbreitungen in sozialen Netzwerken sind diese Entwicklungen zusätzlich dynamisiert worden.

Ein *erster sichtbarer Ausgangspunkt* für diesen Wandel war das Auftreten der PEGIDA-Bewegungen im Herbst 2014. Durch die starke Zuwanderung von Geflüchteten nach Europa in den Jahren 2015 und 2016 und deren politische und massenmediale Thematisierung intensivierte sich die zuwanderungs- und integrationskritische Bewegung. Während also auf der einen Seite deutliche Ansätze einer Willkommenskultur ausgemacht werden konnten, zeichneten sich auf der anderen Seite starke Nationalisierungs- und Abschottungstendenzen ab. Diese gingen häufig mit einem Erstarken und Sichtbarwerden politischer Positionen einher, die oft verkürzend als ‚neu-rechts‘ oder ‚rechtspopulistisch‘ bezeichnet wurden. Der staatliche Umgang mit internationaler Zuwanderung wurde politisch und medial breit diskutiert, ebenso die Grenzen der Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit der Gesellschaft. Eine wachsende Fremdenfeindlichkeit, ein zunehmender Rassismus und steigende Gewalt gegen Fremde gehören seit dieser Zeit zu den zentralen öffentlichen Themen. Parallel zu den Flüchtlingszuwanderungen stiegen auch die Zahlen gewalttätiger Übergriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterstützer rasch an (vgl. Abschnitt 2.2). Schließlich verliehen auch die (sicherheits-)politischen und medialen Debatten zum Umgang mit den Bedrohungen durch einen religiös motivierten Terrorismus diesem Diskursfeld eine erhebliche öffentliche Bedeutung.

Diese Debatten sind schließlich bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen nicht ohne Konsequenzen geblieben. Nahezu alle Parteien – auch im Land Brandenburg - griffen diese Themen in unterschiedlichem Ausmaß auf und stellten ihre Wahlprogramme und politischen Agenden darauf ein. Bei den Wahlen gab es deutliche Verschiebungen in den politischen Machtverhältnissen und der politischen Diskurshoheit. In den Parlamenten und den Medien bisher wenig gehörte Positionen erhielten eine stärkere öffentliche und politische Artikulations- und Handlungsfähigkeit, die durch starke politi-

sche Polarisierungen, eine erhöhte Radikalität und bisweilen auch eine diskursive Verrohung gekennzeichnet sind. Diese politischen Verschiebungen wurden unter anderem als ein gestiegener Vertrauensverlust in die etablierte Politik und die etablierten Parteien interpretiert und damit letztlich auch als Skepsis in die Funktionsfähigkeit demokratische Aushandlungs- und Entscheidungsfindungsprozesse (vgl. Holtkamp 2018).

Dieser politische und gesellschaftliche Wandlungsprozess hat – wie gesehen - die Kernfelder des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ betroffen. Bei unseren Recherchen und Interviews zum Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist deutlich geworden, dass von vielen verschiedenen Seiten sehr unterschiedliche und sehr hohe Anforderungen an das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ sowie die Akteure des Beratungsnetzwerkes gestellt werden. Aus unserer Sicht sind *drei grundsätzliche Erkenntnisse* besonders hervorzuheben:

- Die *erste Erkenntnis* besteht darin, dass sich die Herausforderungen für das Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ erheblich erweitert haben. Die ehemals leicht zu identifizierenden Handlungsfelder verlieren ihre klare Abgrenzung, d. h. „Stiefelglätzen“, rechtsextremistische motivierte Gewalttaten, rechtsextreme Bands und Organisationen oder punktuell lokalisierbare Proteste der NPD lösen sich als Zielprojektionen immer weiter auf. Im Handlungsfeld ist eine „neue Randlosigkeit“ entstanden. Einstmals eindeutige Zielobjekte der Rechtsextremismusprävention werden zu weichen Phänomenen. Dabei entgrenzt sich nicht der Rechtsextremismus, sondern er verschmilzt mit starken und breiten rechten Oppositionsströmungen, innerhalb derer der Rechtsextremismus nicht mehr besonders herausragt. Das zu bearbeitende Phänomen lässt sich nicht mehr nur auf „die Rechtsextremen“ zurückzuführen bzw. begrenzen.
- Hinzu kommt eine *zweite Erkenntnis*, dass sich die Akteure des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ – bildlich gesprochen – im Zentrum des Sturms befinden. Wie oben beschrieben, hat sich in den letzten Jahren die gesellschaftliche und politische Großwetterlage merklich verändert. Kulturelle Wertekonflikte werden deutlich zwischen liberal-kosmopolitischen, heterogenitätstoleranten Bevölkerungsgruppen einerseits sowie partikularistisch und nationalstaatlich orientierten Gruppen andererseits (vgl. Merkel 2018; MIDEM 2018). Die Herausforderungen bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, bei der Förderung von Zivilcourage und Toleranz sowie zur Stärkung der Demokratie haben sich dadurch erheblich erhöht bzw. sind sichtbar geworden. Bei den Akteuren des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ konzentrieren sich diese Herausforderungen besonders stark; an sie werden extrem hohe lösungsbezogene Erwartungen adressiert. Unsere Recherchen offenbarten eine Tendenz, die Verantwortung und Zuständigkeit für die Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen und den damit verbundenen Herausforderungen den Akteuren des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ zu überantworten. Sich diesen Herausforderungen zu stellen, ist jedoch eine gesamtgesellschaftliche und politische Aufgabe, die von sehr viel mehr Akteuren und Organisationen zu verantworten ist als nur vom Akteursnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“.
- *Drittens* mussten wir schließlich feststellen, dass die Akteure des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ offenbar schon struktur- und aufgabenbedingt „zwischen den Stühlen“ sitzen (müssen). Die befragten Experten formulierten immer wieder äußerst unterschiedliche und teilweise widersprüchliche Erwartungen und Anforderungen. Ein und derselbe Sachverhalt oder ein und dasselbe Vorgehen wurden einerseits sehr kritisch gesehen, andererseits als sehr positiv anerkannt. Brachte eine Akteursgruppe etwas Positives hervor, so konnte dies für die Arbeit einer anderen Akteursgruppe mitunter negative Konsequenzen haben. Dies zeigte sich beispielsweise an den sehr unterschiedlichen Reaktionen der Institutionen des Beratungsnetzwerkes bei rechtspopulistischen Äußerungen von Parteien und Politikern. Der hohe interne wie externe Erwartungsdruck und die vielperspektivischen Bewertungskriterien stellen für die Akteure des Handlungskonzeptes eine sehr große Herausforderung dar, der sie schon aus strukturellen Gründen nicht immer gerecht werden können. Zweifellos können viele dieser Widersprüche in bi- oder multilateralen Aushandlungsprozessen aufgelöst werden. Doch je komplexer das Akteursnetzwerk wird, desto mühsamer wird es, unterschiedliche Sichtweisen aufzulösen.

In Anbetracht dieser drei skizzierten Erkenntnisse ist festzuhalten, dass im Hinblick auf das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ für die Zukunft einige grundsätzliche strukturelle und inhaltliche Weichenstellungen erforderlich sind. Wesentlich erscheint uns dabei, dass zur Vermeidung von Unzufriedenheit bei den Verantwortlichen und Akteuren des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“ sowie zur Klärung der Zuständigkeiten gegenüber zukünftigen Anforderungen die inhaltlichen Kernaufgaben der beteiligten Netzwerkpartner intern stärker ausgehandelt und klarer definiert werden sollten.

## **4.2 Handlungsoptionen**

Die dargestellten Veränderungen im Handlungsfeld des Akteursnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ (vgl. Abschnitt 3.1) haben nach Einschätzung vieler Befragten in den letzten Jahren neben erhöhten Arbeitsbelastungen der Organisationen des Beratungsnetzwerks auch zu Diskussionen über die Frage nach den zentralen Aufgaben des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ geführt. Aus der Darstellung der derzeitigen Situation (vgl. Abschnitt 3.2) und der Handlungsbedarfe (vgl. Abschnitt 3.3) geht hervor, dass die Bewertungen und die Forderungen der Befragten in einigen wichtigen Punkten übereinstimmen, dass sie sich in anderen Punkten aber auch widersprechen. Das bedeutet, dass in einigen Fragen zu Struktur und Organisation sowie zur künftigen inhaltlichen Ausrichtung des Handlungskonzepts Diskussionsprozesse erforderlich sind, mit denen Entscheidungen vorbereitet werden. Im Folgenden werden zunächst die Struktur- und Organisationsaspekte behandelt und anschließend die inhaltlichen Fragen.

## 4.2.1 Strukturen überprüfen

### *Regionalisierung beibehalten und ausbauen*

Die Interviews zeigen, dass mit dem Instrument von regional arbeitenden Teams (RAA und MBT) seit nunmehr 20 Jahren eine wichtige Infrastruktur existiert. Den Teams wird eine hohe Regionalkompetenz bescheinigt, die auf einer kontinuierlichen Beobachtung der regionalen Entwicklungen und ausdifferenzierten Kooperationsbeziehungen beruhen. Ihre „Geh-Struktur“ (aufsuchende Mobilität) und ihre relativ geringe personelle Fluktuation haben zu stabilen langjährigen Kontakten zu Kommunalpolitikern, Kommunalverwaltungen, Polizei, Sozialarbeit, Bürgerbündnissen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren geführt.

Der hohe Wert dieser Regionalteams hat sich in den Phasen einer verstärkten Zuwanderung von Flüchtlingen und den damit verbundenen zusätzlichen Aufgaben für die Kreise und Gemeinden gezeigt: Aufgrund der bestehenden Kontakte und den guten Erfahrungen in der Vergangenheit wurden die Teams für Beratungen und Unterstützung in der operativen Arbeit gerade auch im Kontext der Flüchtlingspolitik angefragt, einem Themenfeld also, das jenseits des angestammten Themenschwerpunktes des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ liegt. Die Regionalteams waren bereit und in der Lage, sich rasch in die Themen einzuarbeiten. Sie unterstützten Kommunen und Kreise bei der Durchführung von Bürgerveranstaltungen im Zusammenhang mit dem raschen und starken Flüchtlingszuzug, bei der Flüchtlingsunterbringung und -versorgung und auch durch Moderations- und Mediationsaufgaben bei den nachfolgenden Integrationsprozessen.

Das Konzept von regional operierenden, im Themenfeld Demokratieförderung spezialisierten Teams hat sich damit ein weiteres Mal als ein überaus erfolgreiches Instrument erwiesen. Sie verbinden (1) dauerhaftes regional differenziertes Monitoring mit (2) einer niedrigschwelligen Ansprechbarkeit, übernehmen selbst (3) problemspezifische Beratung und andere Dienstleistungen wie etwa Moderation und (4) vermitteln weitere Experten, Förderungsmöglichkeiten sowie Kooperationspartner in horizontaler und vertikaler Richtung.

Diese Erfahrungen sprechen dafür, dieses bewährte Instrument einer demokratiefördernden Gemeinwesenberatung weiter auszubauen.

### *Das Verhältnis zu Ministerien und Zivilgesellschaft klären*

Die in der Expertise von 2014 genannte Aufgabe einer Bestimmung des Verhältnisses zu den Ministerien bleibt bestehen: Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ schließt zwar nominell die Ministerien ein, tatsächliche Steuerungsmöglichkeiten der Koordinierungsstelle bestehen allerdings nur im Hinblick auf die Vergabe von Fördermitteln und die Aktivitäten des Beratungsnetzwerks. Dem könnte durch eine entsprechend realistische Ausrichtung der Rechenschaftsberichte an den Landtag Rechnung getragen werden. Die Aussagekraft der Jahresberichte könnte auch dadurch gesteigert werden, dass die jeweils aktuelle Darstellung der vom Akteursnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ bearbeiteten Ausgangsprobleme auf Indikatoren gestützt wird. Damit würde die Begründung bestimmter Handlungsschwerpunkte nachvollziehbarer machen (vgl. Abschnitt 2.2).

Im Sinne einer höheren Transparenz nach innen und außen sollte das Aufgabenprofil des Beratungsnetzwerks im Verhältnis zu den Sicherheitsbehörden, zur Landeszentrale für politische Bildung und zur Integrationsbeauftragten bzw. zu den diesem Themenfeld zugeordneten Fachdiensten thematisiert werden. Für welche Aufgaben sind die einzelnen Organisationen des Beratungsnetzwerks exklusiv zuständig und welche Aufgaben werden auch von anderen und in Abstimmung mit anderen Dienststellen der Landesverwaltung bearbeitet?

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ formuliert Ziele der Landesregierung, die – neben der direkten Vergabe von Fördermitteln – im Wesentlichen durch die Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Organisationen erreicht werden sollen. Diese wiederum arbeiten im Rahmen ihrer jeweils eigenen Aufgabenprofile; untereinander stehen ihre Arbeitsansätze teils in einem ergänzenden, teils aber auch in einem gegenläufigen Verhältnis. Dies gilt auch im Verhältnis zum

Regierungshandeln. Das rechtliche Gutachten des parlamentarischen Beratungsdienstes zu der Beteiligung überwiegend öffentlich geförderter Organisationen am gesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildungsprozess hat in diesem Zusammenhang wichtige Rahmenbedingungen verdeutlicht: Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist eine Auseinandersetzung mit Kräften, die auf illegalem Wege die rechtlich-politische Grundordnung verändern wollen und damit die Systemfrage stellen. Demgegenüber fasst die Kategorie des Rechtspopulismus diejenigen Kräfte zusammen, die bestimmten Zielen, Inhalten und eingespielten Routinen des Parteiensystems widersprechen ohne die Systemfrage zu stellen. Eine Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus ist deshalb Teil des Meinungs- und Willensbildungsprozesses in einer pluralen Gesellschaft. Dieser Prozess kann nicht im Modus einer Feindbekämpfung erfolgen und deshalb aus öffentlichen Geldern auch nur insoweit finanziert werden als es um die Verdeutlichung der zivilen und demokratischen Regeln von Meinungskämpfen geht (vgl. Iwers 2018). Der mit diesem Gutachten akzentuierte Rahmen sollte im Selbstverständnis und der Selbstdarstellung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ ausdrücklich berücksichtigt werden.

Unabhängig von der Unterscheidung zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gehört der Schutz des friedlichen Zusammenlebens zu den zentralen Staatszielen des Landes Brandenburg. Ein Eintreten von öffentlich geförderten Organisationen gegen die Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist durch die Landesverfassung gedeckt.<sup>28</sup>

#### *Die operative Ebene verbessern*

In der 2014er Expertise wurden in dieser Hinsicht genannt: „Kriterien für die Zusammensetzung des Beratungsnetzwerks entwickeln“, „Grundsätze des Informationsaustausches mit Nachrichtendienst festlegen“, „Evaluation, Standardisierung, Monitoring als Herausforderungen“, „Sichtbarkeit des ‚TBB‘ weiter erhöhen“, „Die Zukunft des ‚TBB‘ in den Blick nehmen“. Die seinerzeit aufgeführten Aufgaben sind weiterhin relevant. Die Praxis der Vergabe von Fördergeldern durch die Koordinierungsstelle kann transparenter gestaltet werden, wenn hierzu ein Beirat eingerichtet wird und wenn im jährlichen Bericht an den Landtag eine Übersicht der geförderten Träger und Initiativen enthalten ist.

#### **4.2.2 Aufgaben klären**

In der hier vorgelegten Erhebung geben die Befragten insgesamt einen weitergehenden Veränderungsbedarf zu Protokoll als 2014. Wie in Abschnitt 3.3 dargestellt, wird dies in höherem Maße von den TBB-externen als von den TBB-internen Befragten formuliert. In den Interviews verdichtet sich der Eindruck, dass transparent vollzogene Entscheidungen über die künftige inhaltliche Ausrichtung erforderlich sind.

Die vorliegende Expertise präferiert nicht eine bestimmte Entwicklung der künftigen inhaltlichen Ausrichtung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“, sondern stellt das Spektrum der Möglichkeiten auf Basis der Interviewäußerungen dar. Dazu werden im Folgenden die in den Interviews zur Sprache gekommenen derzeitigen und künftig möglichen Aufgabenfelder des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ zu insgesamt fünf Modulen verdichtet. Welche Module in Zukunft das Aufgabenfeld des Handlungskonzeptes definieren, ist keine wissenschaftliche Frage. Diese genuin politische Entscheidung fällt in die Entscheidungsbefugnis des Brandenburgischen Landtags oder der Landesregierung.

#### *Modul „Demokratieförderung“/ „Demokratiebildung“*

Demokratieförderung hat sich als Bezeichnung für ein breites Spektrum von Aktivitäten eingebürgert: Dazu gehören die Vermittlung von Kenntnissen der basalen Wertorientierungen der deutschen Verfassungsordnung und zum Funktionieren der parlamentarischen Demokratie. Insbesondere sind hier die Kenntnis und die Einübung von Regeln eines zivilen

<sup>28</sup> Vgl. Artikel 7 a: „Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen.“ Antirassismus-Novelle vom 09.12.2013. Vgl. [https://www.landtag.brandenburg.de/media\\_fast/5701/%C3%84nderungen%20der%20Landesverfassung.pdf](https://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/%C3%84nderungen%20der%20Landesverfassung.pdf) [letzter Zugriff: 10.03.2019].

Meinungsstreits zu nennen. Das Modul umfasst in diesem Sinne auch eine mittelbare Auseinandersetzung mit den als „Rechtspopulismus“ zusammengefassten Kräften und Positionen. Zu diesem Modul gehört die Erweiterung von praktischen Partizipationsmöglichkeiten auf lokaler, regionaler und Landesebene. Im weiteren Sinne sind auch die historische Bildungsarbeit und die Förderung von gemeinnützigem Engagement in verschiedenen Aufgabenfeldern zu nennen.

Es ist zu klären, welcher Stellenwert der Demokratieförderung / Demokratiebildung zukünftig im Handlungskonzept zukommen soll und wie dies konkret umzusetzen ist.

#### *Modul „Kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus“*

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus bezieht sich auf die öffentlichkeitswirksame Gegenpositionierung zum politischen Rechtsextremismus, d. h. zu den Akteuren, die in Parteien, Organisationen und losen Gruppierungen für völkisch-nationalistische Ziele eintreten. In zweiter Linie gehören zum Komplex Rechtsextremismus auch die entsprechenden Einstellungen, wie sie bei einer Minderheit der Bevölkerung zu beobachten sind. Die konkreten Arbeitsformen sind die regionalisierte Beratung von Kreisen und Gemeinden, von Bürgerinitiativen, Netzwerken und engagierten Einzelpersonen auf der Basis eines kontinuierlichen Monitorings. Hinzu kommen Aufklärung und Dokumentation sowie die Opferberatung.

Es ist zu entscheiden bzw. erneut zu bestätigen, dass die kritische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus eine zentrale Säule im Handlungskonzept bleiben soll.

#### *Modul „Extremismusprävention“*

Extremismusprävention i.S. der Sicherheitsbehörden beinhaltet die phänomenübergreifende Aufmerksamkeit für den rechtsextremen, den linksextremen und den religiös begründeten Extremismus. Sicherheit soll durch ein in sich differenziertes System von primärer, sekundärer und tertiärer Prävention erreicht werden (vgl. Abschnitt 3.3). Konkrete Formen wären neben Monitoring, Dokumentation u. a. Fallidentifikationen und Fallkonferenzen sowie Aufklärung. Die Aufnahme dieses Moduls wäre gegenüber der bisherigen Linie des Handlungskonzepts eine weitgehende Veränderung, insofern der Schwerpunkt damit auch auf Aufgaben gelegt würde, die nicht dem politisch rechten Spektrum zuzurechnen sind. Allerdings wurde eine solche Erweiterung bereits dadurch eingeleitet, dass auch die Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus in das Aufgabenprofil des TBB aufgenommen wurde. An der Ressourcenausstattung dieser Erweiterung wird deutlich, dass eine prinzipielle thematische Zuständigkeit für die drei Extremismen nicht zwingend gleichbedeutend wäre mit einer gleichen Verteilung von Ressourcen für die drei Arbeitsbereiche: Die „Fachstelle Islam“ ist deutlich kleiner als etwa die auf Rechtsextremismus spezialisierten Kräfte des MBT.

Folglich ist eine Diskussion nötig, wie weit das Spektrum der Extremismusprävention im Handlungskonzept aufgespannt werden soll und mit welchen Ressourcen- und Zuständigkeitsänderungen diese Entscheidung ggf. verbunden wäre.

#### *Modul „Integration von Zugewanderten“*

Das Modul bezieht sich auf die Unterstützung von Zugewanderten, darunter aktuell insbesondere von Flüchtlingen und auf die Beratung der zuständigen Stellen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten. Die konkreten Arbeitsformen dabei sind u.a.: Hilfe bei der Selbstorganisation von Flüchtlingen, Sprach- und Kulturvermittlung, Fallberatung, Fallunterstützung, Beratung von Kreisen und Gemeinden sowie Akteuren, die in der „Willkommenskultur“ engagiert sind.

De facto haben Organisationen des Beratungsnetzwerks in der Zeit nach 2014 Aufgaben in diesem Bereich übernommen. Andererseits ist seitens der Landesregierung entschieden worden, dass Integration von Zuwanderern keine Aufgabe des Toleranten Brandenburg ist. Diese Regelung sollte stärker verdeutlicht und vor allem auch praktisch eingelöst werden.

### *Modul „Reduzierung von Minderheitenfeindschaft/Antidiskriminierungsarbeit“*

Das Modul stellt die Aufmerksamkeit für die Ablehnung verschiedener gesellschaftlicher Minderheiten in den Mittelpunkt. Hierzu gehören die Ablehnung von Zuwanderung und bestimmten Zuwanderungsgruppen. Muslimenfeindschaft und Antisemitismus betreffen auch Minderheiten ohne aktuelle Migrationsgeschichte. Gruppenfeindschaften können sich – wie die einschlägigen Untersuchungen auf Basis des Konzepts der „gruppenbezogenen Menschenfeindschaft“ (GMF) zeigen - auf viele gesellschaftliche Gruppen beziehen (vgl. Heitmeyer 2013). Zu den wichtigsten konkreten Formen dieser Arbeit gehören die Dokumentation, die Aufklärung, die Fortbildung von pädagogischem Personal, die politische und historische schulische Bildung, die Unterstützung einschlägiger Projektarbeit im Bildungswesen und der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Fallberatung und individuelle Fallunterstützungen.

Es gilt zu entscheiden, inwiefern und mit welcher Konsequenz eine Antidiskriminierungsarbeit systematischer im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ zu verankern ist.

#### **4.2.3 Umgang mit den Aufgaben**

Die Inhalte der dargestellten *fünf Module* basieren auf den *Äußerungen der Interviewten*. Die Zuordnung der Aufgaben zu einzelnen Modulen, die Abgrenzung der Module untereinander und deren Benennung gehören zum analytischen Teil der vorliegenden Expertise. Mit den Modulen werden inhaltliche Schwerpunkte gebündelt. Es liegt auf der Hand, dass die einzelnen Themen und Aufgabenfelder in einem engen sachlichen Zusammenhang stehen. Darin ist auch die Ursache für die Aufgabenausweitung des TBB in den letzten Jahren zu sehen. Sie hat sich unter dem Druck von umfassenden und raschen Veränderungen in den Jahren 2014-2016 entwickelt. Mit dem zeitlichen Abstand zu den Ereignissen (vgl. Abschnitt 4.1) sollte geprüft werden, welche Module auf Dauer zum künftigen Tätigkeitsfeld des TBB gehören sollen. Ähnlich wie dies bereits bisher der Fall war, müssen derartige Entscheidungen nicht einheitlich und damit für alle Organisationen des Beratungsnetzwerks in gleicher Weise gefällt werden. Bspw. kann das Arbeitsmodell des Vereins „Opferperspektive e.V.“ die Module „*Kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus*“ und „*Reduzierung von Minderheitenfeindschaft/ Antidiskriminierungsarbeit*“ beinhalten, während sich möglicherweise das MBT auf das Modul „*Kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus*“ konzentriert.

Zur Wahrung eines eigenständigen Profils nach innen und außen und auch im Sinne einer Entlastung und einer stabilen Handlungssicherheit der Beschäftigten scheint eine begründete Auswahl, mindestens aber eine Priorisierung von Tätigkeitsfeldern erforderlich zu sein. Das setzt eine analytische Identifikation von abgrenzbaren Aufgaben i. S. des o. g. Modulkatalogs voraus.

In diesem Zusammenhang muss allerdings ausdrücklich auf den Ressourcenaspekt hingewiesen werden, der nicht Gegenstand der vorliegenden Expertise ist. Je umfassender die künftigen Aufgaben im Rahmen des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ definiert werden, umso stärker muss auch die Ressourcenausstattung erhöht werden.

Mit dem hier vorgelegten Modulkatalog, der möglicherweise erweitert und modifiziert werden muss, wird es leichter, innerhalb des Akteursnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ die Kommunikation und Diskussion zu den eigenen Aufgaben zu führen und Entscheidungen herbeizuführen. Damit ist zugleich ein Verfahrensmodell gegeben, wie künftige Veränderungen im Handlungsfeld des TBB bearbeitet werden können.

## 5. Fazit

Im Jahre 2018 feierte das Land Brandenburg das zwanzigjährige Bestehen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“. Dies war Anlass, einerseits die bisherige „Erfolgsgeschichte“ zu würdigen, andererseits aber auch vor Parallelen zu den 1990er Jahre zu warnen und die gewachsenen Herausforderungen im Zusammenhang mit Demokratieförderung, Rechtspopulismus, islamistischer Extremismus oder Fake-News und Hate Speech klar in den Blick zu nehmen<sup>29</sup>. Das Land Brandenburg ist in dieser Hinsicht, auch im bundesweiten Vergleich, nach wie vor gut aufgestellt und kann die Herausforderungen mit Zuversicht angehen.

Unsere Analysen, die auf 25 Experteninterviews und einer Dokumentenanalyse beruhen, bestätigen, dass sich das Handlungskonzept, insbesondere das Beratungsnetzwerk, in den letzten Jahren bewährt hat und die insbesondere mit der Zuwanderung verbundenen *Herausforderungen im Wesentlichen gut gemeistert* wurden. Das ist die eine Erkenntnis unserer Analysen.

Zur unseren Befragungsergebnissen gehört aber auch eine zweite Erkenntnis, dass die Akteure im Rahmen des Handlungskonzepts seit 2014/2015 zahlreiche neue Aufgaben übernommen haben und damit eine faktische *Ausweitung des bisherigen Tätigkeitsfeldes* des Akteursnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ verbunden war. Im Gefolge dieser Entwicklung ist ein vermehrter Klärungsbedarf entstanden – und zwar sowohl hinsichtlich strukturell-organisatorischer als auch inhaltlicher Fragen. Die neuen Herausforderungen, mit denen sich das Akteursnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ seit 2014 konfrontiert sieht, haben offenbar auch zu einem höheren Diskussions- und Klärungsbedarf geführt. Dieser *vermehrte Klärungs- bzw. Veränderungsbedarf* wird vor allem von externen, aber auch von internen Akteuren artikuliert. So muss es auch nicht verwundern, dass – im Unterschied zur Expertise von 2014 – diesmal mehr unterschiedliche und kontroverse Sichtweisen auf die Entwicklung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ zutage fördert wurden. Dies kann zugleich auch als ein „Ausdruck lebendiger Demokratie“, als demokratischer Meinungsstreit um die beste Lösung für das Land gewertet werden.

Ungeachtet dieser Differenzen gibt es zur *Perspektive des „Toleranten Brandenburg“* sehr viel Konsensfähiges. Als konsensfähig erweisen sich insbesondere folgende fünf Punkte:

- 1) Stärken stärken: Regionalisierung weiter ausbauen,
- 2) Regionale Akteursnetzwerke als Ressource stärker nutzen,
- 3) interne Kommunikation intensivieren (interne Aufgaben- und Rollenklärung vorantreiben, Berichterstattung qualifizieren),
- 4) Demokratie vor Ort gezielter fördern (Dialogkultur fördern, Begegnungsräume vor Ort schaffen, konkrete Probleme adressieren) und
- 5) Politische und historische Bildung ausbauen.

Die neuen Herausforderungen sind – wie es ein Befragter formulierte – auch eine große Chance, *„den demokratischen Muskel zu trainieren“*, d. h. die demokratische Haltung und die Argumentationsfähigkeit unter den Brandenburgern weiter zu stärken.

Ausgehend von einem anhaltend relativ hohen Niveau rechtsextremer und fremdenfeindlicher Delikte und Einstellungen (vgl. Abschnitt 2.2) stellen – mit Blick auf die *Arbeitsschwerpunkte* – vor allem die „neue Unschärfe“ zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus und die erhöhten Anforderungen an die Demokratieförderung und Demokratiebildung das Akteursnetzwerk „Tolerante Brandenburg“ vor neue Aufgaben, denen künftig mehr Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden sollte. Hinzu kommen Fragen der Antidiskriminierung und des Anti-Rassismus, der Integration von Zu-

---

<sup>29</sup> Vgl. <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/06/20-jahre-tolerantes-brandenburg.html?listall=on&print=true.html> [letzter Zugriff: 08.02.2019].



gewanderten sowie Sicherheitsfragen (z. B. islamistischer und Linksextremismus), deren Verortung im Kontext des Handlungskonzepts weiter zu klären wäre.

Dies hat auch Konsequenzen für die *Struktur und Organisation* des Toleranten Brandenburg. Die in der Expertise beschriebene Aufgabenerweiterung, z. B. neben der Bekämpfung des Rechtsextremismus zunehmende Bedarfe bei Fragen der Integration, zum Islam, Antisemitismus usw., lassen eine *Neuverhandlung und Ausbalancierung von Zuständigkeiten* als sinnvoll erscheinen. Dabei geht es nicht um die Erarbeitung eines neuen Handlungskonzepts oder um grundlegend neue Strukturen. Das Handlungskonzept hat sich insgesamt bewährt und ist breit genug gefasst, um auf die veränderten Bedingungen angemessen und flexibel reagieren zu können. Im Rahmen des Handlungskonzepts von 2005 scheinen allerdings einige Präzisierungen und Nachjustierungen sinnvoll zu sein. Lediglich die Option „Extremismusprävention“ würde eine generelle Neubestimmung der Grundlagen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ erforderlich machen. Im Abschnitt 4 werden deshalb einige Handlungsoptionen, z. B. fünf Module, formuliert, die bei der *Präzisierung und Priorisierung der Aufgaben* als mögliche Grundlage dienen können.

Die Entscheidung über die strukturelle und inhaltliche Weiterentwicklung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ kann nicht von außen vorgegeben werden. Hier empfiehlt sich ein längerer, strukturierter und partizipativ angelegter Dialogprozess aller Beteiligten. Das Akteurs- und Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ kann dabei auf einen breiten Erfahrungsschatz und auf einen bewährten Personenkreis von Engagierten und Mitwirkenden setzen. Als ein Handlungskonzept der gesamten Landesregierung kommt es auch künftig darauf an, dass alle Beteiligten ihren Beitrag leisten. Nur so ist gewährleistet, dass das landesweite Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ auch gelebte Praxis bleibt bzw. wird.

## 6. Quellen und Literatur

- Beetz, St. (2015): Peripherisierte ländliche Räume – „schrumpfende“ soziale Hilfesysteme? In: Sozialmagazin 40, H. 3-4, S. 6-13.
- Bode, D.; Rolfes, M. (2017): Einschätzungen zum politischen Handlungsfeld "Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung" im Land Brandenburg. Ergebnisse der Befragung der Teilnehmenden der 18 Zukunftsdialoge 2015 bis 2016, Potsdam.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2017): Verfassungsschutzbericht 2017, abrufbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2017.pdf> [letzter Zugriff: 8.02.2019].
- Decker, O.; Brähler, E. (Hrsg.) (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Psychosozial-Verlag, Gießen.
- Heitmeyer, W. (2013): Rechtsextremes Radikalisierungsspektrum, Gesellschaftliche Entwicklung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Hasse, J./Rosenthal, G. (Hrsg.): Wider die Gleichgültigkeit! Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 12-29.
- Holtkamp, L. (2018): Der Parteienstreit. Probleme und Reformen der Parteiendemokratie, Baden-Baden.
- Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e.V. an der Universität Potsdam (IFK) (2018): Jugend in Brandenburg 2017. Kurzdarstellung der Untersuchungsergebnisse URL: [https://mbjs.brandenburg.de/media\\_fast/6288/studie\\_jugend\\_in\\_brandenburg\\_2017-kurzfassung.pdf](https://mbjs.brandenburg.de/media_fast/6288/studie_jugend_in_brandenburg_2017-kurzfassung.pdf) [letzter Zugriff: 15.01.2019].
- Iwers, St. J. (2018): Rechtlicher Rahmen der Förderung von Initiativen gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. (Parlamentarischer Beratungsdienst, Landtag Brandenburg), Potsdam 2018, abrufbar unter: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/gu/39.pdf> [letzter Zugriff: 15.02.2019].
- Keim, K.-D. (2006): Peripherisierung ländlicher Räume, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 37, S. 3-7.
- Kohlstruck, M. (2018): Rechte Gewalt in Ost und West. Wie lassen sich die höheren Zahlen in den neuen Bundesländern erklären? In: Deutschland Archiv, 18.06.2018, [www.bpb.de/270811](http://www.bpb.de/270811) [letzter Zugriff: 15.01.2019].
- Land Brandenburg (2018): 8. Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Handlungskonzeptes "Tolerantes Brandenburg". URL: [http://www.tolerantes.brandenburg.de/media\\_fast/5791/8946.pdf](http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/8946.pdf) [letzter Zugriff: 08.10.2018].
- Land Brandenburg (2017): 7. Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Handlungskonzeptes "Tolerantes Brandenburg". URL: [https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab\\_6700/6785.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_6700/6785.pdf) [letzter Zugriff: 08.10.2018].
- Land Brandenburg (2016): 6. Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Handlungskonzeptes "Tolerantes Brandenburg". URL: [http://www.tolerantes.brandenburg.de/media\\_fast/5791/4243.pdf](http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/4243.pdf) [letzter Zugriff: 08.10.2018].
- Land Brandenburg (2014): 5. Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Handlungskonzeptes "Tolerantes Brandenburg". URL: [http://www.tolerantes.brandenburg.de/media\\_fast/5791/9177.pdf](http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/9177.pdf) [letzter Zugriff: 08.10.2018].
- Land Brandenburg (2005): „Tolerantes Brandenburg“ – für eine starke und lebendige Demokratie. Handlungskonzept der Landesregierung für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. URL: [http://www.tolerantes.brandenburg.de/media\\_fast/5791/Handlungskonzept.pdf](http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/Handlungskonzept.pdf) [letzter Zugriff: 06.11.2018].
- Mayring, P.; Brunner, E. (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Friebertshäuser, B./Prenzel, A. (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim, S. 323-333.
- Merkel, W. (2018): Die populistische Revolte, in: Jahrbuch für Kulturpolitik 2017/18, S. 63-68.
- Meuser, M.; Nagel, U. (2010): Experteninterviews – wissenssoziologische Voraussetzungen und methodische Durchführung. In: Friebertshäuser, B./Prenzel, A. (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim, S. 457-471.
- MIDEM (2018): Migration und Populismus. Jahresbericht 2018, Dresden. URL: [https://forum-midem.de/cms/data/fm/download/TUD\\_MIDEM\\_Jahresbericht2018\\_WEB\\_RZ\\_2.pdf](https://forum-midem.de/cms/data/fm/download/TUD_MIDEM_Jahresbericht2018_WEB_RZ_2.pdf) [letzter Zugriff: 15.01.2019].
- Ministerium des Innern und für Kommunales (2017): Ministerium des Innern und für Kommunales (Land Brandenburg): Politisch motivierte Kriminalität im Land Brandenburg 2016. Handout zur Pressekonferenz am 22. März 2017. URL: <https://polizei.brandenburg.de/fm/32/Handout-PK-PMK-2016.pdf> [letzter Zugriff: 22.02.2019].
- Ministerium des Innern und für Kommunales (2018): Ministerium des Innern und für Kommunales (Land Brandenburg): Politisch motivierte Kriminalität im Land Brandenburg 2017. Handout zur Pressekonferenz am 23.03.2018. URL: [https://mik.brandenburg.de/media\\_fast/4055/PMK\\_2017\\_BB\\_Handout.pdf](https://mik.brandenburg.de/media_fast/4055/PMK_2017_BB_Handout.pdf) [letzter Zugriff: 22.02.2019].

- Opferperspektive Brandenburg (Hrsg.) (2018): Anzahl rechter Gewalttaten in Brandenburg ungebrochen hoch. Hintergrundpapier des Vereins Opferperspektive zur Veröffentlichung der Angriffszahlen rechter Gewalt 2017 in Brandenburg, Potsdam 2018. <https://www.opferperspektive.de/wp-content/uploads/2018/03/Hintergrundpapier-Statistik-2017.pdf> [letzter Zugriff: 08.02.2019].
- Pfahl-Traughber, A. (2012): Die fehlende Trennschärfe des "Islamophobie"-Konzepts für die Vorurteilsforschung. Ein Plädoyer für das Alternativ-Konzept "Antimuslimismus" bzw. "Muslimfeindlichkeit", in: Botsch, G./ Glöckner, O./ Kopke, Christoph/ Spieker, Michael (Hg.): Islamophobie und Antisemitismus - ein umstrittener Vergleich, Berlin, S. 29-50.
- pmg – policy matters (2018): Brandenburg-Monitor. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg. URL: [https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3780.de/bb\\_monitor.pdf](https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3780.de/bb_monitor.pdf) [letzter Zugriff: 15.01.2019].
- Schubarth, W.; Kohlstruck, M.; Rolfes, M. (2014): Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“. Parlamentsdrucksache 5/9177, S. 37-66, abrufbar unter: [http://www.tolerantes.brandenburg.de/media\\_fast/5791/9177.pdf](http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/9177.pdf) [letzter Zugriff: 15.01.2019].
- Schubarth W. (Hrsg.) (2014): Nachhaltige Prävention von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam. [http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2014/7053/pdf/schubarth\\_sammelband.pdf](http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2014/7053/pdf/schubarth_sammelband.pdf) [letzter Zugriff: 01.03.2019].
- Schubarth, W.; Kohlstruck, M.; Rolfes, M. (2017): Zukunftsdialog Tolerantes Brandenburg, Ergebnisse der wissenschaftlichen Beobachtung. Potsdam 2017, abrufbar unter: [http://www.zukunftsdialog-brandenburg.de/wp-content/uploads/2017/03/ZD-Expertise\\_2017\\_END.pdf](http://www.zukunftsdialog-brandenburg.de/wp-content/uploads/2017/03/ZD-Expertise_2017_END.pdf) [letzter Zugriff: 15.01.2019].
- Schubarth, W. (2018): Der Trump-Effekt an Schulen. Abrufbar unter: <https://www.pnn.de/wissenschaft/gastbeitrag-der-trump-effekt-an-schulen/23660518.html> [letzter Zugriff: 08.02.2019].
- Schubarth, W. (2019): Gewalt und Mobbing an Schulen. Möglichkeiten der Prävention und Intervention. 3. akt. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer.
- Tolerantes Brandenburg (2005): Handlungskonzept der Landesregierung für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. URL: [http://www.tolerantes.brandenburg.de/media\\_fast/5791/Handlungskonzept.pdf](http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/Handlungskonzept.pdf) [letzter Zugriff: 15.01.2019].
- Zick, A.; Küpper, B.; Krause, D. (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.